

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis ...

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgelassene ...

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Donnerstag, den 5. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Der Kulturkampf als Retter.

Wenn es nach dem Willen des Zentrums ginge, so würde die Etatsdebatte im Reichstage sich zu einer ganz gewöhnlichen Kulturkampfrauferei über das Jesuitengesetz entwickeln.

Die Drahtzieher des Zentrums verstehen sich auf Regiekünste. Sie hatten durch ihre Presse, durch Äußerungen verantwortlicher und unverantwortlicher Zentrumsmitglieder, großer und kleiner Geister die Öffentlichkeit und die Männer der Regierung rechtzeitig und zielbewußt auf die große Aktion vorbereitet.

Und prompt erhob sich auf sein Schwert der Herr Reichskanzler und — nahm den Fehdehandschuh nicht auf. Er machte einige bescheidene Umblicke in die weiten Gebiete der Geschichte und Philosophie, redete dem zornigen Zentrum begütigend zu, strich befänftigend dem kleinen Zentrumsgernegroß in München über den Scheitel, erhob seine warnende Rossandrosstimme, auf daß Deutschland vor religiösen Kämpfen früherer Zeiten bewahrt bleiben möge, und setzte sich schließlich.

Warum diese Haupt- und Staatsaktion des Zentrums? Ist die Jesuitenfrage an sich so wichtig? Die Frage stellen, heißt sie beantworten und verneinen. Die Jesuiten werden durch ein kleinliches politisches Ausnahmegesetz an der vollen Entfaltung ihrer jesuitischen Künste in Deutschland gehindert.

Es ist dem Zentrum auch gar nicht so ernst mit der Angelenkenheit, wie es sich nach außen deswegen geberdet. Das Zentrum braucht nur wieder einmal eine lodende Volksseele, es muß Differenzen verschleiern, die ihm nach innen und nach außen viele Schwierigkeiten verursachen.

Die Sozialdemokratie dagegen denkt natürlich nicht daran, sich zu den politischen Geschäften des Zentrums miszubrechen zu lassen. Unter Etatsredner am Mittwoch, Genosse Frank, hat in einer geschickten Rede, in der er die sachliche Erörterung und Kritik am gegebenen Orte je nachdem durch zornvolle Entrüstung oder durch überlegene Satire belebte, die Zentrumsangelegenheit so behandelt, wie sie es verdient: spöttisch fragte er die Herren Spahn und Konforten, wann sie endlich mit ihrem Antrage auf Aufhebung des Jesuitengesetzes herauszurücken gedächten, oder ob sie wieder wie in der Duellfrage nach einer lächerlichen Entrüstungskomödie ihren Frieden mit der Regierung zu machen gedächten?

Aber das war eine beiläufige Schlussbemerkung Franks. Seine eigentliche Rede galt, wie es sich gebührt, dem Etat und der Erörterung der inneren politischen Lage Deutschlands. Für diese spielen nicht religiöse Querelen die entscheidende Rolle, für die große Masse des Volkes stehen andere und wichtigere Fragen im Mittelpunkt

des öffentlichen Interesses. Aus welchen Quellen stammen die Milliarden, die das Reich alljährlich vereinnahmt, und wofür werden sie ausgegeben? Wieder ergibt sich auch in diesem Jahre, daß der Anteil, den die breiten Massen an den Lasten des Reiches zu tragen haben, sich vergrößert, ohne daß die Ausgaben des Reiches den Massen in vermehrtem Maße zugute kommen.

Und dann wandte sich Genosse Frank den Fragen zu, die die deutsche Arbeiterklasse im besonderen interessieren. Er wies die kulturelle Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung nach und stellte dieser bedeutungsvollen Kulturerrungenschaft die kleinliche und feindliche Haltung der Regierung gegenüber. Noch ist das Koalitionsrecht nicht ein unangestattetes Recht des deutschen Arbeiters, die Regierung schützt es aber nicht vor der Brutalität der Unternehmer, sondern mißachtet es selbst, soweit ihre Beamten und Arbeiter in Frage kommen.

des öffentlichen Interesses. Aus welchen Quellen stammen die Milliarden, die das Reich alljährlich vereinnahmt, und wofür werden sie ausgegeben? Wieder ergibt sich auch in diesem Jahre, daß der Anteil, den die breiten Massen an den Lasten des Reiches zu tragen haben, sich vergrößert, ohne daß die Ausgaben des Reiches den Massen in vermehrtem Maße zugute kommen.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Griechenland in seiner Isolierung verharren werde, um so weniger, als es bereits ankündigen läßt, es werde sich jedenfalls an den Friedensverhandlungen beteiligen, die am 13. Dezember in London beginnen werden. Trotzdem zeigt der Vorfall, wie groß die Unstimmigkeiten zwischen den Siegern geworden sind, die sich über die Verteilung der Beute nicht einigen können.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind für die Türkei ziemlich ungünstig; namentlich in der viel umstrittenen Frage der Festungsverproviantierung sind die Bulgaren fest geblieben, und die Türkei darf ihren eingeschlossenen Plätzen keine Lebensmittel zuführen. Dies muß dazu beitragen, das Zustandekommen des endgültigen Friedensschlusses zu beschleunigen.

Was zum Friedensschlusse scheint auch Oesterreich-Ungarn seine Auseinandersetzung mit Serbien vertragen zu wollen, da ja erst dann feststehen wird, welches Gebiet die Serben eigentlich beanspruchen. Das englische Regierungsblatt, die „Westminster-Gazette“, schreibt heute zu dieser Frage:

„Wenn die Mächte gut beraten sind, so werden sie alles tun, um den Balkanbund zusammen halten und Serbien warnend darauf aufmerksam zu machen, daß es durch Demonstrationen und Agitation in diesem Stadium nichts gewinnen wird, während sie ihr Bestes tun würden, seine wirtschaftlichen Bedürfnisse nach Beendigung des Krieges zu berücksichtigen.“

In der Tat werden die Schwarzgelben schließlich sich dazu bequemen müssen, eine Frage friedlich zu bereinigen, um derentwillen Krieg zu führen überall in Europa für Wahnsinn und Verbrechen angesehen wird. Und auch Herr Prochaska, den sich die Wiener Kriegspartei noch immer in Reserve hält, wird wohl nicht als ausreichende Veranlassung für die Entfesselung eines Weltkrieges angesehen werden.

nicht vom Flecke, in der Wohnungsfrage, deren Förderung der Reichstag durch ein einstimmiges Votum wünscht, geht es im Tempo des Arzhwinkeler Landsturmes vorwärts, die Wahlrechte werden verschlechtert statt verbessert, aber wenn ein hohenzollerischer Prinz als oberste Tugend des Bürgers den Gehorsam preist, so nimmt das Bürgerium diesen staatsbürgerlichen Unterricht gehorjam und widerspruchslos entgegen.

Frank hatte den für einen Sozialdemokraten seltenen Vorzug, während des größten Teiles seiner Rede den Reichskanzler unter seinen Zuhörern zu haben. Frank unterließ es daher nicht, bei den meisten Fragen, die er erörterte, den Reichskanzler zur Aktivität aufzufordern.

Wir beklagen uns selbstverständlich nicht weinerlich über diese Mißachtung der Arbeiterinteressen durch den Kanzler des Deutschen Reiches. Wir sind diese Verständnislosigkeit der regierenden Klasse den Wünschen des Volkes und des Kulturfortschritts gegenüber gewöhnt.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien ist aber kein aufgedonnerter Theaterspektakel wie die gelegentlichen Entrüstungskomödien des Zentrums. Er ist die stete, merschöpfliche Quelle unserer Kraft und unserer zunehmenden Macht im deutschen Volke.

Waffenstillstand ohne Griechenland.

Bulgarien, Serbien und Montenegro haben den Waffenstillstand mit der Türkei unterzeichnet. Griechenland hat eine Frist von 24 Stunden verlangt, um zu entscheiden, ob es sich der Unterzeichnung anschließen werde oder nicht.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Griechenland in seiner Isolierung verharren werde, um so weniger, als es bereits ankündigen läßt, es werde sich jedenfalls an den Friedensverhandlungen beteiligen, die am 13. Dezember in London beginnen werden.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind für die Türkei ziemlich ungünstig; namentlich in der viel umstrittenen Frage der Festungsverproviantierung sind die Bulgaren fest geblieben, und die Türkei darf ihren eingeschlossenen Plätzen keine Lebensmittel zuführen.

Was zum Friedensschlusse scheint auch Oesterreich-Ungarn seine Auseinandersetzung mit Serbien vertragen zu wollen, da ja erst dann feststehen wird, welches Gebiet die Serben eigentlich beanspruchen.

„Wenn die Mächte gut beraten sind, so werden sie alles tun, um den Balkanbund zusammen halten und Serbien warnend darauf aufmerksam zu machen, daß es durch Demonstrationen und Agitation in diesem Stadium nichts gewinnen wird, während sie ihr Bestes tun würden, seine wirtschaftlichen Bedürfnisse nach Beendigung des Krieges zu berücksichtigen.“

In der Tat werden die Schwarzgelben schließlich sich dazu bequemen müssen, eine Frage friedlich zu bereinigen, um derentwillen Krieg zu führen überall in Europa für Wahnsinn und Verbrechen angesehen wird.

voraus angekündigten Entrüstung gegenüber ruhig Blut zu bewahren. Man wird sich vielleicht daran erinnern, daß Uebersehungungen aus dem Serbischen ins Oesterreichische nicht immer genau sind und daß 1909 in einem sensationellen Prozeß gegen Dr. Friedrich der Nachweis geführt worden ist, daß die offiziellen Dokumente, deren sich dieser Herr bediente, Fälschungen waren, die aus der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad stammten.

Aber selbst angenommen, daß Serbien sich wiederholt Verletzungen des Völkerrechts oder sonst der Rechte des Herrn Prochaska habe zuschulden kommen lassen, so wäre das sicher noch kein Grund zu einer Rassenjähzoterei. Wenn vielmehr irgend ein Vorkommnis geeignet wäre, vor dem Gaager Schiedsgerichtshof zum Austrag gebracht werden zu können, so sicher diese Affäre, die durchaus nach sicheren Grundsätzen des internationalen Rechts entschieden werden könnte.

Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Konstantinopel, 3. Dezember. Der Waffenstillstand zwischen der Türkei und Bulgarien, Serbien und Montenegro ist unterzeichnet worden.

Sofia, 4. Dezember. (Melbung der Agence Bulgare.) Der Waffenstillstand wurde gestern abend 8 Uhr in Tschataldscha unterzeichnet, und zwar nach dem von Danew vorgeeschlagenen Text, der folgende Bedingungen festsetzt:

- 1. Die kriegführenden Heere bleiben in ihren Stellungen; 2. die belagerten Festungen werden nicht neu proviantiert; 3. die Zufuhr von Lebensmitteln für die bulgarische Armee wird über das Schwarze Meer und Adrianopel geschehen, und zwar vom zehnten Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes ab; 4. die Friedensverhandlungen werden am 13. Dezember in London beginnen.

Griechenland hat eine Frist von 24 Stunden verlangt, um sich der Unterzeichnung anzuschließen. Im Falle des Nichtanschlusses wird die griechische Regierung gleichwohl an den Friedensverhandlungen sich beteiligen.

Nähere Bestimmungen. Konstantinopel, 4. Dezember. In dem unterzeichneten Waffenstillstandsprotokoll heißt es: Um die Feststellung der Friedenspräliminarien zu ermöglichen, haben die Regierungen der Türkei, Bulgariens, Serbiens und Montenegros einen Waffenstillstand auf unbestimmte Dauer abgeschlossen. Wenn die beiden Parteien sich über die Friedensbedingungen nicht einigen und die Fortsetzung des Krieges notwendig werden sollte, so müssen sich die Kriegführenden gegenseitig 48 Stunden vorher von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Kenntnis setzen.

Konien werden die Montenegriner Sondergesandte nach Stutari, die Bulgaren solche nach Adrianopel und die Serben solche zur Westarmee entsenden. Diese Delegierten werden sich mit den türkischen Delegierten auseinandersetzen.

Die türkische Meldung.

Während die amtliche bulgarische Meldung besagt, daß die Beziehungen nicht mit Lebensmitteln versorgt werden dürfen, heißt es in einem Telegramm aus Konstantinopel, die Regierung treffe bereits Verfügungen, um Lebensmittel nach Adrianopel und Stutari zu senden. Die Bevölkerung der belagerten Plätze wird die Freiheit haben, zu gehen, wohin sie will. Gegenüber der bulgarischen Nachricht erscheint die türkische wenig vertrauenswürdig.

Die Haltung Griechenlands wird natürlich von der türkischen Presse als Beweis für das mangelnde Zusammenhalten des Balkanbundes angesehen. Die Türkei werde den Krieg gegen Griechenland fortsetzen, bis dieses den Standpunkt der Türkei anerkennt. Griechenland forderte für die Zustimmung zum Waffenstillstand die Uebergabe von Janina und Chios, wo die Feindseligkeiten noch fortdauern. Die Aufhebung der Blockade ließ Griechenland nicht zu.

In der Tschataldjalinie ist mit dem Bau von Baracken für die Ueberwinterung der türkischen Truppen begonnen worden.

Letzte Kämpfe.

Njeka, 4. Dezember. Nach Berichten des Generals Martinowitsch haben die Türken gestern auf der langgestreckten Linie vom Flusse Kiri bis Braza einen scharfen Ausfall gegen die montenegrinischen Stellungen unternommen mit der Absicht, die feindlichen Linien zu durchbrechen. Auf beiden Seiten entwickelte sich ein heftiges Gewehrfeuer, in das auch eine Maschinengewehr-Abteilung eingriff. Nach mehrstündigem Kampfe gelang es den Montenegrinern, die Türken unter starken Verlusten zurückzuwerfen, eine den Tarabosch beherrschende Höhe unterhalb des Schiroka Gora zu besetzen und dort Batterien aufzustellen. Dadurch erscheint die Stellung der Montenegriner erheblich vorteilhafter für das weitere Vorgehen gegen Stutari. Die Montenegriner verloren gestern sechs Mann und einen Offizier sowie mehrere Verwundete. Die Verluste der Türken sollen bedeutend sein.

Die Lage in Adrianopel.

Konstantinopel, 4. Dezember. Nachdem die funktionsfähige Verbindung mit Adrianopel lange Zeit unterbrochen war, ist sie nunmehr wiederhergestellt worden. Der Kriegsminister hat vorgestern eine Funkgesprächsmeldung vom Befehlshaber erhalten, die ankündigt, daß er genügend Lebensmittel und Munition besitze, und daß ein Widerstand noch für einen Monat möglich wäre. In der vergangenen Nacht habe im Westen ein unbedeutender Generalkampf stattgefunden; um Mitternacht erfolgte ein schwaches Bombardement, das keine Wirkung aufwies. Um 2 Uhr nachmittags dauerte ein unbedeutendes Artilleriefeuer auf der südlichen Seite an.

Der Konferenzvorschlag.

Wien, 4. Dezember. Der österreichisch-ungarischen Regierung liegt heute der formelle Vorschlag der englischen Regierung für eine Zusammenkunft der in einer Hauptstadt beglaubigten Botschafter zur Besprechung der aus dem Balkankrieg entstandenen Fragen vor. Die österreichisch-ungarische Regierung wird zu dem Vorschlag, der hier eine sympathische Aufnahme und wohlwollende Beurteilung findet, im Verein mit ihren Verbündeten Stellung nehmen. Wie verlautet, handelt es sich nicht um eine Konferenz, die bindende Beschlüsse fassen soll, sondern um eine Zusammenkunft der Botschafter, durch deren Besprechungen die späteren Verhandlungen der Großmächte vorbereitet und beschleunigt werden sollen.

Die österreichischen Kriegsgesetze.

Wien, 4. Dezember. Der Justizauschuß des Abgeordnetenhauses lehnte bei der Beratung über das Kriegsgesetz mit 14 gegen 9 Stimmen den Antrag des sozialdemokratischen Mitglieds betreffend die Einholung eines Gutachtens dreier Universitätsprofessoren ab, nachdem Ministerpräsident Graf Stürgkh sich gegen den Antrag ausgesprochen hatte, den er als ein durchsichtiges Verschleppungsmanöver bezeichnete.

Im ungarischen Reichstage wurden die Ausnahmegesetze für den Kriegszustand nach einer kurzen Ansprache des Landesverteidigungsministers ohne Debatte einstimmig angenommen. Im Reichstage war die Opposition natürlich nicht vertreten, und von der Regierungspartei waren insgesamt kaum 70 Abgeordnete anwesend.

Eine Versammlung der vereinigten Oppositionsparteien erklärte, daß Ungarn wohl geneigt sei, in einem etwaigen Kriege die größten Opfer zu bringen, daß aber die Vorkämpfer, welche der Regierung und den Militärbefehlshabern eingeräumt würden, allzuweitgehend seien. Namentlich wurde beanstandet, daß der Ausnahmezustand nicht nur während eines Krieges, sondern schon angesichts einer drohenden Kriegsgefahr verhängt werden könne.

Serbien leckt ein.

Belgrad, 4. Dezember. Die offizielle „Samoubrana“ veröffentlicht eine Note, in der es heißt, daß Serbien entschlossen sei, sich der Entscheidung der Mächte über die Unabhängigkeit Albanens und in der Adrijahafenfrage zu unterwerfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember 1912.

Das rebellische Junkerparlament.

In keinen Dingen groß hat sich das preussische Abgeordnetenhause, das in großen Dingen so klein zu sein pflegt, am Mittwoch erwiesen. In den Räumen der Prinz-Albrecht-Strasse, wo sonst selten ein Mißton die Harmonie zwischen der reaktionären Landtagsmehrheit und der ebenso reaktionären Regierung zu stören pflegt, zog man in einer Weise vom Leder, daß ein Uneingeweihter glauben konnte, die vitalsten Interessen des preussischen Volkes ständen auf dem Spiele. Um was aber handelte es sich in Wirklichkeit? Die preussischen „Volkvertreter“ haben schon lange den Wunsch, sich von ihrer anstrengenden Tätigkeit ab und zu im Freien zu erholen. Nun befindet sich zwar auf dem Landtagsgrundstück ein wunderschöner Garten, aber den Bewohnern des zweiten Kammer ist der Eintritt bei Strafe verboten; nur wer die hohe Ehre hat, Mitglied der ersten Kammer zu sein, darf dort lustwandeln. Voller Reiz bilden die Ausgeschlossenen auf ihre Oberlohlen, und der Traum ihrer schlaflosen Nächte bildet ein mindestens ebenso schöner, wo

möglich noch schönerer Garten. Geeignet hierfür erscheint ihnen das Nachbargrundstück in der Prinz-Albrecht-Strasse, das sie nur allzu gern erwerben möchten. Aber sie haben ihre Rechnung ohne den Eigentümer, die Herrschbarverwaltung, gemacht. Die Hoffnungen, daß noch in den Besitz des gewünschten Gartens zu gelangen, sind jäh zu schanden geworden durch das Vorgehen des Reichslanzlers, neben dessen Palais sich ein Park befindet, der ehemals dem Fürsten Pleß gehört, später jedoch in das Eigentum von Spielantanten übergegangen ist. Diese wieder haben ihn einer Berliner Möbelfirma verkauft, die ein Geschäftshaus darauf errichten will. Das muß verhindert werden, denn darunter leiden nicht nur „militärische“ Interessen, wie die Regierung früher einmal erklärte, sondern in noch höherem Maße die Ruhe des Reichslanzlers, der dann nicht mehr ungestört für das Wohl des deutschen Volkes sorgen könnte. So ist denn Herr v. Bethmann Hollweg auf den genialen Gedanken gekommen, mit der Möbelfirma ein Tauschgeschäft zu machen; sie tritt ihm das ehemals Fürst Pleßsche Grundstück ab und erhält dafür das Grundstück neben dem Abgeordnetenhause. Schön ist das von dem Reichslanzler gerade nicht, aber war dies Verhalten wirklich geeignet, die Dreifachsenmänner so rebellisch zu machen, daß sie nicht mehr und nicht weniger als die sofortige zwangsweise Vorführung Bethmanns verlangten?

Gewiß hatten die Herren Stroffer (L.), Lippmann (Op.) und Dr. Friedberg (natl.) völlig recht, als sie die Nichtachtung der Regierung gegenüber den Wünschen des Abgeordnetenhauses auf schärfste mißbilligten, eine Nichtachtung, der die Regierung die Krone dadurch aufsetzte, daß sie an Stelle der verantwortlichen Minister einige Kommissare zu der Verhandlung entsandte, die durch ihr ungeschicktes Auftreten die Erbitterung nur noch steigerten. Wie sind auch die Legien, die etwas gegen den Antrag der Fortschrittler einzubringen haben, auf Grund der Verfassung die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers zu verlangen und bis dahin die Verhandlungen auszusetzen. Aber daran muß bei dieser Gelegenheit denn doch erinnert werden, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die diesem Antrage zustimmte, vor einigen Monaten einen sozialdemokratischen Antrag auf Zuziehung der Nationalliberalen dafür zu haben. Allerdings handelte es sich damals ja auch nur um die Frage des — Wahlrechts. Immerhin ist es erfreulich, daß das Abgeordnetenhaus sich zu diesem Schritte entschlossen hat. Hoffen wir, daß es sich auch in Zukunft bei wichtigeren Anlässen auf seine verfassungsmäßigen Rechte besinnt! Das kann seinem Ansehen nur förderlich sein.

Vorher hatte das Haus die Interpellation Wallenborn (B.) und Genossen betr. den Notstand in den rheinischen Winterreifen besprochen. Die Debatte, in der die Linke warm für die notleidenden Winter eingetreten ist, wird auch diese Sachlagen der Bevölkerung darüber aufklären, daß ihre Interessen am wirksamsten von der Sozialdemokratie wahrgenommen werden.

In vorgeschickter Stunde erhielt der Fortschrittler Kopp das Wort zur Begründung der Interpellation über das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Verein Berliner Feuererlöser. Was er sagte, war ebenso wenig neu, wie die Erwiderung des Polizeiministers v. Dallwitz, der das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten rechtfertigte und in allen Tonarten sein bekanntes Lied mit dem Refrain sang: Die Beamten haben wohl das Koalitionsrecht, aber wehe, wenn sie davon Gebrauch machen!

Die Beratung der Interpellation soll erst nach Beendigung der dritten Lesung des Wassergesetzes erfolgen, die am Donnerstag beginnt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

bestimmte Mittwochabend für eine Reihe kleinerer Gesetzesentwürfe die Redner. Zu den Jugendgerichten werden sprechen Kühle und Stadthagen. Zum Gesetz über die Konkurrenzklauselel und Dr. Duard. Zur internationalen Vereinbarung über das Patentrecht wird Genosse Haase eine Erklärung abgeben. Die Fraktion behandelte dann in eingehender Weise den Gesetzesentwurf über das Petroleummonopol. Als Redner bestimmte die Fraktion die Genossen Wurm, Frank und Henke.

Der Papst ist mit den deutschen Bischöfen zufrieden.

Die „Acta Apostolicae Sedis“ veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Kardinal Kopp, worin er den deutschen Bischöfen seine Genugtuung ausdrückt über die Ergebnisse, mit der sie die Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften aufgenommen haben. Gleichzeitig spricht der Papst den Wunsch aus, daß am Konstantinische alle Katholiken ermuntert werden möchten, die Freiheit der Kirche eifrig anzustreben.

Konervative Verlogenheit.

Die „Kreuzzeitung“ gibt in ihrer Morgenausgabe vom Mittwoch, den 4. Dezember, (Nr. 568) einen neuerlichen Beweis ihrer Verlogenheit. Genosse Dr. David hatte am Dienstag im Reichstag gesprochen, daß die Rede, die Gen. Scheidemann in Paris gehalten hat, gefälscht worden ist, und Herr Dr. Hertel, der darauf noch einmal auf diese Angelegenheit eingegangen war, mußte nach einer persönlichen Bemerkung Scheidemanns den Rückzug antreten, den er sich mit der Versicherung etwas zu erleichtern suchte, daß er an dieser Fälschung unschuldig sei. Was leistet sich nun aber die „Kreuzzeitung“? In ihrem Entrefilet über die Reichstagsführung sagt sie:

„Völlig mißling dem Abg. Dr. David aber die Worte wärsche, die er an dem Abg. Scheidemann wegen seiner Rede in Paris vornahm.“

Das steht auf der ersten Seite der Beilage der Nr. 568 des ehrenwerten Blattes. Auf der dritten Seite der gleichen Beilage aber ist im Bericht über die Verhandlungen des Reichstags zu lesen:

„Abg. Scheidemann (Soz.) konstatiert, daß das Referat über seine Pariser Rede auf einer Fälschung beruhe. Er habe nichts dergleichen gesagt, was ihm in den Mund gelegt sei.“

Abg. Dr. Hertel: Der Abg. Scheidemann hat mein persönliches Verhalten nicht angegriffen. Ich bin an der Fälschung nicht beteiligt. Ich habe nach französischen Blättern und Telegraphenbüros zitiert und den Freim so richtig angeführt.“

Die „Kreuzzeitung“ frast sich also selber Lügen. Genosse Scheidemann hat am Dienstag im Reichstag ziemlich unverblümt erklärt, daß er jeden, der nach erfolgter Klarstellung die Fälschung noch weiter verbreite, als Verleumder betrachten müsse. Das „bornehme“ Organ glaubte wahrscheinlich als erstes sich diese Bezeichnung verdienen zu sollen.

Zu einem großen Krach

ist es im Lager der Fortschrittlichen Volkspartei in Königsberg i. Pr. aus Anlaß der Besetzung der durch den Tod des Landtagsabgeordneten Ohlbing erledigten Landtagsmandatur gekommen. Am 10. Dezember sollen bereits die Wahlmännertwahlen, und am 20. Dezember die Wahl des Abgeordneten stattfinden, und noch ist keine Einigung im Lager der Fortschrittspartei über den Kandidaten

erzielt. Wohl hat der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei Justizrat Dr. Lichtenstein zum Kandidaten aufgestellt, doch einflußreiche Mitglieder der Partei erklären öffentlich, daß diese Aufstellung als eine endgültige nicht zu betrachten sei. Die Wahlmänner sollten auf keine Verpflichtungen eingegangen. Und auch der Vorstand der nationalliberalen Partei, mit dem die Disziplinbrecher Hand in Hand gehen, erklärt ähnliche Beschlüsse für unzulässig. Der Wirtmar ist groß, ebenso die Entrüstung im Lager derjenigen, die zu Lichtenstein halten. Man spricht öffentlich von einer Spaltung der Partei, von einem „Disziplinbruch“; andere wiederum versuchen der Gegenpartei durch „versöhnliche“ Reden eine goldene Brücke zu bauen und ihren Sündenfall mit Milde und Nachsicht zu behandeln.

Eingebracht hat sich diese ganze Suppe der Freisinn selber. Er hat seit Jahren ein Bündnis mit den Nationalliberalen unterhalten. Diese haben schon von den drei Landtagsmandaten, die in Königsberg Stadt-, Land- und Kreis Fischhausen zu besetzen sind, eins in Besitz; die anderen beiden gehören dem Freisinn. Jetzt, wo eine Ersatzwahl stattfinden soll für ein erledigtes freisinniges Mandat, sind die Nationalliberalen dagegen, daß die Fortschrittliche Volkspartei einen ihrer Führer als Kandidaten aufstellt. Sie wünschen, daß jemand kandidiert, der zu ihrer Richtung hält. Und doch haben die Nationalliberalen wohl annähernd ein Duzend Führer, aber fast gar keine Massen hinter sich. Das schließt ist, daß zu ihnen noch eine Reihe angelegener und einflußreicher Fortschrittler hält.

Das sind die Früchte jahrelanger „unentwegter“ Kompromisse!

Herr Stresemann als Sammelkandidat.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, ist im erledigten Wahlkreis Neuch a. L. von den Nationalliberalen Syndikus Dr. Stresemann als Kandidat für die Ersatzwahl aufgestellt worden. Die Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei steht in sicherer Aussicht. Auch mit der Rechten sind Verhandlungen angeknüpft, um das gesamte Bürgerturn unter einer Fahne gegen die Sozialdemokratie zu sammeln.

Vorwärts ist die Sammlung noch keine lückenlose, denn der Bund der Landwirte hat natürlich wenig Lust, Herrn Stresemann zu unterstützen, der bei der Nachwahl in Ostpreußen kein gutes Haar am Bunde ließ.

Seit 1887 hat es im Wahlkreis Neuch a. L. keine Stichwahl mehr gegeben. Die bürgerlichen Parteien haben dort abwechselnd unter der Flagge der Reichspartei, der Konservativen oder der Nationalliberalen gekämpft. Die eroberten den Kreis zum erstenmal 1877 mit dem Genossen Wlos; 1878 unterlagen wir; 1881 und 1884 siegte wieder Wlos, der 1884 wegen Doppelwahl ablehnte, worauf Genosse Wiemer gewählt wurde. 1887 ging der Kreis an die Reichspartei verloren, von 1890 bis 1903 wurde Genosse Förster in den ersten Wahlgang gewählt. Bei den Blockwahlen 1907 unterlagen wir im ersten Wahlgang den Konservativen; 1912 siegen wir aber wieder mit 5542 gegen 3804 nationalliberale und 3319 fortschrittliche Stimmen.

Die Ersatzwahl ist auf den 10. Dezember festgesetzt.

Königlich preussische Beamtenfürsorge.

In dem Reiche des preussischen Landwirtschaftsministers, Behrn von Schorlemer-Lieser, herrscht bekanntlich ein äußerst reaktionärer, beamten- und arbeiterfeindlicher Geist. Trotz alledem dürfte eine „Anregung“, die in diesen Tagen von einer dem Minister unterstellten Regierungsbehörde erging, allgemeines Erstaunen auslösen. Die evangelische Provinzialhauptstadt Münster, in deren Mauern Herr von Schorlemer vor vierzehn Tagen an wohlbedachter Tafel beim Jubiläumsfest des Westfälischen Bauernvereins über angebliche Unterernährung spöttelte, ist Sitz einer sogenannten Generalkommission. Und eben von dieser Generalkommission ist, wie jetzt bekannt wird, vor etwa drei Wochen ein sehr beständliches Schreiben an die untergeordneten Spezialkommissare gesandt worden.

Dieses echt preussische Kulturdokument verdient der Welt in Wortlaut überliefert zu werden. Es lautet:

Münster, den 11. November 1912.

Königl. Generalkommission.

Auf Anordnung des Herrn Ministers machen wir die Herren Spezialkommissare darauf aufmerksam, daß bei Bemessung der Bureaukostenentschädigung keine Rücksicht darauf genommen werden kann, wenn die Herren Kommissare Gehälter zahlen, die in ihrem Gesamteinkommen für alle auf dem Bureau beschäftigten Privatgehilfen zusammen über das normale Maß hinausgehen. Es empfiehlt sich, nur jüngere Kräfte anzunehmen und diese durch andere jüngere Kräfte zu ersetzen, wenn jene sich verheiratet sollen.

An sämtlichen Herren Spezialkommissare.

Ob die in dem Schlußsatz ausgesprochene „Empfehlung“ auch von Herrn Schorlemer-Lieser herrührt, geht mit Sicherheit nicht aus der Fassung des empfindenden Schreibens hervor. Andererseits steht einer solchen Schlußfolgerung aber auch nichts entgegen. Die Beamten, um die es sich handelt, sind mit die am schlechtesten besoldeten. Gehälter von 60 und 70 M. sind keine Seltenheit. Erst nach langjähriger Tätigkeit erreicht das Gehalt die schwindelhafte Höhe von 100 M. im Monat.

Alexikale Schmutzliteratur.

Gelegentlich der Beratung eines liberalen Antrages im bayerischen Landtag, die Regierung möge Mittel zur wirksamen Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur zur Verfügung stellen, kam es zwischen dem Zentrum und unseren Genossen, die den liberalen Antrag unterstützten, zu einem heftigen Zusammenstoß. Der Zentrumsgesandter Freiherr v. Brandenstein machte in seiner angeborenen Aufgeblasenheit die Bemerkung, er nehme für sich und seine Fraktion in Anspruch, daß über Fragen der Sittlichkeit mit den Sozialdemokraten überhaupt nicht verhandelt werden könne. Auf diese provokatorische Anrede hin beschloß sich Genosse Ed. Schmid mit der von dem ultramontanen Kandidatenkandidat Dr. Kaufen zusammengetragenen Sammlung aus dem Gebiete der Schmutzliteratur und erteilte dabei den Alexikalen eine derbe Zurechtweisung, indem er ein Gedicht auf den Tisch des Hauses niederlegte, das in der Eisenbahnstation München hergestellt, auf gestohlenen staatlichen Papier vervielfältigt und unter dem Rangspersonal verteilt worden war. Schmid führte hierzu aus, das Produkt sei so roh, gemein und dumm, daß man in der Öffentlichkeit nicht einmal zwei Zeilen davon vorlesen könne, ohne einen Ordnungsruf des Präsidenten zu riskieren und ohne die Sittlichkeit zu verletzen. Dieses Produkt sei in einer christlichen Organisation, nämlich unter führenden Männern des hier so viel gerühmten, staatsbehaltenden christlichen bayerischen Eisenbahnerverbandes verbreitet worden. Auf Aufforderung der Vorstandschaft dieses Verbandes wiederholte Genosse Schmid seine Vorwürfe außerhalb des Hauses und zwar in der „Münchener Post“ mit seinem Namen unterzeichnet. Auch die „Münchener Post“ nahm in einem Stimmungsbild über die Landtagsverhandlungen zu der Sache Stellung.

Die Vorstandschaft reichte darauf sowohl gegen Genossen Ed. Schmid als auch gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“, Genossen M. Gruber, die Klage wegen Verleumdung ein. In der am Dienstag durchgeführten Verhandlung mündeten die Christlichen, dem ultramontanen Eisenbahnerverbande angehörenden Zeugen auf Eid zugeben, daß solche Schweinereien

nicht vereinigt in der Kasse der Eisenbahndirektion München von Hand zu Hand gingen. Der Verfasser dieser schweizerischen Werke, der „Christliche“ Kassegehilfe C. Kropf, ein Schwager des entlassenen Vorstandes des Siedelwerkes, ebenfalls als Zeuge vernommen, machte vergebens den Versuch, die Vaterhaft dieses schmutzigen Nachwerkes abzuleugnen.

Das Gericht billigte dem Genossen Ed. Schmid den Schutz des § 198 in vollem Umfange zu und sprach ihn unter Uebnahme der Kosten auf die Kläger frei. Dem beklagten Redakteur Martin Gruber wurde der Schutz des § 198 versagt und er zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine ungültige Wahl.

Im Reichstagswahlkreis Schwyz (Weichsel) wurden am 12. Januar 1912 16 976 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt der Pole, Rentier Soh-Jaworski, 8450, der freikonservative Landrat v. Halem 8307, ein sozialdemokratischer Kandidat 161 Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug also 8489, somit genau die Stimmenzahl, die auf Soh-Jaworski entfallen war. Dieser hätte sonach als gewählt proklamiert werden müssen. Der Wahlkommissar, ein konservativer Rittergutsbesitzer, der das Amt eines Kreisdeputierten bekleidet, zog nun eigenmächtig dem Polen zwei Stimmen ab. Damit war eine Stichwahl herbeigeführt.

In der Stichwahl erhielt Landrat v. Halem 8008, der Pole 8009 Stimmen. Dieses Resultat wurde nur dadurch erzielt, daß 720 polnische Stimmgätter für ungültig erklärt wurden. Ein Teil der Zettel wurde für ungültig erklärt, weil der Name Soh statt mit einem h nur mit einem s geschrieben war; die anderen Zettel wurden für ungültig erklärt, weil auf den Zetteln stand: A. H. v. Soh-Jaworski. Der Pole war aber schon während der Wahl Abgeordneter, nämlich preussischer Landtagsabgeordneter. Der Kreisdeputierte Dr. Marini hat, wie bereits in einem Strafverfahren eidlich festgestellt wurde, zwischen Haupt- und Stichwahl die Wahlvorsteher angewiesen, diese Zettel, die in der Hauptwahl für gültig erklärt worden waren, bei der Stichwahl für ungültig zu erklären. Die Folge war, daß in 24 Orten sämtliche polnischen Stimmgätter für ungültig erklärt wurden.

Die Wahlprüfungskommission hat denn auch heute einstimmig beschlossen, die Wahl des Landrats v. Halem für ungültig zu erklären.

Eine lange Debatte entspann sich über die Folgerungen, die sich aus diesem Beschlusse ergeben. Daß nicht der Landrat v. Halem, sondern der Rentier v. Soh-Jaworski gewählt war, stand fest; die Polen und Sozialdemokraten, mit gewissen Einschränkungen, zunächst auch die Nationalliberalen, vertraten den Standpunkt, daß nunmehr ohne eine neue Wahl der gewählte Abg. v. Jaworski einzuberufen sei. Dem traten die Vertreter des Zentrums, der Konservativen und der Fortschrittler entgegen. Zu einer Entscheidung über den Antrag kam es nicht, da die Polen ihren Antrag zurückzogen, um ihn im Plenum wieder einzubringen.

Veteranenfürsorge.

Anlässlich der Jahrhundertfeier der sogenannten Befreiungskriege sollen im nächsten Jahre in Königsberg und Breslau rauschende Festlichkeiten stattfinden. Auch eine Veteranenfeier ist geplant. Durch freiwillige Sammlungen sollte die erforderliche Summe zu dieser Stiftung aufgebracht werden. Seit Wochen wird für die Sammlung Stimmung in der Presse gemacht mit der Begründung, das Reich könnte keine weiteren Mittel für die Veteranen bereitstellen, folglich müsse die „private Wohltätigkeit“ helfen. Am 1. Dezember ist in Ostpreußen von Haus zu Haus für die Veteranen gesammelt worden, und in Königsberg ist die beschämend niedrige Summe von 21000 Mark zusammengekommen. Die reichen Leute haben größtenteils versagt; in den Bezirken der sogenannten Kleinen Leute sind dagegen überraschend große Beträge gesammelt worden. 21000 M. aus der Provinzialhauptstadt! Da wird in den mittleren und kleinen Städten sowie auf dem platten Lande erst recht wenig herauskommen. Dabei leben in Ostpreußen 10 000 Veteranen, zum größten Teil in bedürftigen Verhältnissen. Von einer nennenswerten Unterstützung wird keine Rede sein können. Für die Festlichkeiten sollen ganz andere Summen ausgegeben werden. Erst in diesen Tagen bewilligte die Stadtverordnetenversammlung in Königsberg 10000 Mark zur Errichtung eines Festplatzes! Es ist das nur die Hälfte der Summe, die für den Festplatz ausgegeben wird. Die andere Hälfte zahlt der Kreis Fischhausen. Im Sommer wurden von der Königsberger Stadtverordnetenversammlung über 44000 Mark zu nationalen Festlichkeiten bewilligt. Und zwar soll das nur der „Grundstock“ sein. Weiter ist ein Festzug geplant, der 60000 Mark kosten soll.

Sicherlich werden die Festlichkeiten noch weitere große Summen erfordern. Man wird „zur Ehre des Patriottismus“ höchst wahrscheinlich mehr Geld ausgeben, als in ganz Ostpreußen für die Veteranen gesammelt worden ist.

Oesterreich.

Die ungarische Staatsanwaltschaft auf dem Rückzuge.

Am 6. Juni brachte das deutsche Parliorgan in Budapest, „Wolfsstimme“, einen energischen Aufruf an die Arbeiterklasse, die Gesetze nicht mehr zu achten, da im Reichstags selbst Gesetze nicht beachtet werden. Infolgedessen wurde das Parliorgan damals konfiszieren und dem Verfasser des Artikels ein Prozeß angehängt. Am Mittwoch sollte die Schourgerichtsverhandlung stattfinden, jedoch hat der Staatsanwalt im letzten Augenblick die Anklage zurückgezogen und das weitere Verfahren eingestellt. Wahrscheinlich, weil die Staatsanwaltschaft mit den beiden letzten Prozessen schlechte Erfahrungen gemacht hatte.

Eine gefasene Interpellation

Haben unsere österreichischen Genossen wegen der Machtkonstellationen der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ eingebracht. Sie fragen den Ministerpräsidenten, ob er dafür sorgen wolle, daß der Justizminister v. Hochenburger seines Amtes enthoben und ein gesetzestreuere Mann zum Justizminister ernannt würde.

Schweiz.

Nachspiel zum Besuch Wilhelms II.

Bern, 4. Dezember. Im Nationalrat wurden heute die Nachtragkredite behandelt, darunter ein Posten betreffend den Kaiserbesuch. Die Sozialdemokraten beantragten die Nichtgenehmigung. Sie erkannten zwar an, daß der deutsche Kaiser aufrichtig beabsichtigt sei, den Frieden zu wahren, und sie hätten sich während des Kaiserbesuches große Zurückhaltung auferlegt. Der Kredit für die Empfangskosten hätte aber im voraus verlangt werden sollen, und die Aufwendung hätten das Maherepublikanische Einfache überschritten. Die Truppenaufgebote zum Ehrendienst seien überflüssig gewesen. Bundespräsident Forrer führte demgegenüber aus: Die frühere Nachsage des Credits sei unzulässig gewesen, da eine Diskussion in den Räten über den Kaiserbesuch sei ein sehr erfreuliches Ereignis gewesen und habe den Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland großen Nutzen gebracht. Wir können, sagte der Bundespräsident, mit Genugtuung und Dankbarkeit daran zurückdenken. Der republikanisch-demokratische Charakter

des Empfanges ist gewahrt worden. Beim Besuche des Oberhauptes der französischen Republik und des italienischen Königs wurden die gleichen Maßnahmen und Truppenaufgebote vorgezogen.

Der Kredit wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Belgien.

Ein Kinderschutzgesetz.

Der Minister für Industrie und Arbeit hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Kinderarbeit im Gewerbe bis zum beendeten 14. Jahre verbietet. Doch soll durch königliche Verordnung nach Anhörung des Industrie- und Arbeitsrats und des höheren Arbeitsrats für eine bestimmte Anzahl Tage oder Stunden pro Tag, mit Rücksicht auf die Erfordernisse des Volks- oder Fachschulunterrichts, die Art der Beschäftigung und die Bedürfnisse von Industrie und Handwerk auch die Beschäftigung mit 13 Jahren zugelassen werden. Für die erste Zeit soll nach den Notizen von dieser Ausnahmeberechtigung reichlich Gebrauch gemacht werden. Der Entwurf beschränkt sich nicht mehr auf die Fabrikarbeit, sondern umfaßt gewerbliche Beschäftigung jeder Art, auch die Hausindustrie, nicht jedoch Lagerarbeit und Landwirtschaft. Die Mitgabe von Arbeit nach Hause an geschützte Kinder, deren Arbeitzeit abgelaufen ist, soll verboten werden. Die Mindeststrafe für Verletzung des Gesetzes soll 50 Fr. betragen. Dagegen ist keine Strafvorschärfung für den Rückfall vorgesehen. — Die Regierung wird die verschiedenen bestehenden Gesetze zum Schutze der Frauen- und Kinderarbeit zusammenfassen.

Amerikale Lockspiegel an der Arbeit.

Während der Erregung, die den Wahlen wegen der ungeheuren Meritalen Beisehung- und Schwindelmander folgte, erschien in La Louviere ein Paueranschlag, der zur gewaltigen Empörung aufforderte. Die Staatsanwaltschaft verfolgte die Sache und mußte feststellen, daß der Aufruf aus der Meritalen Druckerei hervorgegangen und von einem reichen Meritalen Führer verfertigt war. Darumhin wurde das Verfahren nicht fortgesetzt. Diese Straflosigkeit hat zu weiteren Unternehmungen im Dienste der guten Sache ermutigt. Aus derselben Druckerei ist ein Blättchen hervorgegangen, das sich in heftigster Weise mit dem bevorstehenden Generalkrieg beschäftigt. Es heißt dort: einen friedlichen Streit zu wollen, sei rückständig. „Das Dynamit muß sprechen!“ Diese Redewendung deutet sich genau mit der Ausdrucksweise des Meritalen Lockspiegels Bourbaix aus der Bewegung von 1888, der an seine Auftraggeber nach Brüssel telegraphierte: „Heute abend wird das Dynamit sprechen.“ — Dieser Vorgang, der wohl auch wieder strafflos ausgehen dürfte, zeigt, mit welcher Sorte Gegner der von den Arbeitern beschlossene friedliche Generalkrieg zu tun hat.

China.

Kampfstimmung gegen Rußland.

Peking, 30. November. (Meldung der „Agence d'Extreme-Orient“.) Sunpaten hat den Präsidenten telegraphisch aufgefordert, gegen die Haltung Rußlands zu protestieren und energischen Widerstand zu leisten, und sei es selbst mit Gewalt. Wenn Rußland die Hand nach der Mongolei ausstreckt, so sei damit der Anfang zu einer Teilung Chinas gemacht. Auch der Vizegouverneur Lihuanhong, Chef des Generalkommandos und und Liu der Provinz Szechuan, hat im Namen der Latus der 12 Provinzen eine lange Depesche an die Regierung geschickt, um sie zum Widerstande gegen Rußland zu ermuntern.

Die Russen marschieren.

Urga, 4. Dezember. Infolge des Gerüchtes von einem Heranzücken chinesischer Truppen nach Kobdo und Aljassat, sowie von einer Plünderung russischer Händler im Kobdogebiet, ist aus Trojitzkoffawol in Urga ein Detachement eingetroffen, das nach der Westmongolei marschieren soll. Die erste Staffel dieses Detachements ist heute nach Aljassat ausmarschiert. Nach einem Uebereinkommen der mongolischen Regierung mit dem russischen Generalkonsul sind längs der Marschwege Schutzgelte und Transportmittel vorbereitet worden.

Japan.

Ministerwechsel.

Tokio, 4. Dezember. In einer außerordentlichen Kabinettsitzung übergaben heute nachmittag die Minister dem Ministerpräsidenten Marquis Saionji ihre Entlassungsgesuche, sie werden ohne Zweifel vom Kaiser angenommen werden. Mit der Bildung eines neuen Kabinetts wird entweder Fürst Katsura oder Graf Teruchi beauftragt werden.

Aus der Partei.

Die Stadtverordnetenwahlen in Breslau.

Bei den am Mittwoch vollzogenen Stadtverordnetenwahlen gelang es unseren Genossen, noch ein Mandat zu erobern. Die sozialdemokratische Fraktion steigt somit von 12 auf 13 Mitglieder. Trotzdem die Konservativen in der Stichwahl noch drei Mandate eroberten, sinkt ihre Vertreterzahl von 33 auf 30. Das vierte und zugefallene Mandat wurde der Liberalen Fraktion abgenommen.

Parteiliteratur.

Die Parteiliteratur der großen französischen Revolution und ihre Presse. Von Heinrich Cunow. Zweite erweiterte Auflage des in erster Auflage unter dem Titel: „Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789 bis 1794“ erschienenen Werkes. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 63. Preis broschiert 6.— M., gebunden 7,50 M.

Pollzeitliches, Gerichtliches usw.

Das Reichsgericht für den Junkerterror.

Bei der Reichstagswahl 1912 im Wahlkreis Breslau (Land)-Neumarkt hat der Wahlkommissar an seine Wahlvorsteher ein Rundschreiben gerichtet, wonach sich jeder Wahlkontrolleur über seine Eigenschaft als Reichstagswähler genau ausweisen soll. Diejenigen, welche dies nicht einwandfrei beweisen können, sollen aus dem Wahllokal verwiesen werden, wenn notwendig mit Gewalt.

Zu welchen Folgen diese Anweisung führte, beweist der Vorfall im Wahllokal Buchkoma.

In diesem sollte der Genosse Paul Neboll aus Kobersitz bei Breslau die Kontrolle ausüben; dafelst wurden die amtlichen Wahllokalen zugleich mit dem Stimmzettel des konservativen Grafen Carmer von Klersitz durch einen Gutsinspektor vor dem Wahllokal ausgegeben, ja dieser ließ sogar die Hofknechte und Arbeiter ansetzen, nahm einen Stroh-Wahllokalen und Stimmzettel und verteilte sie im Wahllokal.

Als sich dies unser Genosse verbat und den Wahlvorstand aufforderte, den Uebelstand zu beseitigen, machte dieser von der Aufweisung Gebrauch, und da Neboll nur eine von unserem Vorstand ausgestellte Legitimationskarte, sowie seinen Militärpaß mitbrachte,

genügte dieser Ausweis nicht dem Wahlvorstand. Neboll wurde aufgefordert, das Lokal zu verlassen, sonst würde er mit Gewalt entfernt; nach einigem Zögern ging Neboll aber von selbst.

Nachmittags Genosse Cronig aus Krieteren in das Wahllokal kam und den Wahlvorsteher um Aufschluß ersuchte, sollte auch er sich erst als Reichstagswähler ausweisen. Dieser hatte ebenfalls nur eine Karte und den Militärpaß und wurde auch aus dem Lokal verwiesen, ebenso erging es noch drei anderen Genossen, die im Laufe der Zeit in das Wahllokal kamen. Alle Genossen weigerten sich, und nun ließ der Wahlvorsteher, Rittergutsbesitzer und Amts-vorsteher v. Nachrich, über zwanzig Arbeiter und Knechte holen und unsere Genossen gingen dann von selbst hinaus.

Auf Betreiben des Landrats Dr. Widelhaus erfolgte gegen die Genossen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und Verleumdung. Sie erhielten zusammen acht Monate Gefängnis und 20 M. Geldstrafe, und zwar Cronig vier Monate, Langfeldt, Teubert, Pauer und Neboll je einen Monat Gefängnis, letzterer aber noch außerdem 20 M. Geldstrafe.

Am Freitag war in der Sache Termin vor dem Reichsgericht in Leipzig. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde verworfen. In Zukunft aber haben die Junker und ihre Trabanten das Recht, jeden ihnen unbequemen Aufpasser aus dem Wahllokal entfernen zu lassen. Das eröffnet ja die schönsten Aussichten für den nächsten Wahlkampf. Aber mo bleibt das gesetzlich gewährleistete Recht, daß jeder wahlfähige Deutsche sich so lange im Wahllokal aufhalten kann, wie es ihm beliebt, vorausgesetzt, daß er die Wahlhandlung nicht stört oder sich lästig macht.

Die Justiz gegen die Parteipresse.

Zahlreiche Prozeße gab es im verfloffenen Monat November. Es wurden nicht weniger als siebenhundert Gerichtsurteile gegen unsere verantwortlichen Redakteure gefällt. Daraus entspringen 5 Monate 3 Wochen Gefängnis, und 4155 M. Geldstrafen, ohne die übrigen Kosten. In den letzten acht Monaten des Jahres ergeben sich 111 solcher Prozesse, 13 000 M. Geld- und 20 Monate Gefängnisstrafen.

Aus der Frauenbewegung.

Nationalliberale Rückständigkeit.

Die so überaus bescheidenen nationalliberalen Frauen können einem wirklich von Herzen leid tun. Trotz ihres auf dem ersten nationalliberalen Frauentag am 1. Oktober in Weimar feierlich gegebenen Versprechens, daß sie immer ganz hübsch artig sein und sogar der bösen Sozialdemokratie gegenüber geistige und sittliche Güter des deutschen Volkes verteidigen wollten, und trotzdem der Generalsekretär der nationalliberalen Partei in Weimar für die Parteileitung erklärt hatte, daß die Mitarbeit der Frauen der Partei unentbehrlich gemorden und die Frauen daher gern und freudig aufgenommen würden, mußten die liebwerten nationalliberalen Damen neuerdings in Altona-Ottensen bitterliche Erfahrungen sammeln, nämlich den betrüblichen Ereignissen, wie sie die freisinnigen Schwägerinnen auf der Mannheimer Tagung zu machen genötigt waren.

Auf der Mitgliederversammlung in Altona-Ottensen hielt Dr. Noke aus Hamburg einen Vortrag über die „Mitarbeit der Frau in der nationalliberalen Partei“. Er führte ungefähr aus: Auch nationalliberale Frauen wünschen heute, sich in der Politik zu betätigen. Ein Interesse und eine gewisse segensreiche Tätigkeit sei ihnen nicht abzusprechen, z. B. in wirtschaftlicher Hinsicht auf dem Gebiet der Wohnungspflege, der Fürsorge für Wäscherinnen usw., im idealen Interesse auf dem Gebiete der Schule und Erziehung, des Eheerbes, der Waisen- und Jugendpflege. Die Nationalliberalen ständen der radikalen Frauenbewegung völlig abweisend gegenüber, ebenso der Einführung des Frauenstimmrechts. Die Frau möge ihre Betätigung zunächst einmal in kommunaler Hinsicht zeigen. In diesem Sinne hätten sich auch der Nationalliberalen Parteitag und der Parteitag der freisinnigen in Mannheim ausgesprochen. Anders sieht es um die Frage, ob man die Frauen in die nationalliberalen Vereine aufnehmen solle. Hier teilte er die gedruckten Gedanken mit. Er schloß mit den Worten: „Die Frauen stehen vor der Tür; öffnen wir ihnen nicht, so gehen sie ein Haus weiter zu den freisinnigen!“ Nach kurzer Beratung beschloß die Versammlung indessen: „Frauen werden in den nationalliberalen Vereinen nicht aufgenommen!“ Begründung: „Da die Befürchtung besteht, daß dann zahlreiche männliche Mitglieder austreten würden!“ Die nationalliberalen Frauen werden dennoch bescheiden ausharren!

Kein Witwengeld, kein allgemeines Frauenwahlrecht.

Am 14. November beriet die holländische holländische Kammer die Amendements zum Invalidentätengesetz, die sich in der Hauptsache darum drehen, daß auch der Witwe, die nach dem holländischen neuen Invalidentätengesetz beim Tode des Ernährers ganz leer ausgehen soll, eine Rente zuerkannt werde. Diese Forderung vertrat selbstverständlich nach allen Kräfte der sozialdemokratische Vertreter. Von freisinniger Seite kam der Vorschlag, diese Forderung auf ihre Durchführbarkeit hin zu prüfen. Nur 21 Stimmen erklärten sich für die Witwenrente, und so wurde die Forderung, die holländischen Arbeiterwitwen vor der schwersten Not zu schützen, verworfen.

Im nächsten Jahre, 1913, werden die Neuwahlen für die Zweite Kammer in Holland vorgenommen. „Genossen, gedankt der Tat, seid auf dem Posten für die neue Wahl, seid gerüstet für den Kampf!“ so schreibt die „Proletarische Frauen“. Holland schenkt bekanntlich unter einer sogenannten „christlichen“ Regierungsmehrheit, die nach Klassen gerichtet wird, nach dem Besch, und welche Hunderttausende von Arbeitern fast ganz rechtlos läßt. Diese schwarzblaue Majorität zu kürzen, ist der innigste Wunsch des holländischen Proletariats. Auch die Liberalen, die sich aus drei Gruppen, ähnlich wie in Deutschland, zusammensetzen (die „Liberalen Union“, die „Freien Liberalen“ und der „Freisinnig-demokratische Bund“) erstreben das gleiche Ziel. Amüsant ist es, wie diese Liberalen sich in ihrem sogenannten „Konzentrationsprogramm“ zum Frauenstimmrecht verhalten. Als grundlegende Forderung stellen diese Liberalen zunächst die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer. Aber weiß das Frauenwahlrecht schon lange von ihnen bei ihren Wahlen versprochen worden ist und sie die Hilfe der bürgerlichen Frauen immer gern akzeptiert haben und besonders in dem schweren Jahre 1913 nicht entbehren möchten, heißt es auch in ihrem Programm: „Die Gelegenheit, der Frau das Wahlrecht zu verschaffen, muß gesucht werden, aber ohne daß deshalb Forderungen des gesellschaftlichen Wohles zurückgestellt würden. Die dem Frauenwahlrecht im Wege stehenden Hindernisse sollen weggeräumt werden.“ Um diese Gelegenheit zu schaffen, wollen sie bei Aenderung der Verfassung, denn bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts müßte ja die Verfassung geändert werden, das Wort „männlich“ (männlicher Wähler!) gestrichen haben. Dem allgemeinen Wahlrecht für Männer wegen sich die Liberalen der auffretenden holländischen Arbeiterklasse wegen nicht öffnen zu widersehen, aber dem „allgemeinen Frauenwahlrecht“ ziehen sie weniger sympathisch gegenüber. Der Großindustrielle Stork möchte nur der „selbständigen“ Frau das Wahlrecht zuerkennen wissen, und der „Freiherren“ Klump von Dünkeland äußerte sich dahin, daß ein „beschränktes Frauenwahlrecht“ für den revolutionären Folgen des allgemeinen Männerwahlrechts einzuschränken geeignet sein dürfte. Die holländischen Genossinnen wissen genau, was ein „beschränktes Frauenwahlrecht“ für den Sozialismus bedeutet, und sie werden Seite an Seite mit den männlichen Genossen in den Wahlkampf des Jahres 1913 ziehen, um für das wirklich allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen ihre Kräfte einzusetzen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Der Tarifablauf im Baugewerbe und das Reichsamt des Innern.

Ein Privattelegramm meldet uns aus München: Das Reichsamt des Innern hat Herrn Gewerbeberichts- direktor Dr. Brenner in einem Schreiben ersucht, bei dem großen öffentlichen Interesse, das durch den Ablauf des Tarifes für das deutsche Baugewerbe erweckt wird, sofort Einigungs- verhandlungen einzuleiten. Herr Dr. Brenner ist deshalb mit den bisherigen Vertragskontrahenten in Verbindung getreten.

Der Ablauf des Tarifes trifft diesmal das Baugewerbe in einer Zeit schwerster Krise, unter der Unternehmer sowohl wie Arbeiter außerordentlich zu leiden haben. Große Bau- firmen mit geachteten Namen haben unter diesen Verhältnissen ihre Tätigkeit einschränken oder ganz aufgeben müssen. Die Ungewißheit über die nächste Zukunft, die durch den Verlauf der Vertragsverhandlungen stark beeinflusst wird, hindert viele Unternehmer an den Abschluß von neuen Bauverträgen und schiebt eine Gefundung auf dem Baumarkt noch weiter hin- aus. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn das Reichsamt des Innern die sonst übliche Passivität aufgibt und nicht erst eingreift, nachdem es zu einem Kampfe zwischen den Parteien gekommen ist.

Berlin und Umgegend.

Die Forderungen der Straßenbahner.

Am 7. Oktober hatten die Vertrauensleute der im Verband der Straßenbahner organisierten Fahrer und Schaffner eine Ein- gabe an die Betriebsleitung der Großen Berliner Straßenbahn gerichtet, den gewählten Vertretern des Perso- nals baldigst Gelegenheit zu geben, Wünsche wegen Neuregelung der Lohnverhältnisse vorzubringen. Erst am 15. November kamen die Vertrauensmänner in der alljährlich stattfindenden Herbst- konferenz zum Wort. Nach dem der Direktion zur Berücksichtigung unterbreiteten Antrag wurde ein Anfangsgehalt von monatlich 110 M. gefordert, das im zweiten Dienstjahr auf 115, dann alljährlich um je 250 M. bis zu 150 M. im Monat steigt. Das Höchstgehalt wurde demnach im 16. Dienstjahr erreicht werden. Weiter wurde für alle Fahrer eine Erhöhung des Kilo- metergeldes auf 80 Pf. verlangt sowie die Bezahlung der drei freien Tage im Monat für das Erjahrpersonal. Die Begrün- dung dieser minimalen Forderungen fiel den Vertrauensmännern nicht schwer. Durch umfangreiches einwandfreies Material wiesen sie nach, daß die Lohnverhältnisse für die Straßenbahner inner- halb der letzten zehn Jahre um etwa 15 bis 25 Proz. gestiegen seien, während die Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse mindestens eine Steigerung von 30 bis 40 Prozent erfahren hätten. Die Lebenslage der Straßenbahner habe sich demnach um 15 Proz. verschlechtert. Trotzdem fanden die nur zu berechtigten Forderungen auf Erhöhung der Löhne nicht das geringste Ent- gegenkommen. Man renommierte wieder mit den 1 1/2 Millionen Mark, die durch Erhöhung der Löhne im vergangenen Jahre mehr verausgabt werden mußten. Die bestehende Teuerung konnte man nicht bestreiten, aber — so sagte Regierungsrat a. D. Mide im Namen eines Reichmann Hollweg — der augenblickliche Zustand sei doch schließlich ein vorübergehender. Die Di- rektion habe ein Herz für die Lage ihrer Beamten und Arbeiter, sie sei stets bestrebt, deren Verhältnisse zu verbessern. Der Di- rektor Otto sagte in der Konferenz, die Direktion sei bis an die Grenze des Möglichen gegangen, sie tue wirklich, was sie könne. Das wohlwollende Herz sprudelte schließlich doch noch über, und nachdem die Vertrauensmänner die Konferenz verlassen hatten, beschloß man, die Weihnachtsgartifikation für verheiratete Bedienstete um 15 M. zu erhöhen.

Dienstagabend waren die Straßenbahner zahlreich in den Sophienhallen versammelt, um zu der abendlichen Antwort der Ver- treterleitung Stellung zu nehmen. Der Referent Otto Ori- mann teilte zunächst mit, daß neben der Großen Berliner Straßenbahn auch die Betriebsleitungen der Berliner elektrischen Straßenbahn sowie der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft eine ablehnende Antwort auf die Forderungen der Arbeiter und An- gestellten gegeben haben. Die Betriebsleitungen im Verkehrsge- werbe seien eben besser organisiert als ihre Arbeiter und Angestell- ten, weshalb sie sich auf den Standpunkt stellen könnten, die Lohn- erhöhungen nicht zu bewilligen. Redner ging ausführlich auf die gestellten Forderungen ein und behandelte das negative Ergebnis der Herbstkonferenz. Als man die allgemeine Lohnerhöhung ab- gelehnt hatte, hätte man annehmen sollen, die Betriebsleitung würde wenigstens eine einmalige Teuerungszulage in Höhe eines Monatslohnes bewilligen. Auch hierin habe man sich getäuscht. Der Straßenbahner habe doch ganz besonders unter der Teuerung zu leiden, durch seine eigenartige Dienstzeit müsse doch die Frau viel- fach hohem Lasten, wodurch im Haushalt enorme Mehrkosten ent- stehen. Auch müßten vielfach 30 bis 40 Proz. des Einkommens für Wohnungsmiete aufgebracht werden. Als humane Gesellschaft hätte die Direktion einsehen müssen, daß ihre Angestellten un- bedingte einer Lohnerhöhung bedürftig seien. Was man in Berlin fordere, würde in einer ganzen Reihe anderer Städte, besonders in Süddeutschland, schon lange bezahlt. Auch in Neufeld in den beständigsten Verkehrsverhältnissen, in denen weit mehr bezahlt würde als bei der Großen Berliner. Erhalte doch zum Beispiel in Neufeld ein städtischer Omnibusfahrer einen Anfangslohn von 125 M. im Monat und nach 8 Jahren bereits 145 M. Der Omnibusfahr- mann beginne mit 105 M. und habe nach 8 Jahren 125 M. In den Zahlen aus dem Geschäftsjahr 1911 weist Redner nach, daß die Gesellschaft sehr wohl in der Lage sei, höhere Löhne zu zahlen. Im laufenden Jahre sei aber auch mit ganz erheblichen Mehrnahmen zu rechnen. Zur Zahlung der höchsten Löhne für Direk- tor, Beamte und Aufsichtsrat seien ja auch Gelder vorhanden. — Die größte Schuld an den unsehbaren Verhältnissen treffe die Straßenbahner selbst. Den Verprechungen der „Großen“ werde viel zu viel Wanken geschenkt, man lasse sich von einem Jahre zum anderen betriegen. Die eigenen Interessen würden nicht genü- gend vertreten. Die Gelder müßten vor allem die bisher gegangenen Wege verlassen und sich der freien Organisation anschließen.

Nachdem Redner das im Betriebe der „Großen“ bestehende Spieß- und Demnütigkeiten gebührend gekennzeichnet hatte, warf er die Frage auf, was auf Grund der abgelehnten Antwort zu unternehmen sei. Vor allem müsse jetzt versucht werden, was die Straßenbahner bisher verum- säßelten, mit doppeltem Eifer nachzuholen. In aller Öffentlichkeit müsse dokumentiert werden, daß die Straßenbahner gewillt seien, alles daran zu setzen, die Organisation zu härten und dann mit neuen Forderungen an die Direktion heranzutreten. Die jetzt ge- zahlten Löhne reichten nicht im entferntesten dazu, anständig und menschenwürdig leben zu können. Wenn die Frauen, vielfach selbst Kinder im jüngsten Alter, nicht mitarbeiten, reicht es nicht zum nordürftigsten Lebensunterhalt. Mit doppelter Kraft, mit doppel- ter Energie müsse jetzt für die Organisation auf dem erlaubten Wege agitiert werden. Dann werde auch die Direktion den Wün- schen ihrer Angestellten Gehör schenken müssen und ihnen geben, was sie fordern.

In einer sehr anregend verlaufenen Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten durch eine Reihe Redner treffend ergänzt. Wenn die Hoffnungen der Angestellten diesmal ins Wasser gefallen seien, so müßte dies das letzte Mal gewesen sein. Jeder Redner verpflichtete sich, sein Möglichstes mit dazu beizutragen, daß die Straßenbahner in einer Organisation — dem Verband der Straßenbahner — zusammengeschlossen seien. Die Verbands der Straßenbahner so empfindlich schädige, müsse ausgerottet werden.

Kathmann zerplückte die Begründung, mit der die Di- rektion der „Großen“ die Forderungen der Straßenbahner abge- lehnt hatte. Er bedauerte, daß an den Konferenzen kein Gewerks- schaftsfunktionär teilnehmen darf, denn dieser könnte den Herren mit noch ganz anderem Material über die famose Wirtschaftsord- nung aufwarten. Die Organisation müsse jetzt in erster Linie auch in die Tiefe, nach innen, ausgebaut werden.

Vorsprecher Nibel fasste das Ergebnis der Debatte zusam- men und betonte, daß alle Anwesenden mit dem ablehnenden Stand- punkt der Direktion nicht einverstanden seien. Die Direktion habe die Zwietracht, die die gelbe Organisation unter den Straßenbah- nern gefäht, zum Schaden der Angestellten ausgenutzt.

In einem kurzen Tätigkeitsbericht vom dritten Quartal teilte Ori mann noch mit, daß, abgesehen das dritte Quartal das ungünstigste sei, in diesem 103 Neuaufnahmen und 114 Uebertritte zu buchen waren.

Achtung, Tapezierer! Die Sperre über die Firma Neumann, Ledermöbelfabrik, Königsberger Str. 23, ist aufgehoben.

Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Die Bewegung in der Binnenschifffahrt.

In einer Besprechung zwischen den Vertretern des Arbeitgeber- verbandes für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe e. V. und des Deutschen Transportarbeiterverbandes, sowie des Zentral- verbandes der Maschinen- und Heizer ist seitens des Arbeitgeber- verbandes folgende Erklärung abgegeben worden:

„Der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe ist trotz der andauernd mäßigen wirtschaftlichen Lage der in ihm vereinigten Betriebe bereit, eine mäßige Lohnerhöhung mit Beginn des nächsten Jahres eintreten zu lassen.“

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung beabsichtigt, dem Reichs- tage binnen kurzem Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der Arbeits- zeit in der gesamten Binnenschifffahrt zu machen. Deshalb erscheint es unzulässig, gerade jetzt durch private Vereinbarungen über Nacht- und Sonntagsruhe für einzelne Teile der Schifffahrt Bestimmungen zu treffen.

Eine Lohnbewegungskomödie der christlichen Berg- arbeiterorganisation in Oberschlesien.

Eine Lohnbewegung im ober-schlesischen Bergrevier versuchte der Vorstand des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter ein- zuleiten. Man bedenke: derselbe Gewerksvereinsvorstand, der im März d. J. im Ruhrrevier den Streik gebrochen, mit dessen Hilfe die Bergarbeiter, auch die im Gewerksverein organisierten, besiegt wurden. Am 15. Oktober d. J. wurde dem Bezirksleiter des Berg- arbeiterverbandes für Oberschlesien durch den Bezirksleiter des christlichen Gewerksvereins ein Schreiben übermittelt, in welchem mitgeteilt wurde, daß eine Konferenz der Vertrauensleute des christlichen Gewerksvereins in Oberschlesien eine allgemeine Lohn- bewegung für wünschenswert gehalten habe. Es wurde darum an- gefragt, wie sich der Bergarbeiterverband dazu stelle. In dem Antwortschreiben des Bergarbeiterverbandes wurde zunächst die Frage gestellt, ob der Gewerksvereinsbezirksleiter im Einverständnis mit seinem Vorstand handle und wie er sich die Entwicklung der Lohnbewegung denke. Es sei doch sehr stark damit zu rechnen, daß, wenn Forderungen eingereicht, diese von den Unternehmern glatt abgelehnt würden. Ob dann der Gewerksverein unter diesen Um- ständen auch bereit sei, die äußersten Mittel zur Anwendung zu bringen. — Die erste Frage wurde direkt mit Ja beantwortet. Dann hieß es weiter in dem Brief:

„Bezüglich der Frage, ob der Gewerksverein christlicher Berg- arbeiter Deutschlands bereit wäre, im Falle einer ablehnenden Haltung der ober-schlesischen Bergbauunternehmer die äußersten Mittel in Anwendung zu bringen, sei Ihnen folgendes mitge- teilt: Nicht alle Lohnbewegungen sind zum Streik, es gab schon viele Lohnbewegungen, die ohne Streik siegreich für die Arbeiter geendet haben. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter ist auch gewillt, jede Lohnbewegung bis zur letzten Konsequenz durch- zuführen, wenn die Vorbedingungen dafür geschaffen worden sind, wenn der Streitgegenstand einen Streik berechtigt, oder der Streik mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann.“

Man traut seinen Augen nicht: der Vorstand des christlichen Gewerksvereins erkennt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lohnbewegung an und ladet den Bergarbeiterverband hierzu ein. — Woher dieser Mut? Das Rätsel ist schnell gelöst. In Oberschlesien sind 120 000 Steinkohlenbergarbeiter beschäftigt, davon sind 150 im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter organisiert! Das besagt alles.

Während also zugestanden wird, daß der Bezirksleiter im Auf- trage des Gewerksvereinsvorstandes handelt, bleibt die Frage un- beantwortet, ob der Gewerksverein bereit sei, bei Ablehnung der Lohnforderungen einen Streik zu empfehlen. An einer klaren Antwort drückt er sich vorbei. Ausdrücklich wird das auch in einem weiteren Schreiben des Bergarbeiterverbandes festgesetzt. Es sei, so wird in diesem Schreiben ausgeführt, angehängt des Verhaltens des christlichen Gewerksvereins beim Ruhrbergarbeiterstreik not- wendig, bevor man zu einer gemeinsamen Aktion irgendwelcher Maßnahmen trifft. Klarheit über diese Frage zu schaffen. In einer Scheinlohnbewegung könne und werde sich der Bergarbeiter- verband nicht beteiligen, weil sie die Arbeiterinteressen und das Ansehen der Organisation nicht fördere. Weiter vermisse man in dem Schreiben des Gewerksvereins ein Eingehen auf die Vor- bedingungen zur Durchführung einer erfolgreichen Lohnbewegung, auf welche die christliche Organisationsleitung so großes Gewicht beim Ruhrbergarbeiterstreik gelegt habe. Im Ruhrrevier seien 60 Proz. in Oberschlesien nur höchstens 20 Proz. der Bergarbeiter organisiert. Dann hieß es in dem Schreiben des Bergarbeiter- verbandes an den christlichen Bezirksleiter wörtlich weiter:

„Wir stimmen Ihnen darin bei, daß die Lohn- und Arbeits- verhältnisse der ober-schlesischen Bergarbeiter die traurigsten sind und dringend der Verbesserung bedürfen. Wir sind auch stets noch kräftig bestrebt gewesen, diese Verhältnisse zu bessern. Wir sind auch bereit, trotz allem, was vorgekommen ist, mit den an- deren Berufsorganisationen gemeinsam für die Verbesserung der ober-schlesischen Bergarbeiterverhältnisse zu wirken. Wir müssen aber Garantien haben, daß die anderen Organisationen und speziell Ihre Organisation es ernst meinen mit den hierzu zu ergreifenden Maßnahmen; und wir müssen auch Garantien haben, daß wir im entscheidenden Augenblicke von unseren Bun- desgenossen nicht im Stich gelassen werden. ... Falls Ihre Or- ganisation ernste Absichten bezüglich einer einguleitenden Lohn- bewegung hat und Ernst machen sollte, dann werden wir auf keinen Fall den Streikbruch organisieren, sondern unsere Mit- glieder zur Solidaritätsübung anhalten. Daß wir dieses Ver- sprechen halten werden, dafür bürgt unsere Vergangenheit.“

In diesem Schreiben wird also ausdrücklich die Bereitschaft festgesetzt, daß der Bergarbeiterverband trotz alledem, was vor- gekommen, mit den anderen Organisationen für die Verbesserung der ober-schlesischen Bergarbeiterverhältnisse zu wirken bereit sei. Was antwortete auf dieses Schreiben der christliche Gewerks- vereins? Man höre:

„Bis zum Einlauf Ihres Schreibens vom 20. Oktober d. J. war ich der Ansicht, daß die Vorbedingungen für einen Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter gegeben seien oder in kurzer Zeit geschaffen werden könnten. Ihr Schreiben nimmt mir diese Ansicht vollständig. Sie teilen mir mit, daß in Oberschlesien im höchsten Maße 20 Proz. der in Frage kommenden Bergarbeiter organisiert sind.“

Dieser Brief ist zwar auf der Zentrale des christlichen Ge-

werksvereins geschrieben, aber von dem Bezirksleiter, der jahrelang in Oberschlesien tätig ist, unterzeichnet. Dieser Mann unter- zeichnet einen Brief, in dem er bestätigt, über die Stärke der Bergarbeiterorganisationen in seinem Bezirk nicht die geringste Ahnung zu haben, obgleich die Abrechnungen allmonatlich in den Verbandsorganen veröffentlicht werden! Das kennzeichnet seine Einfalt. In einer anderen Stelle des Briefes heißt es dann noch:

„Aus Ihrem Schreiben lese ich auch noch etwas anderes her- aus. Sie würden, auch wenn Sie eine entsprechende große Mi- gliedersziffer hätten, doch nicht die Lust und den Mut haben, eine Lohnbewegung im Ernste hier durchzuführen.“

Wird das nicht komisch von der Leitung des Gewerksvereins, die im Frühjahr im Ruhrrevier zum Streikbruch aufgefordert hat?

Die weiteren Maßnahmen in der Gewerksvereinsleitung be- stehen nun in der Veröffentlichung eines Artikels im „Gornik Polski“ (polnische Ausgabe des „Bergknappen“), in dem auch wieder behauptet wird, der Bergarbeiterverband habe eine gemein- same Lohnbewegung abgelehnt. Um die Verlogenheit dieser Ver- hauptung festzustellen, veröffentlicht die „Bergarbeiter-Zeitung“ den ganzen Briefwechsel, den wir vorstehend referierend wieder- gegeben haben. Jeder Leser wird daraus entnehmen, daß der Berg- arbeiterverband durchaus korrekt gehandelt hat.

Die Gewerksvereinsleitung über hat nur einen Agitationsablauf, nur eine Scheinlohnbewegung beabsichtigt. Nun ihr dieser Trick dadurch, daß der Bergarbeiterverband Klarheit verlangt, miflungen ist, sucht sie den Bergarbeiterverband hinter derselben Fede, hinter welcher sie schon lange sitzt.

Das Strafweien auf den Gruben.

Zu den Ursachen, die zum Ausbruch des Bergarbeiterstreiks vom Jahre 1905 geführt haben, nahm das Strafweien auf den Gruben eine der ersten Stellen ein. Es sollte denn auch durch den Erlaß des neuen Vergeltungsgesetzes eine Regelung vorgenommen werden. Dabei hat sich nun gezeigt, daß das vom Zentrum, von den Konservativen und von den Nationalliberalen zur Annahme gebrachte neue Gesetz auch in diesem Punkte eine wahre Justiztriste für die Bergleute ge- worden ist.

Auf Jede Veder-Ruibe (Stimmes) wurden 3 V. im ver- gangenen Jahre bei einer Belegschaft von 2136 Mann an Kohlen- strafen 8 220,50 M. und an sonstigen Strafen 10 484,04 M. ver- hängt, macht pro Kopf der Belegschaft 10,28 pro Jahr.

Jede Viömark, Schacht 3 und 4, verzeichnet bei einer Beleg- schaft von 2006 Mann 5484 M. Kohlen- und 1160 sonstige Strafen. Rechnet man es auf den meisten Gruben.

Keine tariflichen Löhne bei Staatsbauten.

Ueber die Frage, ob bei städtischen oder staatlichen Arbeiten die von den bremischen Behörden an Privatunternehmer vergeben werden, tarifliche Löhne gezahlt und die tarifliche Arbeitszeit inne- gehalten werden solle, hat die bremische Handelskammer ein Gut- achten erfaßt. Sie wendet sich entschieden gegen derartige Fest- legungen. Man dürfe die organisierte Arbeiterschaft nicht stärken! Und Gewerkskammer wie Senat haben sich dieser Ansicht vollinhaltlich angeschlossen. Die Bürgerchaft in ihrer großen Mehr- heit wird daselbe tun. In dem liberalen Bremen ist nicht so viel sozialpolitische Erleuchtung vorhanden, wie in so manchen preußi- schen Kommunen, wo die Vergabe von Gemeindeforderungen von der Verpflichtung tarifmäßiger Arbeitsbedingungen abhängig ist.

Bei der Totkrankenassenwahl in Osnabrück am 1. Dezember errang das Gewerkschaftsstell die einer ungemein starken Wahlbeteiligung einen glänzenden Sieg über den „Auswah für soziale Wahlen“ (Christ- liche Gewerkschaften, kaufmännische Vereine beider Konfessionen und sonstige bürgerliche Gruppen). Die Liste des Gewerkschaftsstell erzielte 1178, die des „Auswahs“ für soziale Wahlen 707 Stimmen. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit der größten Anstrengung geführt und der „Auswah“ rechnete bestimmt mit einem Siege seiner- seits. Dieser Ausfall ist um so höher zu bewerten, weil die frei- organisierte Arbeiterschaft fast ausschließlich den Betriebs- und Innungskrankenkassen angehört. Eine derbe Caution über die viel- gepriesenen Reichsversicherungsordnung für das Zentrum.

Der Balkankrieg.

Bulgariens Wünsche.

Sofia, 4. Dezember. (B. Z. B.) Das Regierungsorgan „Mir“ befragt die Rede des Reichsfinanziers von Weismann Hollweg und hebt den Wunsch Deutschlands hervor, gute Beziehungen, insbe- sondere wirtschaftliche, mit den Balkanstaaten zu unterhalten, die, auf demselben Wege schreitend wie die kleinen deutschen Staaten vor ihrer Einigung, nicht umhin könnten, sich am Deutschen Reiche ein Beispiel zu nehmen. Wenn Deutschland mit den anderen Großmächten darin Hilfe leistete, ein für allemal nach dem gegen- wärtigen Kriege die Frage der Nationalitäten und deren Ansprüche auf dem Balkan zu regeln, indem es jedem der Balkanvölker eine friedliche und regel- mäßige Wirtschaftsentwicklung sicherte, dann könnte es erwarten, in ihnen neue Freunde und Bundesgenossen zu finden.

Der letzte Kampf bei Skutari.

Cetinje, 4. Dezember. (Mitteilung des Wiener I. I. Tel.-Kor- rekturs.) Ueber den Kampf bei Skutari am Montag wird nach- träglich gemeldet: Das Gefecht gestaltete sich sehr erbittert. Nur durch das Eingreifen der 2. Jägerbrigade gelang es den Montenegrinern, ihren Rückzug zu beden. Auch König Nikolaus befand sich in der Gefechtslinie und lehrte abends über Kjea nach Cetinje zurück. Die Verluste der Montenegriner sollen viel größer sein, als die Montenegriner angeben. Die Jenzur wird jetzt schärfer gehandhabt. Der König verteilte unter den Truppen Geld und Medaillen, um die Kampfeslust der Soldaten zu heben. Der russi- sche Gesandte von Biers ersahen kürzlich beim König mit der ami- lichen Mitteilung, daß sich die Großmächte dahin geeinigt hätten, den Frieden der Türkei mit den Balkanstaaten nach dessen Abschluß einer Revision zu unter- ziehen. Dieselbe Mitteilung machte der Gesandte auch der montenegrinischen Regierung.

Letzte Nachrichten.

Bürgermeisterwahl in Lübeck.

Lübeck, 4. Dezember. (B. Z. B.) In der heutigen Sitzung des Senats wurde Senator Dr. Eschenburg für die Jahre 1913 und 1914 zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats gewählt.

Bergmannslos.

Bosum, 4. Dezember. (B. Z. B.) Auf der Zeche „Friedrich Roch- bar“ verunglückten heute infolge zu frühen Losgehens eines Schusses zwei Bergleute. Einer war auf der Stelle tot. Der zweite wurde schwer verletzt und wurde ins Krankenhaus Bergmannslos überführt werden. Beide sind Familienmänner.

Reichstag.

77. Sitzung, Mittwoch, den 4. Dezember 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kühn, v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die

Erste Lesung des Etats.

Innere Politik.

Reichschatzsekretär Kühn gibt die übliche Uebersicht über die Finanzlage der letzten Jahre. Sehr günstig war das finanzielle Ergebnis von 1911. An diesen Ueberschuss reicht das Jahr 1912 nicht heran. Es ist auch nicht unsere Hauptaufgabe, Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Einen bestimmten Ueberschuss kann ich für dies Jahr nicht in Aussicht stellen und enthalte mich jeder Prophezeiung. Ein Absinken der Hochkonjunktur ist noch nicht zu verzeichnen, im Gegenteil ist zu einer internationalen geworden. Die Einnahmen zeigen fast überall eine erfreuliche Tendenz des Anstiegs. Mindereinnahmen von etwa 6 Millionen werden z. B. zu verzeichnen sein bei der Brauntweinsteuer. Das Vorgehen der Regierung bei der Finanzierung der Wehrvorlagen in diesem Frühjahr ist viel angegriffen worden. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen, weil jedenfalls Einigkeit darin besteht, daß eine Besitzsteuer kommen wird. Welche Besitzsteuer, kann ich noch nicht sagen. (Weiterkeit.) Auf keinen Fall kommt eine Sondersteuer irgend welcher Art in Betracht, sondern nur eine allgemeine Steuer auf dem Gebiete der Vermögens- oder der Erbschaftsteuer. Eine Denkschrift über die Lösung der Besitzsteuerfrage liegt bereits den Regierungen vor; das Ergebnis wird jedenfalls vorgelegt werden können, bevor die Herren aus den Weihnachtstagen zurückkommen. Der neue Dreimilliardenetat kann sich an Solidität mit seinen Vorgängern messen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das will nicht viel sagen.) Ich hoffe, es wird mit Zustimmung des ganzen Reichstages gelingen, an den Grundsätzen unserer Finanzpolitik festzuhalten. Der Redner erläutert eine Reihe von Etatspositionen und betont, daß der Anleihebedarf mit 33 oder bei etwas anderer Berechnung mit 40 Millionen hinter dem des Vorjahres zurückbleibt, und tritt der Anschauung entgegen, als ob von einer wirklichen Schuldentilgung nicht gesprochen werden könne, wenn neue Anleihen aufgenommen werden. Das könnte nur dann mit einem Schein von Recht gesagt werden, wenn die Anleihen zu nicht werbenden Zwecken aufgenommen würden.

Redner geht dann auf die Etats der einzelnen Ressorts ein. Für die Veterinärfürsorge sind erhöhte Mittel eingeseht worden. (Bravo!) Der Grundsatz, daß die Schutzgebiete die Kosten ihrer Zivilerwaltung selbst aufbringen, hat sich in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten. — Es ist möglich gewesen, die feste Grundlage unseres Finanzwesens aufrecht zu halten. Die geldliche Lage des Reiches zeigt alle Zeichen der Gesundung. Sorgsame Abwägung der Einnahmen, Zurückhaltung aller Ausgaben, für die keine Deckung vorhanden ist, das muß für alle Zeiten unser Ziel sein. Das Jahr 1913 bringt uns eine trübe Erinnerung; es ist gerade ein Jahrzehnt her, daß die Periode der Zuschußanleihen begann, womit zugestanden wurde, daß der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben auf regelrechtem Wege nicht möglich sei. Helfen Sie dazu, daß derartige Zustände in Zukunft nur noch der Geschichte angehören. (Beifall.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Wenn es bloß auf die hohe Zahl anläme, dann hätte der Reichschatzsekretär allen Grund, auf seinen Dreimilliardenetat stolz zu sein. Aber so liegen die Dinge nicht. Wir fragen vor allem, aus welchen Quellen die Gelder kommen und zu welchen Zwecken sie verwandt werden. Wenn wir diesen Maßstab anlegen, dann lautet die Antwort, die wir dem Herrn Reichschatzsekretär ausstellen können, viel weniger freundlich, als er sie vielleicht erwartet, dann lautet sie:

Reich recht gut, Leistungen ganz ungenügend.

(Heiterkeit.) Oder wenn er Wert darauf legt, daß sein Etat so gut sei, wie die Etats der Vorjahre, so wollen wir das dahingestellt sein lassen, vielleicht ist er gerade so schlecht wie die Etats der Vorjahre. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir zunächst die Einnahmen betrachten, so finden wir, daß 1642 Millionen, 28 Millionen mehr als im Vorjahr, aus den Zöllen und Steuern fließen. Die Steigerung bei den einzelnen Ertragsgruppen finden wir gerade bei den Vollen, die die breiten Massen des Volkes belasten, z. B. bei der Zuckersteuer, der Brauereisteuer usw., und wir sehen andererseits Rückgang oder Stillstand bei solchen Abgaben, die hauptsächlich die wohlhabenden Schichten belasten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So ist die Schaumweinsteuer mit 644 000 M. weniger veranschlagt, die Stempelabgabe mit 1 440 000 M. weniger, die Zuckerssteuer mit 18 Millionen einen Stillstand, die Erbschaftsteuer mit 44 Millionen eine Erhöhung um nur 500 000 M. Also das Gesamtergebnis ist: der verhältnismäßige Anteil, den die besitzlosen Massen an den Leistungen des Reiches zu tragen haben, hat sich noch weiter erhöht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Kam ist uns in Aussicht gestellt worden, daß sich dieses Verhältnis verbessern soll dadurch, daß wir endlich, endlich die Besitzsteuer bekommen. Der Reichschatzsekretär hat sie uns als Weihnachtsgeschenk in Aussicht gestellt. Ich weiß nicht, warum die Reichsregierung so geheimnisvoll tut mit dieser Besitzsteuer, warum sie nicht endlich einmal sagt, wenn sie es selber schon weiß, wie denn das Ding aussehen soll. Warum wird das Ei nicht endlich einmal gelegt und nur immer gegackert? (Heiterkeit.) Wir haben große Bedenken und berechtigtes Mißtrauen, ob der Charakter dieser erwarteten Besitzsteuer wirklich die Erwartungen, die darauf gesetzt sind, rechtfertigen wird. Wir sind gewarnt durch viele Erfahrungen und wir fürchten, daß vielleicht auch diesmal wieder unter der Flagge einer Besitzsteuer Abgaben eingeschmuggelt werden, die von den breiten Massen getragen werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat der Reichschatzsekretär einen recht hoffnungsvollen Ton angeschlagen und hat zum Schluß eine Art Jubiläumrede gehalten. Er sprach vom Jahre 1908 und erwähnte, daß wir jetzt eine Art

zehnjähriges Jubiläum der denkbar schlimmsten deutschen Schuldenwirtschaft

feiern. Wenn er dies Jubiläum, wie ich annehme, mit guten Vorsätzen für die Zukunft begehen will und sich vorgenommen hat, ähnlichen Kränkheiten unserer Finanzen vorzubeugen, dann sprechen die Zahlen gegen die Worte des Herrn Schatzsekretärs. Die Tatsache bleibt bestehen, daß wir zur Feier dieses Jubiläums in die schwere Milliarde der Reichsschulden hineinschreiten (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und daß auch der vorgelegte Etat wieder eine Erhöhung der Reichsschuld bringt. Nun sagt der Schatzsekretär zwar, es liege nur ein Reibetrag von 33,4 Millionen vor, in Anbetracht des Dreimilliardenetats ein verhältnismäßig kleiner, durch Anleihen zu deckender Reibetrag. Betrachtet man dieses Defizit von 33,4 Millionen aber genauer, so zeigt sich ein eigenartliches Bild. Nicht immer dieses Defizit an eine Sage aus meiner Heimat, an das Dorfgeviert, das nur einmal im Jahre kommt, ebenso wie der Etat, in einer ganz bestimmten Nacht des Jahres. Wenn man diesem Vorgespinn entgegen, sieht es zuerst ganz klein aus, wie ein Käselein, betrachtet man es aber genau, so wächst es und wächst es und nimmt bald die ganze Straße ein, wie ein großer Elefant.

Betrachtet man dieses Defizit von 33,4 Millionen genauer, so fängt es auch an zu wachsen. Zunächst haben wir 81,7 Millionen für angebliche Schuldentilgungen, wofür wir vergeblich im Etat Deduktion suchen. Diese muß man also dem Defizit zuzählen, und dann wächst es bereits auf 106 Millionen an. Dann aber hat der Reichschatzsekretär schon selbst davon geredet, daß von den dieferläuteten und viel besprochenen Ueberschüssen des Jahres 1911 188 Millionen Mark verwendet werden, um die Anforderungen dieses Etats zu decken. Auch diese sind natürlich dem Defizit hinzuzuzählen. Das Ergebnis ist also, daß mehr als

300 Millionen Mark Ausgaben dieses Etats ungedeckt

sind. Wenn die Dinge so liegen, wird man den Jubel, der vor den letzten Wahlen über die Herrlichkeit der Reichsfinanzreform erhoben worden ist, doch erheblich dämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Drei Jahre nach der Reichsfinanzreform von 1909 stehen wir mitten drin in der schönsten Schuldenwirtschaft und in der schönsten, daß es besser wird, sind nicht vorhanden. Auch in den nächsten Jahren werden wir die Abwechslung erleben, daß einmal eine Militärvorlage und einmal eine Steuervorlage kommt. Heute wurde uns ja schon ein Nachtragsetat in Aussicht gestellt, der eine Luftklotz bringen soll. Da kann man doch nicht davon reden, daß der Etat balanciert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichschatzsekretär hat offenbar selbst das Bedürfnis gefühlt, ein paar fremdliche Lichter aufzusetzen. Nachdem er von den vielen Ausgaben für das Heer und die Marine geredet hat, hat er das Herzensbedürfnis gehabt, zu sagen, daß wir auch erheblich gesteigerte Ausgaben für sanitäre Zwecke haben und was kam dann heraus? Die Ausgaben für die Ausbildung der Schiffsjungen sind auf 1 000 000 M. erhöht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Für Militär- und Marinezwecke werden im ganzen, wenn ich die Kolonialverwaltung ausnehme, 1890 Millionen Mark gefordert, mit Einschluß der Kolonialausgaben 1861 Millionen.

Die Nettoeinnahmen des Reiches betragen 1820 Millionen. Also in diesem Jubiläumsjahre haben wir das glückliche Ergebnis, daß aus den Einnahmen des Reiches nicht einmal die Militärausgaben gedeckt werden können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Steigerung der Heeresausgaben beträgt etwa 57 Millionen Mark, genau so viel, wie die sozialpolitischen Ausgaben auf Grund der Reichsversicherungsordnung ausmachen. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von diesen Ausgaben betragen die für die Hinterbliebenenversicherung 1 850 000 Mark. Diese beschriebene Ziffer bitte ich zu vergleichen mit dem gewaltigen Betrage, das bei den letzten Wahlen von der Hinterbliebenenversicherung gemacht worden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich will damit nicht die Idee der Hinterbliebenenversicherung herabziehen. Im Gegenteil, es ist etwas Großes, daß das Reich die Verpflichtung anerkennt, auch für die Witwen und Kinder der Arbeiter zu sorgen, während früher nur für die der Beamten geforgt wurde. Reicht es aber nicht, die Not verpölnen und der deutschen Sprache Gewalt antun, wenn man hier von einer Hinterbliebenenversicherung spricht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Sache wird es sein, die Hinterbliebenenversicherung nicht zu bekämpfen, sondern durch ihren Ausbau dafür zu sorgen, daß sie aus einem Schein in Wahrheit wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Mittel, die aufgebracht werden müssen, könnten ja, wie zu den Zeiten der Finanzreform so vielfach gesagt wurde, auch durch Ersparnisse aufgebracht werden. Mit dem Etat ist uns eine Denkschrift über Ersparnisse auf dem Gebiete der Heeresverwaltung vorgelegt worden. Der Reichstag hatte eine Denkschrift über die Zulagen verlangt. Es gab eine entsetzliche Menge von Zulagen: Funktionszulagen, Stellenzulagen, Ortszulagen, Ehrenzulagen, Dienstalterszulagen usw. Der Reichstag verlangte aber Einheitszulagen. Nach der Denkschrift sind 1912 1 028 865 M. erspart worden. Vergleichen wir diesen Posten mit den vielen Millionen, die für das Heer ausgegeben werden, so ist es ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir würden ganz andere, gewaltigere Ziffern bekommen, wenn wir uns mal eine Denkschrift über die Posten herstellen lassen würden, die seit Jahrzehnten auf dem solchen Platz geparkt wurden, durch die Ausgaben, die nicht gemacht wurden für Volkswohlfahrt, für Volksbildung, für Mutterkür, für Säuglingsfürsorge, für Veteranen des Feldzuges und für Veteranen der Arbeit, das würde einen wahren Milliardenetat geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aus den toten Zahlen des Etats spricht für den, der lesen will, daß die Masse, die Mehrheit des deutschen Volkes, die Leute, die von eigener Arbeit leben müssen, zwar die Hauptkosten des Reiches zu tragen haben, daß sie die Miensummen aufbringen müssen, daß aber zu ihrem Besten nur ein verschwindend kleiner Teil dieser Milliarden verwendet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Soweit die Besitzlosen ihre Lage verbessern wollen, bleiben sie angewiesen im wesentlichen auf die eigene Kraft, vor allem auf ihre eigenen Organisationen.

Das wird von vielen Leuten nicht gern zugegeben, man sagt nicht gern, daß die Massen der Arbeiter, der Angestellten, die Mittel aufbringen, man spricht lieber von der Industrie und dem Gewerbe. Wenn wir aber fragen, wäre die Entwicklung der deutschen Industrie ohne die Organisationen der Arbeiter denkbar, so kann die Antwort nicht schwer fallen. Könnten die Erfolge der Industrie erzielt werden, wenn nicht Millionen organisierter Arbeiter in der Industrie wären, sondern Millionen kumpffüßiger unorganisierter, wenn nicht selbständige Gewerkschaftler hinter den Unternehmern ständen, sondern ein Heer von gelben Anedkten? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch bürgerliche Sozialpolitiker, die etwas von den Dingen verstehen, müssen das anerkennen. So schreibt Professor Franke in der Nummer 9 der „Sozialen Praxis“ über die Gewerkschaften und Genossenschaften: „Sie haben eine besonders wertvolle Kulturarbeit geleistet; wir können nur fragen, was wäre aus dem deutschen Volke geworden, wenn die Arbeiter nicht gegen die Elendskinder des Industrialismus sich kräftvoll zur Wehr gesetzt hätten.“ Er renommiert dann, daß den deutschen Arbeiter und niemand nachmachen könne. Ich will das nicht weiter untersuchen, aber das weiß ich, daß die deutschen Arbeiterorganisationen von allen Arbeitern der Welt als Muster angesehen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In dem Zusammenhang kann ich sagen: wir renommierten ja nicht gern mit dem Wort „national“, aber wir dürfen doch behaupten:

für die Zukunft, für die Entwicklung der Nation ist die kleinste Gewerkschaft wichtiger und bedeutungsvoller als alle Wehr- und Kriegervereine zusammen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was tut denn nun aber die Reichsregierung, um diese Selbsthilfe der deutschen Arbeiterschaft zu fördern? Ich habe schon konstatiert, daß sie nichts dafür ausgibt, aber es gibt doch auch Hilfestellungen, die nichts kosten. Was tut die Reichsregierung? Der Reichszentralrat sieht ruhig zu, wie die Schwarzmaier, die Großindustriellen ganz offen und schamlos durch schwarze Listen, durch einseitige Arbeitsnachweise Jahr für Jahr Hunderttausende von Arbeitern brotlos machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hunderttausenden von Arbeitern ihre Freizügigkeit nehmen. Das bestreut sich nicht mehr auf die Arbeiter im engeren Sinne, bei den Angestellten wird schon die gleiche Praxis angewandt. Der Verband hannoverscher Industrieller hat

sich eine Kartoffel angelegt, um die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten zu mahregeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und die große Versicherungs-Gesellschaft Viktoria, die von Arbeiterfeinden lebt, hat Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen auf Pfahler geworfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichszentralrat rührt keinen Finger, um hier einzugreifen, und es wäre doch möglich, von Reich wegen das Koalitionsrecht zu schämen. Heute denkt die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes über das Koalitionsrecht so, daß man es für eine Unanständigkeit, ja für eine Ehrlosigkeit ansieht, wenn ein Unternehmer seine wirtschaftliche Ueberlegenheit dazu mißbraucht, den Arbeitern ihr Vereinigungsrecht zu nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber es wäre zu viel verlangt, wenn wir von der Reichsregierung erwarten sollten, daß sie vielleicht hier im Wege der Reichsgesetzgebung „Gisse schaffte, von der gleichen Reichsregierung, die es bisher noch nicht einmal fertig gebracht hat, das Reichsvereinsgesetz durchzuführen in Deutschland. Alle Jahre müssen wir hier mit einer Interpellation kommen, um die Regierung an ihre Pflicht zu mahnen. Es erübrigt namentlich in Preußen auch noch auf anderen Gebieten eine

fürmliche Polizeiwissenschaft

mit dem Ziele, das alte Unrecht der früheren Vereinszustände her einzuschmuggeln an Stelle des neuen Reichsvereinsrechts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will heute nur einen besonders drastischen Fall anführen. Bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes wurde von einem meiner Freunde in der Kommission behauptet, die Bestimmungen über die Seuchen würden sicher dazu mißbraucht werden, um das Vereinigungsrecht der Arbeiter zu verflümmern. Da gab es ein großes Gelächter, man hat gemeint: diese Sozialdemokraten sind doch zu mißtrauische Gelesen, die suchen hinter jeder noch so wohl gemeinten Maßregel eine Falle für die Arbeiter. Und was kam? Bald darauf kam irgend eine Polizeifeile richtig auf die Idee, wegen der Maul- und Klauenseuche eine Versammlung von Arbeitern zu verbieten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun hoffe ich allerdings, daß gestern oder vorgestern das Oberverwaltungsgericht diese Verfügung aufgehoben hat. Aber ich weiß auch aus zahlreichen Fällen, daß die Polizei sich um die gerichtliche Kontrolle überhaupt nicht kümmert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und zwar vielfach, weil ihre Vorgesetzten sie direkt auffordern, die Entscheidungen der Gerichte zu mißachten und die alte Verwaltungspraxis beizubehalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichszentralrat so schwach ist, daß er nicht einmal das Reichsvereinsgesetz durchführen kann, dann kann ich natürlich gesetzgeberische Taten von ihm nicht erwarten.

In dasselbe Kapitel gehört die Tatsache, daß wir auch heute noch, nachdem wir Milliarden ausgegeben für das Militär, noch immer die

ungeheuerliche Tatsache des Militärhochzolls

haben, aber den nicht von Sozialdemokraten, nein von dem Mittelstand, den die Herren auf den Rechten schätzen wollen, in den allerhöchsten Ausdrücken gesprochen ist. Man könnte es, wenn auch nicht billigen, so doch verstehen, daß für die Dauer einer Versammlung für Militärpersonen der Besuch eines Wirtschaftshauses untersagt wird, aber woher die Reichsbehörde, die vom Geld der Arbeiter lebt, das Recht hernimmt, die Lokale fürmlich für verpölnet zu erklären, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, daß ist eine ganz unerhörte Gewalttätigkeit, die das deutsche Volk sich nicht gefallen läßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Herren auf den Rechten treiben ein gefährliches Spiel, wenn sie den Kampf dagegen überlassen, sie billigen dadurch stillschweigend das, was von jener Seite wider Recht und Gesetz geschieht. Wenn wir solche Dinge hören, wundert es uns nicht, es ist vielmehr ganz folgerichtig, daß die Reichsregierung auch für den neuesten Akt der Selbsthilfe der deutschen Arbeiter nichts übrig hat an Förderung. Ich spreche von dem Versuch der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Genossenschaften, durch eine

Arbeitsgesellschaft Volksfürsorge

Volksversicherung ein Ende zu machen, die seit Jahren die sogenannten Volkoversicherungen betreiben. Ich will Sie mit Zahlen nicht langweilen, aber doch an folgendes erinnern. Die Volkoversicherungen „Viktoria“ und „Friedrich Wilhelm“ haben in drei Jahren mehr als 600 000 Verfallpolice geholt. Das heißt, irgend ein Arbeiter, der für seine Familie sorgen will, tritt in diese Volkoversicherung ein. Sie wissen ja, wie wenig gesichert das Leben der Arbeiter auch in guten Jahren ist, wie wird es erst in der Krise sein? Nach ein paar Monaten wird der Mann krank; er verliert seine Arbeit, er ist einfach unfähig, die Prämie weiter zu bezahlen. Dann verfällt das, was er gezahlt hat, der Versicherungsgesellschaft. Ich sagte, in drei Jahren hätten zwei Gesellschaften 600 000 solcher Police geholt, und von diesem Blutgeld armster Arbeiter zahlt eine dieser Gesellschaften, die „Viktoria“, an ihren Direktor 780 000 M. Jahreseinkommen. (Hört! hört! bei den Soz.) Derartige Dinge sind doch einfach empörend, und wenn Sie weiter hören, daß diese Versicherung das Kapital zu 39 bis 40 Prozent verzinst, dann meine ich, das Geld deutscher Arbeiter ist zu gut, als daß es für solche Zwecke verwendet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun sollte doch die Reichsregierung es mit Freuden begreifen, wenn die Organisationen der Arbeiter die Pflichten erfüllen, die die Regierung erfüllen möchte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Seit Jahrzehnten bestehen diese Mißstände, es hat sich niemand darum gekümmert, was aus den Arbeiterfeinden wird. Jetzt, in dem Augenblick, wo die Selbsthilfe einsetzt, da erwartet endlich die Reichsregierung aus ihrem langen, langen Schlaf, nicht etwa zu dem Zweck, den Arbeitern ihre Sympathie auszusprechen, sie moralisch zu unterstützen, nein, es werden die großen Lebensversicherungsgesellschaften, die für ihren Profit ältern, mobil gemacht, und dann versammelt sich 33 Vertreter deutscher Landesversicherungen — ich weiß nicht, ob direkt auf Einladung des Reichszentralrats —, um nicht für, sondern gegen die Selbsthilfe der Arbeiter Stellung zu nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das paßt in das Bild hinein. Wir können ja eigentlich stolz sein auf die Wirkung unseres Vorgehens, denn es wird doch auch für den Blinden klar, daß seit Jahrzehnten, was auch immer in Deutschland an Fürsorge für die Massen geschah, der Arbeit unserer Organisationen entsprang.

Wer hat sich darum gekümmert, was aus der Großstadtyugend wird, aus den Hunderttausenden armer Lehrlinge und jugendlicher Arbeiter, die das Wirtschaftleben in die großen Städte hineinwirft und dort vollkommen aussichtslos, schuglos und freudlos läßt? Da kamen erst die Sozialdemokraten mit ihren Jugendorganisationen, und erst viel später kam hinten nach der Arschwinkler Landsturm der Regierung und der preussischen Beamten. Es ist noch eine traurige Sache, wenn die Arbeiter sehen, wie man ihren Selbsthilfebestrebungen entgegentritt. In den Jugendjahren des Sozialismus kamen die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien und sagten den Arbeitern, sie sollten nicht nach Staatshilfe rufen, sondern Selbsthilfe üben. Wenn die Arbeiter aber jetzt Ernst machen mit der Selbsthilfe, dann tritt man ihnen entgegen. Das ist nicht bloß so auf wirtschaftlichem Gebiete. Die deutschen Gewerkschaftler zeichnen sich dadurch aus, daß sie neben ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch bestrebt sind, sich geistig fortzubilden. Die beiden großen Volksbühnen in Berlin, die gewaltigen Kunst-Konkurrenzen der Arbeiter sind eine Leistung, die man den Fremden mit mehr Stolz zeigen kann, als die

Stagesalle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie werden diese Mannschaften der Arbeiter nun behandelt? Zunächst hat man einige Scheu gezeigt, hier anzupacken. Dann kam eines Tages ein vielgenannter Polizeigewaltiger und stellte die freie Volkshilfe unter Aufsicht und Zensur, zunächst angeblich nur im Interesse der Arbeiter,

um sie vor Feuergefahr zu schützen. Nach einiger Zeit aber wurde er deutlicher und verbot im letzten Jahre die Aufführung des Werkes von Rosenow „Die im Schatten leben“. Ich würde hier darüber nicht reden, wenn nicht die Beschwerde gegen dieses Verbot vom Potsdamer Oberpräsidenten am 12. August zurückgewiesen worden wäre mit einer Begründung, die ein Zeitdokument ist, aber kein Dokument von unserer Zeitrechnung. Der Oberpräsident rechtfertigt das Verbot damit, daß die Schilderung des Vergarbeitslozes in dem Drama aufreizend sei, denn sie beruhe auf einer Verfälschung des bestehenden geschichtlichen Zustandes. Der Oberpräsident weist nach, daß der Dichter bei der Schilderung des Loses eines armen Invaliden nicht berücksichtigt habe die Bestimmungen im allgemeinen Vergesetz vom 19. Juni 1906, wonach der arme Invalide beschäftigt war, Knappschafftsunterstützung zu beziehen. (Weiterkeit.) Nun hätte Rosenow dieses Gesetz ja gern berücksichtigt, wenn er nicht das Unglück gehabt hätte, schon 1904 zu sterben. (Große Heiterkeit.) Weiter meint der Oberpräsident, es sei auch das Unfallgesetz von 1900 bei dem Schicksal einer armen Witwe nicht berücksichtigt worden. Rosenow hat das alles nicht berücksichtigt können, weil ja nach dem Willen des Dichters das Stille in den achtziger Jahren zu einer Zeit spielt, wo es weder die Arbeiterversicherungs-gesetze, noch die Arbeiterbewegung gab. Nach der Logik des Potsdamer Oberpräsidenten müßten wir auch ein Verbot der „Seber“ bekommen, weil Gerhart Hauptmann verabräumt hat, die verschiedenen Arbeitergesetze in seinem Drama gebührend zu berücksichtigen. (Erneute Heiterkeit.) Es eröffnet sich hier strebsamen Oberpräsidenten ein weites Feld der Tätigkeit.

Mit diesen kleinen und kleinlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung sind die Unternehmer aber noch nicht zufrieden. Ihr Ehrgeiz geht weiter. Sie zielen darauf ab, durch einen einzigen großen vernichtenden Schlag

die Arbeiterorganisationen zu treffen und das Koalitionsrecht zu ruinieren. Diesen Plan maskieren sie mit dem Wort: „Schutz der Arbeitswilligen“. Ich weiß wohl, daß der Reichstag im letzten Frühjahr mit großer Mehrheit den Antrag der Konservativen abgelehnt hat, der ein solches Gesetz verlangt. Für den Antrag stimmten nur die Konservativen und ein paar Alt- oder Nationalliberalen. (Weiterkeit.) Wir lassen uns aber nicht in Sicherheit wiegen, denn die planmäßige Agitation geht weiter, vor allem mit dem Ziel, das Streikpostenstellen unmöglich zu machen und damit dem Koalitionsrecht seinen Inhalt zu nehmen. Angesichts dieser Agitation ist es notwendig, daß wir hier nochmals mit aller Ruhe, aber auch mit allem Ernst und Nachdruck erklären: Die Behauptung, daß in Deutschland die Arbeitswilligen nicht genügend geschützt seien, ist eine ganz frivole Entstellung der Wahrheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Ihnen der Einfall käme, außerhalb des Hauses irgend einen mächtigen Mann, den Reichskanzler, Herrn v. Seydewitz, Herrn Erzberger (Weiterkeit) zu beleidigen, so kann der Richter, wenn er will, Sie mit einer Geldstrafe von drei Mark bestrafen. Wenn aber ein Arbeiter in einer Lohnbewegung einen Streikbrecher mit dem Namen nennt, der ihm zukommt, dann muß der Richter den Mann ins Gefängnis werfen. Sie sehen, heute besteht ein Ausnahmengesetz nicht gegen, sondern für die Streikbrecher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese Bestimmungen nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe angewandt werden, dafür sorgen schon die Behörden, die damit betraut sind.

Wir haben ja vor einigen Jahren ein Beispiel größten Stieles erlebt bei der großen Bergarbeiterbewegung.

Mehr als 3000 Anklagen
wurden dort erhoben und Arbeiter wurden, weil sie „Pflui“ oder „Streikbrecher!“ gerufen hatten, mit Gefängnisstrafen von vier bis acht Wochen oder mehr belegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Berggebiet begnügte man sich nicht damit, Männer zu verfolgen, sondern man führte auch den Kampf gegen Frauen und Kinder. Im Klassenkampf gibt es kein Rotes Kreuz, und niemand wird ohne Scham und ohne Ergriffenheit die Schilderung lesen, die eine Bergarbeiterfrau von ihrem Aufenthalt im Gefängnis gibt, wo sie zusammen mit ihrem fünf Monate alten Säugling sitzen mußte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie das Kind in der engen Zelle mit der schlechten Luft immer blässer wurde und erkrankte, und wie sich noch wochenlang nachher die Folgen der Haft bei dem Säugling zeigten. Solchen geistlichen Bestimmungen unter einer solchen Praxis gegenüber noch nach Verschärfungen rufen, dazu gehört eine Stirn und ein Herz von Eisen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Selbst der fromme konservative „Reichsbote“ sagt bei der Besprechung der Urteile im Begreif: „Auf jeden Fall muß angeordnet werden, daß die Urteile der Justiz nach einer Verschärfung der Strafen für Streikbrecher verstummen.“ (Hört! hört!) Was sagen Sie aber dazu, wenn ich Ihnen den Satz verlese, „der deutsche Arbeiter, der den Weiritt verläßt, dem gebührt ein Pflui!“ Das ist doch gewiß eine scharfe Beleidigung der Arbeitswilligen. Ich habe aber an einer Stelle falsch gelesen. Es heißt nicht „der deutsche Arbeiter“, sondern „der deutsche Brenner“, und der Artikel stammt aus der den Herren von der Rechten nicht unbelannten „Agrarcorrespondenz“ und richtet sich gegen die Arbeiterleiter, die dem Speitusring nicht beitreten wollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist es nicht eine bodenlose innere Unwahrhaftigkeit, wenn Leute von der Rechten außerhalb des Hauses (Weiterkeit) Ausnahmestimmungen verlangen zum Schutze der Leute, die ihren Berufsgenossen in den Rücken fallen. Während hier von einem akademisch gebildeten Manne in aller Ruhe ein Zeitungsartikel geschrieben worden ist im Interesse des erhöhten Profits der Brennerreien, handelt es sich bei den Arbeitern, die in der Hitze des Gefechts einen ähnlich scharfen Ausdruck gegen die Streikbrecher brauchen, um einen Kampf für ihre Existenz. Der Reichskanzler sollte die Erklärung abgeben, daß er nicht bloß ein Ausnahmengesetz zum Schutze der Arbeitswilligen ablehnt, sondern daß er Bestimmungen mit dieser Tendenz auch nicht in die neue Strafgesetznovelle hineinarbeiten will. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichsminister sollte sein Augenmerk darauf richten, wie gewaltig die Macht des Kapitals answillt, was für Fortschritte die Konzentration der Banken macht und wie sich das auf allen Gebieten zeigt. Auf einem Gebiet scheint es ja der Regierung zu dämmern, als ob die bisherige Praxis nicht weitergeführt werden kann, auf dem Gebiet der Kohlenversorgung. Da haben wir gehört, daß ein ganz leiser Anfang eines Verfalls gemacht worden ist, sich gegen die Uebermacht des Kohlenjundlats zu wehren. Es ist der Regierung aber dieser erste Versuch nicht gut bekommen. Herr Hugo Stinnes und andere seiner Kollegen sind mit dem Handelsminister recht gräßlich umgegangen, und auch der Minister Breitenbach ist so schlecht behandelt worden, daß ich die

Gründung eines Schutzverbandes von Ministern
gegen solche Angriffe nur für eine Frage der Zeit halte. (Weiterkeit.) Ich habe diese Behandlung der Minister bedauert, wie es mir immer leid tut, wenn jemand gekränkt wird. Aber ein gutes hot sie gehabt, vielleicht lernt der Reichsminister daraus, wie diese Leute erst mit Angestellten und Arbeitern umgehen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, wie die Entwicklung auf diesem Gebiete sein wird. Ueber den Versuch, das Monopol einer anderen Kapitalmacht zu brechen, wird ja demnächst bei dem Eiser über das Petroleummonopol geredet werden. Wenn

die Regierung ernstlich gegen die Uebermacht der großen Herren etwas tun wollte, so gibt es nur eine Antwort, die Einbruch machen und würdig sein würde: Der Uebergang zu einer entschlossenen, energischen Sozialpolitik. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Würde die Regierung es wagen, für die vier Millionen Arbeiter der Eisenindustrie ernstlich zu sorgen, so wäre das eine viel bessere Antwort, als wie sie in der „Kordb. Allg. Ztg.“ vom Handelsminister Sydow nicht gegeben worden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine energische Weiterführung der Sozialpolitik müssen wir namentlich auf dem Gebiet fordern, wo der Reichstag feltener und selbstamerweise sich einzig zeigte, auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge. Da hat der neue Reichstag in den Stillerwochen seines Eisens den Beschluß gefaßt, die Regierung vorwärts zu treiben. Auf die Anfrage meines Freundes Götze haben wir aber eine Antwort bekommen, die keineswegs große Hoffnungen weckt. Es besteht die Gefahr, daß die Regierung die alte Kompetenzfrage wieder hervorholt, und daß die Einzelstaaten und die Reichsregierung Ball miteinander spielen. Ich frage, wer ist schuld daran? Hier im Hause haben erstklasserweise auch die Konservativen aller Schattierungen dafür gestimmt. Aber im Abgeordnetenhaus hat am 2. März der freikonservative Abgeordnete Herr v. Jeddlich-Kaulitz gegen ein Reichswohnungsgesetz gesprochen und ein Landesgesetz mit der Beschränkung auf die Großstädte verlangt. Nun bitte ich, dazu zu halten, daß das Herrenhaus aus dem Zweckverbandesgesetz die Bestimmung gestrichen hat, daß der Zweckverband das Recht haben soll, Grundstücke zum Wohnungsbau zu erwerben. Also auch hier wieder der Zweck, die Landbezirke von der Wohnungsfürsorge, überhaupt von der sozialen Fürsorge auszuschließen! Ebenso war es beim Mutter- und Säuglingschutz. Immer zeigen die Herren rechts ihre Fürsorge für die Landarbeiter darin, daß sie ihnen jeden staatlischen und Reichstschutz fernhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch rechts.) Sie wollen doch nicht bestreiten, daß Herr v. Jeddlich die Wohnungsfürsorge auf die Großstädte beschränken wollte und deshalb ein Landesgesetz verlangte. Die Behauptung, daß etwa nur die Großstädte an Wohnungsnot leiden, ist unhaltbar, hierfür kann ich mich als Zeugen auf die preussische Regierung berufen, sie hat 1904 in der Begründung eines Entwurfes zu einem Wohnungsgesetz geschrieben: es kann nicht bezweifelt werden, daß in dem Wohnungswesen weiter Bevölkerungsdichte, und zwar nicht nur in den Großstädten und Industriebezirken, sondern auch in kleineren Gemeinden wesentliche Mißstände herrschen, die dauernder Natur sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und schon im Jahre 1901 hat die preussische Kronrede erklärt, daß ein Eingreifen staatlicher Fürsorge in die Wohnungsverhältnisse notwendig sei. Aber bei der Einlösung von Versprechen, die in Thronreden gegeben sind, sind wir an lange Fristen gewöhnt. Auch bei der Frage des Wohnungswezens sehen wir wieder, daß alle kleinen Einzelfragen in

die große Frage des preussischen Wahlrechts
münden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum will denn Herr v. Jeddlich, daß ein Landesgesetz gemacht werde. Weil er weiß, daß er im Landtag über die Aussicht hat, durchzusetzen, daß seine Fürsorge für die Arbeiter Pflui greift. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Reben der preussischen besteht die kleinere reussische Wahlrechtsfrage. Das kleine Land Reuß, das froh sein sollte, wenn nicht von ihm gesprochen wird, hat den großen Ehrgeiz, in bezug auf Schleichheit des Wahlrechts es seinen großen Brüdern im Bundesrat gleich zu tun, und will durch die Einführung eines fünf Klassen-Wahlrechts die Arbeiter entziehen. Wir haben gehört, daß in den letzten Tagen die Arbeiter in großen Versammlungen ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gegeben haben, und wir haben weiter gehört, daß die bürgerlichen Parteien entschlossen seien, dieser Verschlechterung des Wahlrechts zuzustimmen. Interessant ist es, daß zu dieser bürgerlichen Mehrheit, die den Verfassungsdraub vollführen will, auch zwei oder drei Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei gehören sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir nicht denken, daß die fortschrittliche Volkspartei ihren Wahlrechtskampf in Preußen damit beginnen will, daß sie dort, wo sie Einfluß hat, zu einer Beschränkung des Wahlrechts die Hand bietet. (Ruf bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Es wird mich sehr freuen, wenn die Zeitungen darüber so richtig berichtet haben und der Sprecher der Volkspartei mich hier widerlegen kann.

Sie sehen, auf den verschiedensten Gebieten haben wir große und wichtige Aufgaben zu erfüllen. Für den Aufstieg der Arbeitermassen müssen wir Schritt für Schritt und den Boden erst erkämpfen. Und da gibt es eine große Partei, die den Versuch macht, die Massen abulen von den dringlichsten Aufgaben des Tages, und ihre Aufmerksamkeit zu lenken auf ein Gebiet, dessen große Wichtigkeit ich nicht anerkennen kann. Ich spreche natürlich vom Zentrum. In der gleichen Zeit, wo Millionen von Arbeitern gegen die Feuerung und den Krieg demonstrieren, ruft das Zentrum Massenversammlungen in der Jesuitenfrage ein. Bewußt sein gutes Recht. Aber ich erinnere Sie (zum Zentrum) daran, in den letzten Tagen erst haben Ihre Redner sich beteiligt an der allgemeinen bürgerlichen Beurteilung unserer Demonstrationen. Aber hier, wo es sich um die Jesuiten handelt, da wählen Sie genau so, wie wir Sozialdemokraten, den Weg der Massenemonstrationen, vielleicht kommen die Straßendemonstrationen auch noch, um auf die Gesetzgebung, vor allem den Bundesrat, einzuwirken. Nun ist ja eine Entscheidung des Bundesrats über die Anlegung des Jesuitengesetzes gefallen, und ich sehe nicht an, zu erklären, daß da nun einmal das Jesuitengesetz besteht, ich unter dieser Voraussetzung die Entscheidung des Bundesrats für sehr erfreulich halte. (Hört, hört! im Zentrum), weil ich meine, es geht nicht an, daß durch eine bayerische Verordnung ein Reichsgesetz einfach aus der Welt geschafft wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was heute beim Jesuitengesetz geschieht, kann morgen beim Koalitionsrecht geschehen. Zu der religiösen Bedeutung der Frage will ich kein Wort sagen, zu ihrer politischen Bedeutung nur noch folgendes: Wir halten diesen Ausgang der Sache für eine schwere moralische und politische Niederlage des Ministeriums Hertling. Dies Ministerium wurde berufen zu dem ausschließlichen Zweck, Herr v. Hertling sollte wie

ein Ritter Georg gegen den Drachen des Umsturzes
vorgehen, er wurde berufen, die Befähigkeit zu verteidigen gegen den Umsturz. Und seine erste Tat als Minister war: er bog den Umsturz gegen die Befähigkeit. (Sehr gut und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun ist allerdings in der Presse gesagt worden, der Bundesrat habe als Pflaster auf die Wunde des bayerischen Ministeriums sich zugebeugt, daß er im guten Glauben gehandelt habe. Der gute Glaube bei einem bayerischen Minister ist nicht zu bezweifeln. (Weiterkeit.) Aber darum dreht es sich nicht. Bei einem Politiker ist das Entscheidende die Tat. Trotz dieses Zwischenfalls Hertling und trotz des Urteils, das wir darüber fällen, habe ich namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir selbstverständlich nach wie vor immer noch keine Angst haben vor Jesuiten, daß wir nach wie vor bereit sind, für die Aufhebung des noch bestehenden Gesetzes zu stimmen, obwohl auf dem Katholikentag die Jesuiten empfohlen worden sind als bestes Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ich kann Ihnen sogar sagen, meine Herren vom Zentrum, wir sind fürchterlich ungeduldig: wann kommt denn Ihre Interpellation in der Jesuitenfrage? (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich auf den Augenblick, wo Sie aus unseren, aus den Händen der Sozialdemokraten die Aufhebung des Ausnahmengesetzes empfangen werden in dem Augenblick, wo Sie in Bayern gegen ein Ausnahmengesetz und Ausnahmepraxis machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Zentrumspresse hat man davon geredet, daß infolge dieser Vorgänge für das Zentrum eine Zeit der Opposition gekommen sei, ein Teil der Presse hat recht kräftige Töne gefunden. So hat

die „Jugaburger Post“ geschrieben, in Deutschland regiert nicht die Vernunft, nicht die staatsmännliche Klugheit, bei uns in Deutschland regiert der Evangelische Bund und unter dem Protektorat einer hohen Dame, die als Gattin und Mutter als leuchtendes Beispiel dasteht, aber die ihren Unterricht im Katholizismus in Mecklenburg genommen hat und keine Gelegenheit hatte, nach ihrer Ueberfiedelung in die Reichshauptstadt ihre Auffassungen über katholische Wesen zu korrigieren.“ Ich muß schon sagen: wo man so viele verantwortliche Männer hat, warum man sich gerade eine nichtverantwortliche Frau herausucht? Aber das ist so südlische Gewohnheit: in München und in Wien, da haben eben die Frauen, Prinzessinnen und Erzherzoginnen politischen Einfluß. Ich glaube, so scharfe Angriffe gegen eine Dame aus dem Hohenzollernhause sind nicht mehr gerichtet seit Bismarcks Zeiten. Allerdings, Bismarck sprach nicht bloß von den Frauen, er sprach von den

Politikern in langen Kleidern
und meinte damit Politiker beiderlei Geschlechts. (Weiterkeit.) Also für das Zentrum steigt die Morgenröthe der Opposition auf. Herr Erzberger laßt mir verständnisvoll zu, er weiß, was ich sagen will — er weiß ja alles. (Große Heiterkeit.) Meine Herren vom Zentrum, Sie haben seit 1900 drei Jahre lang als Regierungstruppe agiert, Sie sind gar nicht mehr fähig, auch wenn Sie wollen, als Freischärler in der Opposition zu stehen. (Rufe im Zentrum: Abwarten.) Das ist nicht eine Unterschätzung Ihrer Fähigkeit, sondern ich schreibe das aus Vorgängen im vorigen Jahr. Als damals Herr v. Hertingen Sie durch ein vielleicht aus Versehen scharf gewordenes Wort verletzete, da trat Dr. Spahn hier auf, und gab eine kurze Kriegserklärung ab, daß den Reulingen im Hause, vielleicht auch am Bundesratstische eine Gänsebaute über den Rücken lief. (Weiterkeit.) Aber wie ist es dann gekommen? Es kam so, wie Herr Wasser mann vor ein paar Tagen von der Kriegserklärung sagte, auch hier ist nichts anderes herausgekommen als eine neue Militärvorlage des Zentrums. (Weiterkeit.) Und dem gleichen Kriegsmilitar, der das Zentrum in so scharfer Weise damals angriff, und der nachher in der Frage der jüdischen Reservoffiziere auch das höchste Mißfallen der fortschrittlichen Volkspartei erregte, haben nachher das Zentrum und die Herren Liberalen ohne weiteres das Gehalt und den Etat bewilligt, und ebenso dem Reichskanzler, der für die ganze Wirtschaft verantwortlich ist. Wir Sozialdemokraten waren die einzigen, die nicht bloß durch Worte, sondern auch durch die Tat den Willen zur Opposition zum Ausdruck brachten. Also wir werden für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen, wahrscheinlich werden nur die Nationalliberalen dagegen stimmen. Warum, verziehe ich offen gestanden nicht. Die kann man gegen die Jesuiten stimmen, wenn man draußen die Politik der Jesuiten macht? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie liegen denn die Dinge? Die Gefahr für die politische Entwicklung Deutschlands sind doch nicht die Jesuiten — wir haben jetzt schon genug davon im Lande. (Weiterkeit) —, sondern die Gefahr ist der Merkantilismus als politische Erscheinung. Der Plan liegt offen vor aller Augen:

Norddeutschland soll von Konservativen regiert werden mit merkantiler Hülse, und der Süden vom Zentrum mit konservativer Hülse.

Die politische Karte Deutschlands soll im Norden blau sein mit schwarzen Tupfen, und im Süden schwarz mit blauen Tupfen. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist in dieser Richtung schon viel geschehen: Wahren ist soweit, Elsass-Lothringen hat eine merkantile Mehrheit, und vor wenigen Tagen waren es die Nationalliberalen, die in Würtemberg Zentrum und konservative hart an den Rand der Mehrheit gebracht haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine inkonsequente Politik, wenn man hier die paar Jesuiten nicht ins Land lassen will, aber gerade dort, wo sie politischen Einfluß gewinnen, wo sie herrschen, ihnen hilft aus Angst vor den Arbeitern, aus Angst vor der Sozialdemokratie. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir den Merkantilismus wirklich bekämpfen. Man bekämpft ihn nicht mit Polizeigesetzen, sondern nur durch eine ehrliche konsequente demokratische Politik. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler schloß mit der Erinnerung an ein Jubiläum, ich will das selbe tun. In diesem Jahre wurde das 50jährige Jubiläum des großen nationalen Schicksalstages in Frankfurt a. M. gefeiert. Vor 50 Jahren hielt die Hauptrede ein Mann, der bei der Linken dieses Hauses einen guten Klang hat: Schulze-Delitzsch sprach über die deutsche Frage und sagte: diese Frage wird niemals den bestehenden Verhältnissen gegenüber bestehen aufhören, als bis ein Volksoberer, das bewaffnete Volk selbst, hinter dem Parlament steht, alle politische Wiedergeburt muß aus dem Schoße des Volkes selbst hervorgehen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wer kann jetzt nach 50 Jahren als Sprecher des fortgeschrittenen deutschen Bürgerthums? Da kam Prinz Heinrich von Hohenzollern (Weiterkeit links) und sagte: „Jeder deutsche Stamm sei treu seinem Herrn und wie alle seien treu unserem Oberherrn. Trumpf für unser Bürgerthum sei heute der Gehorsam.“ Da hat sich kein Mann gefunden, der daran erinnerte, daß es früher hieß: Nicht Gehorsam soll Trumpf sein für den Bürger, sondern Freiheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir so sehen, wie breite Massen des Bürgerthums in Altersweisheit erstarret sind, müde sind, ist es unsere Aufgabe, die junge Kraft, die in der Arbeiterklasse ruht, zu organisieren und zum Stege zu führen. Wir wollen nicht Gehorsam, wir wollen Rebellenentzug, wir wollen die Arbeiterklasse weiter führen auf ihrem Wege zum Siege gegen Merkantilismus, gegen Konservative, gegen Ausbeutung, für Freiheit, für Demokratie und für Sozialismus. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (3.): Wenn Herr Franz in Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen wird, dann bin ich ihm dankbar und verzeihe ihm alle seine Bosheiten. (Weiterkeit.) Was unser Konter mit dem Kriegsminister im vorigen Jahre wegen der Duellfrage anlangt und unsere nachherige Bewilligung des Gehalts des Kriegsministers, so sind wir von der Ansicht ausgegangen, daß wenn es gelang mit Hilfe des Kriegsministers, wie er andeutete, eine Wende zum Besseren in der Duellfrage herbeizuführen, daß wir dadurch mehr erreichen würden als durch eine unfruchtbare Demonstration. Ob wir etwas erreicht haben, wird uns ja demnächst der Kriegsminister sagen.

Die Definition des Bundesrats über die religiöse Tätigkeit, die unter das Jesuitengesetz fällt, bilden einen Rückschritt auch gegenüber den Verhältnissen in Preußen. Religiöse Tätigkeit ist keineswegs gleichbedeutend mit seelsorgerischer Tätigkeit. Daß Preußen bei der Vorbereitung der Raigeetze auch die seelsorgerische Tätigkeit treffen wollte, hatte seinen guten Grund; wollte man die Katholiken auf die Knie zwingen, so mußte man ihnen die Geistlichen nehmen und sagen: Zuzug fernhalten. Was aber hat es jetzt noch für einen Zweck, den Jesuiten die seelsorgerische Tätigkeit zu verwehren. Was geht es beispielsweise die Öffentlichkeit an, wenn ein Dienstmädchen in einem Hause, in dem ein Jesuit verkehrt, die Gelegenheit benützt, bei ihm zu beichten. Und wie will man denn die Nachregeln durchführen? Das würde ja zur Schlimmsten Denunziation führen. Will man vielleicht, wenn ein Jesuit bei mir zu Tisch ist, nachforschen, ob er etwa das Tischgebet gesprochen hat.

Was ist denn in Deutschland vorgekommen, um derartige Bestimmungen gegen die Jesuiten zu rechtfertigen? Tatsächlich nichts, gar nichts. Gehen wir doch ins Ausland, nach England, Dänemark, Schweden, Holland, überall hören wir das Lob der Jesuiten. Und würden denn wir so andauernd für die Jesuiten eintreten, wenn wir nicht von ihrer Raffinesse überzeugt wären. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Jesuiten werden ihren Lebensweg weitergehen, sie werden auch im Ausland ihr Deutschtum bewahren und deutsche Interessen vertreten. Aber das Reich läßt eine schwere Schuld auf sich (Lebhafte Zustimmung im Zentrum), und wir werden diese Schuld abzurufen suchen und die Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangen. (Erneute lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Zeit wird kommen, wo

auch die Mitglieder der anderen Parteien, auch die der national-liberalen Partei sich sagen werden, es war unverständlich, wie man den Katholiken das Recht nehmen konnte, das wir für uns selbst in Anspruch nehmen. Ich habe daher folgende Erklärung abgegeben:

Das Gesetz vom 4. Juli 1872 betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu enthält einen Angriff gegen die katholische Kirche und die staatsbürgerlichen Rechte der Katholiken im Deutschen Reich. Das Klosterliche Leben und die Wirksamkeit der Orden liegen im Wesen der katholischen Kirche. Der Orden der Gesellschaft Jesu, die Kongregationen der Lazaristen und Sacré-Coeur-Schwestern sind von der katholischen Kirche anerkannt. Deshalb ist das Verbot der religiösen Tätigkeit für die Angehörigen dieser Orden eine Beschränkung des Lebens der katholischen Kirche und eine Verletzung der freien Religionsübung der Katholiken, die im Reich voll und gleichberechtigt sind.

Die gegen die Jesuiten früher und jetzt erhobenen Vorwürfe der Immoralität, der Deutsch- und Kulturfeindschaft, sowie der Störung des religiösen Friedens sind unwahr. Der zur Beurteilung der Jesuiten zuständige deutsche Episkopat hat ihnen wie 1871 so auch jetzt bezeugt, daß sie sich durch Unantastbarkeit ihres Lebenswandels und ihre Wissenschaft sowie nicht minder durch ihre eifrige und geeignete Tätigkeit in der Hilfsfürsorge auszeichnen.

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. November 1912 verleiht durch das Verbot der priesterlichen Tätigkeit der Ordenspersonen die Gewissensfreiheit aller Katholiken, welche die Ependung der Sakramente ihrer Kirche nach ihrer Wahl von denjenigen Priestern empfangen können dürfen, denen sie ihr Vertrauen schenken.

Der Bundesrat hat die in den Ausnahmegesetzen gegen den Orden der Gesellschaft Jesu liegenden Eingriffe in die bürgerliche und kirchliche Freiheit verschärft. Unter diesen Umständen können wir zu Reichstanzler und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden. Wir werden unser Verhalten dementsprechend einrichten." (Anhaltender Beifall im Zentrum.)

Reichstanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Der Herr Abgeordnete Spahn hat von der tiefen Erregung gesprochen, in die das katholische Volk durch den letzten Bundesratsbeschluss verlegt worden sei. Gewiß greifen die Streitigkeiten, die das religiöse Gebiet berühren, und Deutschen viel tiefer an das Leben, als anderen Nationen. Seit Jahrhunderten sind solche Streitigkeiten verhängnisvolle und vielfache blutige Kapitel der deutschen Geschichte gewesen. Das vergiftet ein Volk wie das deutsche nicht. Darum gehen die Bogen der Erregung heute wieder hoch. Aber auf beiden Seiten; denn den zahlreichen Stimmen aus katholischen Kreisen, welche die Zurückberufung der Jesuiten verlangen, stehen zum mindesten ebenso zahlreiche Äußerungen von evangelischer Seite gegenüber, welche der ersten Sorge vor der Zurückkunft des Ordens Jesu Ausdruck geben. Ich halte es für notwendig, daß wir bei einer Beurteilung dessen, was geschehen ist, und von der Erregung der Gemüter möglichst freihalten. Der Hergang ist doch folgender gewesen: Das Gesetz vom 4. Juli 1872 schließt den Jesuitenorden vom Deutschen Reich aus und erteilt dem Bundesrat den Auftrag und die Ermächtigung, die erforderlichen Verordnungen zu fassen, damit die Ausführung des Gesetzes verwirklicht wird. Das hat der Bundesrat in dem bekannten Beschlusse vom 6. Juli 1872 getan. Auf Grund dieses Beschlusses ist 40 Jahre lang das Gesetz ausgeführt worden. Der Beschluss hat verschiedentlich den Entscheidungen höchster Gerichte zu Grunde gelegen. Obwohl der Bundesrat eine Definition des Begriffes Ordensmitglied nicht gegeben hatte, hat sich — ich habe darüber im Frühjahr dieses Jahres hier gesprochen — im Laufe einer Praxis gebildet für die Handhabung des Gesetzes, welche in allen Hauptpunkten in den einzelnen Bundesstaaten die gleiche gewesen ist. Diese Praxis hat im Laufe der Zeiten die Tendenz gehabt, nicht sich zu verschärfen, sondern sich zu mildern. Und wenn die Katholiken auch während der ganzen Zeit mit Nachdruck bestritten gewesen sind, das ganze Gesetz aufzugeben, so werden sie doch, wenn sie einmal das Jesuitengesetz als eine lex lata und nicht als eine lex ferenda behandeln, sich klar sein darüber, daß schärfere Praktiken bei der Handhabung des Gesetzes nicht angewendet wurden.

Und das war im Interesse des konfessionellen Friedens nur zu begrüßen. Der Reichstanzler und der Bundesrat hatten keinerlei Anlaß, an diesem Zustande zu rütteln. Da ist der bayerische Erlaß gekommen. Dieser Erlaß hat mich und den Bundesrat genötigt, uns neuerdings mit der Ausführung des Jesuitengesetzes zu befassen. Ich muß dies gegenüber den erregten Klagen in katholischen Kreisen ausdrücklich vor dem Lande feststellen. (Sehr richtig!) Bei uns hat die Initiative nicht gelegen (Lebhafte Zustimmung rechts), aber indem ich dies feststelle, will ich mich in keiner Weise mit den Vorwürfen identifizieren, die in der Öffentlichkeit gegen die bayerische Regierung und vor allem gegen den bayerischen Herrn Ministerpräsidenten erhoben worden sind, als hätten sie sich gegen das Reich auflehnen wollen. Die Art und Weise, wie Bayern die Angelegenheit vor das Forum gebracht hat, sollte die bayerische Regierung jedes Vorwurfs des Versuches, das Reichsrecht zu beugen, entheben. Auch in den Augen derjenigen, die nicht in jahrelanger Geschäftstätigkeit erfahren haben, mit welcher Bemühen und mit welcher über allen kleinen Sonderinteressen erhabenen Bundesstreue Bayern zum Reiche steht. (Beifall.) Was hat denn nun der Bundesrat auf den Antrag Bayerns beschlossen? Doch nicht das Jesuitengesetz! Das besteht seit 40 Jahren. Ja, ich würde die Erregung in katholischen Kreisen verstehen, ich würde selbst gewisse über alles Maß hinausgehende Reuerungen, die wir in diesen Tagen in der katholischen Presse gelesen haben, begreifen, wenn wir jetzt neuerdings den Orden der Gesellschaft Jesu vom Deutschen Reich ausgeschlossen hätten. Das ist aber nicht der Fall. Der Bundesratsbeschluss vom 28. November lobifiziert lediglich die Praxis, nach der ein bestehendes Reichsgesetz ausgeführt worden ist.

Der Herr Abgeordnete Spahn hat das bestritten. Er sieht in dem Bundesratsbeschlusse eine Verschärfung des bestehenden Zustandes (Sehr richtig! im Zentrum) und er hat zum Beweise dessen eine Reihe von Details hier vorgeführt. Ich muß es einem meiner Herren Mitredner überlassen, auf diese Details zu antworten. Für mich kommt es darauf an, das Grundtätige festzuhalten. Der Bundesratsbeschluss ist entstanden aus der Absicht, diejenigen Auslegungen zu lobifizieren, welche die Bundesregierungen bei Handhabung des Gesetzes dem Bundesratsbeschluss vom 6. Juli 1872 gegeben haben. Bei der eigenartigen Struktur des Gesetzes, das eine Strafordnung nicht kennt, und nach Aufhebung des § 2 des Gesetzes ist es sehr wohl möglich, ja, ich möchte es als sicher bezeichnen, daß die Jesuiten vielfach über jene Auslegungen hinaus unbehelligt eine Tätigkeit ausgeübt haben. (Sehr richtig!) Bei der Handhabung des Gesetzes hat man sich eben, namentlich in der letzten Zeit, von jeder Nachschneiderei, von jeder Schikane fern gehalten. Die bestehende Praxis, die bestehende Handhabung des Gesetzes zu ändern, ist nicht Zweck und Absicht des jetzigen Bundesratsbeschlusses. Für den Bundesrat und den Reichstag lag keinerlei Veranlassung vor, einen Gegenstand materiell neu zu ordnen, mit dem er sich ohne das Vorgehen Bayerns, ohne einen Antrag an den Bundesrat keine Veranlassung gehabt hätte, überhaupt zu beschäftigen.

Das ist der Hergang, und diesen Hergang sollte man sich bei einer Kritik des Bundesratsbeschlusses auf allen Seiten gegenwärtig halten. Das ist zu meinem Bedauern in der Erklärung nicht geschehen, die der Herr Abgeordnete Spahn am Schluß seiner Rede vorgelesen hat. Wenn Sie, meine Herren vom Zentrum, aus der Behandlung der Jesuitenfrage durch den Bundesrat, die, wie ich wiederhole, eine Reuerung nicht gebracht hat, den Schlüssel — so lautet Ihre Erklärung — daß die Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung vom Bundesrat nicht gerecht behandelt werden sollen, wenn Sie deshalb, wie Sie es tun, dem Bundes-

rat und mir das Vertrauen fändigen und wenn Sie danach Ihr gesamtes politisches Verhalten einrichten wollen, das heißt des anderen, daß Sie die Jesuitenfrage zum Eckstein Ihres politischen Programms machen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, daß Sie als Glieder Ihrer Kirche die Beseitigung des Jesuitengesetzes herbeiwünschen, wer wollte Ihnen das verdenken? Aber neben den 24 Millionen Katholiken leben 40 Millionen Evangelische in Deutschland, beide Söhne eines Volkes und in allen Schidungen des nationalen Lebens auf Gedeih und Verderben zusammengeknüpft. (Sehr richtig!) Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß sich das evangelische Volk empfinden von jeher gegen die Tätigkeit der Jesuiten festig gelehrt hat (Sehr richtig! rechts). Das ist eine Tatsache, die Sie weder durch Gründe, noch durch Dialektik wegleugnen können. Sie können in dieser Tatsache auch nicht ein Phantom oder eine Idiosynkrasie der Evangelischen erblicken. Die streitbare Tätigkeit, die die Jesuiten in vergangenen Zeiten auf allen Gebieten, in der Kirche, in der Politik, in der Schule entfaltet haben, ihr internationaler Charakter, ihr Widerstreben gegen die Bildung des modernen Staatsgedankens haben den Orden wiederholt nicht nur in den protestantischen, sondern auch in rein katholischen Ländern mit den Staatsregierungen in Widerspruch gebracht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich brauche Ihnen nicht die Geschichte zu rekapitulieren. Und da können Sie sich nicht wundern, meine Herren, wenn in evangelischen Kreisen bei der Frage der Zulassung oder Nichtzulassung der Jesuiten vielleicht unbewußt, aber doch immer wieder die Erinnerung an die Zeiten nachzittert, in denen fanatischer Glaubenshag unser Vaterland zerriß. Röge und das Geschid vor der Wiederkehr von Zuständen bewahren, in denen um des Glaubens willen die Glieder des Volkes einander entfremdet wurden. Deshalb — und damit darf ich schließen — muß ich meine warnende Stimme erheben, wenn jetzt dem katholischen Teile Deutschlands der Bundesratsbeschluss als die Wiedereröffnung des Kulturkampfes dargestellt wird. Diejenigen, die das tun, laden eine schwere und verhängnisvolle Verantwortung auf sich (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen), die sie weder mit dem Inhalt des Bundesratsbeschlusses, noch mit dem Hergange, der zu seiner Fassung geführt hat, vertreten können. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (L.): Wir können uns der Kritik Spahns gegen den Bundesratsbeschluss nicht anschließen und seine Schlussfolgerungen nicht anerkennen. Der Reichstanzler betonte, daß man sich in der bisherigen Praxis bei der Ausführung des Jesuitengesetzes von Nachschneidereien ferngehalten habe und daß es nicht Absicht des Bundesratsbeschlusses sei, hierin eine Aenderung einzutreten zu lassen. Das betrachten wir als erfreulich. Auch wir wünschen keine Verschärfung der bestehenden Praxis, am allerwenigsten im Sinne einer heimlichen Nachschneiderei. — Der Etat gibt uns ein gutes Bild einer geordneten Finanzwirtschaft, die eine Folge der im Jahre 1909 von uns beschlossenen Finanzreform ist. (Sehr richtig! rechts.) Die freisinnige Presse will das freilich nicht zugeben, sie sieht die Gesundung der Finanzverhältnisse auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage zurück. Jedoch böllig mit Unrecht. Ich muß Herrn Gotthein aber die Zensur ausstellen: Kopieren gut, schwach. Ich möchte gern hinzufügen: Religion gut. Doch wog ich das nicht. Als Prophet hat er sich jedenfalls nicht erwiesen. (Weiterkeit rechts.) Die freisinnige Presse hat die Finanzreform in jeder Weise bekämpft, namentlich auch wegen ihrer angeblich schlechten Einwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung, und jetzt müssen die Freisinnigen zugeben, daß die wirtschaftliche Entwicklung glänzend ist. Besondere Freude empfinde ich, daß es gelungen ist, die Mannschafslöhne seit dem 1. Oktober zu erhöhen; ferner darüber, daß die Schulden stärker getilgt werden konnten als ursprünglich angenommen war. Die Finanzreform hat sich auch durch die Markoffrisse und die gegenwärtige Krise als notwendig erwiesen; wären wir in diese mit der schlechten Finanzlage von 1908 hineingegangen, so wäre unsere Stellung in der Welt zweifellos eine minder günstige. (Sehr richtig! rechts.) — Die Börsen haben sich ihren Aufgaben in Bezug auf die Kriegsbereitschaft nicht gewachsen gezeigt, trotzdem ihnen durch das Börsengesetz volle Bewegungsfreiheit gegeben worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Ueber dies Thema werden wir im Laufe des Winters noch ausführlich zu sprechen haben. Die Wiedereinführung der Ostmarkenzulagen begrüßen wir; hoffentlich werden sie diesmal angenommen. Unsere Stellung zu der angeforderten Besitzsteuer behalten wir uns vollständig vor, vor allem auch darüber, ob überhaupt eine neue steuerliche Belastung des Volkes notwendig ist. Im übrigen sind auch wir mit dem Schatzsekretär der Meinung, daß der Etat auf derselben soliden Grundlage aufgebaut ist, wie seine Vorgänger. Wir legen dieser Tatsache jetzt besondere Bedeutung bei: der Ernst der Stunde verlangt Ruhe und Besonnenheit. Verwilde Unruhe, wie sie in weiten Kreisen des Wirtschaftslebens sich leider gezeigt hat, befehrt nichts, sondern verschlechtert nur die Lage. Mit klarem Blick den Verhältnissen ins Auge sehen und ruhig und entschlossen das nötige tun, das ist unsere Aufgabe. (Bravo! rechts.) Die Weiterberatung wird hierauf vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung, Mittwoch, den 4. Dezember 1912, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Frhr. v. Schorlemer.

Die Wingernot.

Abg. Wollenborn (Z.) begründet eine Interpellation, die nach dem Umfang der jüngsten Frostschäden im Weinbau und nach den geplanten Abhilfemaßnahmen fragt.

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer antwortet, daß nach den kommissarischen Ermittlungen die Untermosten am günstigsten weggekommen ist, die Saat am schlechtesten. Bedauerlich ist der Mangel einer genauen Weinstatistik. Aber die öffentlich verbreiteten Schadenszahlen sind viel zu hoch. Wir haben statt 20 Millionen nur 1 1/2 Millionen Schaden und falls das Fuder über 400 R. gilt, sogar noch ein Plus herausgerechnet. Also von einem allgemeinen Notstand kann nicht gesprochen werden. Zum Erlaß eines Notgesetzes liegt auch kein Anlaß vor. Eine Aenderung des Weingesetzes von 1908 lehnen wir ab. Die Winger werden über dieses Jahr hoffentlich aus eigener Kraft hinwegkommen, und sich damit trösten, daß der Herbstrost auch andere Ernten geschädigt hat, ohne daß gleich Entschädigung verlangt wird. (Sehr richtig! rechts.) Also: Energie und Standhaftigkeit!

In der Besprechung teilt

Abg. Oederroth (kon.) die Hoffnung des Ministers.

Abg. Engelmann (natl.) ist für ein Notgesetz.

Abg. Gröger-Hagen (Sp.): Man muß die Verschuldung der Winger prüfen. Die diesjährige Traubenernte war doch besonders groß, viele Trauben sind auch noch nachgereift, also der diesjährige Notstand ist nicht so sehr schlimm. Reichlich war noch Notstand vom vorigen Jahre da.

Abg. v. Glöden (b. l. Fr.) wünscht Zollabschluß gegen das Ausland zum Schutz des deutschen Weinbaues. Der Wein ist ein Genutzmittel und kann schon einen Zoll vertragen!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich bin erstounet darüber, daß man mit den Worten des Landwirtschaftsministers so sehr zufrieden ist. Er vergleicht den Verlust durch den Frost mit dem allergrößten Jahre 1908 und sagt: also ist gar kein besonderer Notstand vorhanden! Wichtig ist hier die gesamtwirtschaftliche Lage der Winger. Gewiß handelt es sich

um keine Einzelercheinung, sondern die Wingernot ist aus verschiedenen allgemeineren Ursachen hervorgegangen und hat den Stand so geschwächt, daß er bei jeder Ungunst der Witterung sofort in eine außerordentlich ungünstige Lage gerät. Früher hat der Minister eine freundlichere Haltung zu den Ansprüchen der Winger eingenommen. Heute empfiehlt er ihnen den Trost der Hoffnung, und daß ja auch die ganze Landwirtschaft den Frost habe auszuhalten müssen. Er ruft den Winger zu: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott! Aber wenn es sich um die handelt, die es am wenigsten nötig haben, um die Großgrundbesitzer, dann ist gerade das Landwirtschaftsministerium nicht so wenig hilflos. Gewiß braucht den lapidalfähigen Winger nicht gelassen zu werden, wohl aber den wirtschaftlich Schwachen, und das fordern wir um so mehr, als es sich um sehr bedürftige Existenzen handelt.

Aber wie ist der Not großzügig abzuwehren? Durch die Gestaltung der Vergütung, deutsch Verschärfung des Weines, nicht. Ueberdies fordert man auf der anderen Seite eine Verschärfung des § 7 (Deklarationszwang) des Weingesetzes. Gewiß, für eine Verbesserung der Nahrungsmittelkontrolle sind wir immer und werden im Reichstag dafür eintreten. Sicher liegt trotz manchen Verschlagens, der die Sache discreditiert hat, eine Zukunftsbürgschaft in der Genossenschaftsorganisation des Weinbaues, deren Vorzüge und süddeutsche Weinbaugelände zeigen. Die Regierung sollte eine genaue statistische Aufnahme der gesamten Lage der Winger und der genossenschaftlichen Bewegung auf diesem Gebiet annehmen. Dadurch würde sich zeigen, wo und wie zu helfen ist. Wir können die Interpellationsbeantwortung nicht als eine ausreichende ansehen und sind überzeugt, daß genaue Erhebungen ihn selbst zu der Erkenntnis von dem Recht der Interpellanten, gründliche Abhilfe zu fordern, bringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister Frhr. v. Schorlemer: Bei den Ausführungen des Abg. Liebknecht hätten mir die Haare zu Berge gestanden, wenn ich noch so viel Haare auf dem Kopfe haben würde. Was an meinen statistischen Vorlegungen unlogisch sein soll, verstehe ich nicht. Im übrigen ist den Winger zu meiner und der Mehrheit dieses Hauses Freude das Gottvertrauen noch nicht abhanden gekommen und müde noch so viele schlechte Jahre über sie kommen — Sozialdemokraten werden sie darum nicht werden. (Weiterkeit und Beifall bei der Mehrheit. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) antwortet in persönlicher Bemerkung dem Minister, daß es sich hier nicht um Gottvertrauen handelt, sondern um eine Resorziangelegenheit des Landwirtschaftsministers. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann auch nicht annehmen, daß der Minister sich mit diesen Worten eine Gottähnlichkeit beilegen wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts und im Zentrum.)

Es folgt die Beratung eines Antrages Stroffer (L.) auf Ankauf eines militärökonomischen Nachbargrundstücks für das Abgeordnetenhaus.

Die Budgetkommission beantragt Ueberweisung des Antrages als Material an die Regierung. Dagegen beantragt Abg. Stroffer (L.) mit Unterstützung von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien die Annahme seines Antrages und die Annahme einer Resolution: die Regierung zu ersuchen, daß sie dafür Sorge trägt, daß bei allen Aenderungen in den Eigentums-, Besitz- und Verwendungsverhältnissen der die Landtagsgrundstücke umgebenden Reichs- und Staatsgrundstücke auf die Bedürfnisse des Abgeordnetenhauses die gebotene Rücksicht genommen wird. Ein Schreiben des Ministerpräsidenten, gez. v. Steinmeier, teilt mit, daß ein endgültiger Vertrag über den Grundstückskauf noch nicht abgeschlossen ist. Wenn es aber dazu kommen werde, würde auf die Interessen des Abgeordnetenhauses volle Rücksicht genommen werden.

Abg. Stroffer (L.) begründet seinen Antrag und seine Resolution. Er trägt Beispiele dafür vor, daß die Regierung auch in früheren Fällen schon auf das Abgeordnetenhaus nicht die gebotene Rücksicht genommen hat. Von der Nachbarschaft einer Möbelfabrik befürchtet jetzt der Reichstanzler ernsthafte Störungen. Aber was dem Reichstanzler recht ist, muß dem Abgeordnetenhaus billig sein. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei weiß ich nicht einmal, ob der Reichstanzler wirklich eine Möbelfabrik als Nachbar erhalten wird. Andere sagen nämlich, es werde dort ein Hotel gebaut. Angenehm wäre zwar auch das nicht. Aber bei einem jeden Kaufvertrag muß auf und Rücksicht genommen werden. (Beifall.)

Ein Kommissar des Finanzministeriums: Die Finanzverwaltung hat die Gartenbeschaffung als durchaus erwünscht bezeichnet, wenn sie nicht übermäßige finanzielle Opfer fordere. (Weiterkeit.) Wir haben uns an das Kriegsministerium gewendet und die Antwort bekommen: es könne weder eine vollständige noch eine teilweise Wiederbebauung des betreffenden Grundstücks in Betracht kommen, da militärdienstliche Interessen eine andere Verwertung nötig machen. (Stürmisches Geschrei.) Die Finanzverwaltung ist loyal vorgegangen. (Lebhafte Widerpruch.)

Ein zweiter Regierungskommissar: Ueber die Art der Bebauung des Nachbargrundstücks haben eingehende Verhandlungen stattgefunden, bei denen der Kriegsminister vollkommen loyal vorgegangen ist. (Lebhafte Widerpruch.) Man darf die Militärverwaltung nicht angreifen, die nur getan hat, was von ihr verlangt wurde. (Unruhe.)

Abg. Lippmann (Sp.): Wir sind einmütig für den Antrag Stroffer. Der Mut der Verzweiflung, mit der die Regierungsbereiter für ihre Verwaltung eingeleitet sind, war bewundernswert. (Weiterkeit und Sehr gut!) Deshalb soll das Interesse des Abgeordnetenhauses zurücktreten gegenüber dem Interesse des Kanzlerpalastes? Die Ruhe des Kanzlers soll durch eine Möbelhandlung gestört werden, die neben seinem Palais angeblich entsteht. Sie wird doch nicht dazu dienen, daß der Kanzler vermöbelt wird, oder daß er sich zwischen zwei Stühle setzt? (Stürmisches Weiterkeit.) Wir sehen nicht mit Reid auf den Herrenhausgarten, gönnen ihn unseren Brüdern in der anderen Kammer sehr gern und hätten nur brüderlich gern daran teilgenommen. (Erneute Weiterkeit.) Aber der Ministerpräsident hätte auf sein Abgeordnetenhaus mehr Rücksicht nehmen sollen. Ich beantrage die Rückverweisung der Sache an die Budgetkommission. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir haben manches schon erlebt, aber so etwas noch nicht. (Weiterkeit und Zustimmung.) Aber die Rücksichtslosigkeit dieses Falles war noch nicht da. (Sehr wahr!) Wir haben wiederholt den Wunsch geäußert, den Garten des Nachbargrundstücks erhalten zu sehen. Jetzt aber geht der Kanzler hin, ohne daß jemand etwas davon erfährt, und verkauft das Grundstück an Private. Die Regierung ist nur durch Kommissare vertreten. Es hätte nichts geschadet, wenn die Minister selbst gekommen wären. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kanzler befürchtet eine Belästigung durch eine Möbelfirma und schiebt nun die Sache auf uns ab. (Lebhafte Zustimmung.) Ist denn die Nachbarschaft einer Möbelfirma wirklich eine so erhebliche Störung? Von einer großen Dekorationsfirma könnte der Kanzler lernen, daß es bessere Dekorationen gibt, als er heute hier gewählt hat. (Weiterkeit.) Wenn ich Optimist wäre, würde ich beantragen, bei der Behandlung dieser Angelegenheit die Anwesenheit des Ministerpräsidenten zu verlangen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Lippmann (Sp.) beantragt Vertagung der Sache, und die Anwesenheit des Ministerpräsidenten zu verlangen.

Abg. v. Gendeband (L.): Dazu ist die Sache noch nicht genug beraten. Es genügt Zurückverweisung an die Kommission. Der Antrag Lippmann wird von einer Mehrheit der Linken und des Zentrums angenommen. (Großer Beifall.)

Die Angelegenheit ist vertagt. Es folgt die Beratung der fortgeschrittenen Interpellation über die Betrümmung des Berliner Feuerwehrcorps durch den Polizeipräsidenten, die lautet: Ist der Regierung das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Verein Berliner Feuerwehrcorps bekannt

und was denkt sie zu tun, um die berechtigten Interessen der be-
teiligten Feuerwehrlente zu schützen und den Bestimmungen des
Reichsvereinsgesetzes Geltung zu verschaffen?"

Abg. Kopisch (Sp.) begründet die Interpellation unter ausführ-
licher Darlegung der Verfolgung des Bergens, der sich die Pflege
der Treue zu König und Vaterland, des kameradschaftlichen Geistes
und die Unterstützung der Hinterbliebenen der verstorbenen Mitglieder
zum Zweck gesetzt hat. Schon im April hat der nationalliberale
Abg. Schröder-Cassel die Regierung gefragt, ob das damals ein-
gebrachte Vorgehen des Polizeipräsidenten gegen den Verein mit
dem Reichsvereinsgesetz vereinbar sei. Wir warten heute noch auf
die Antwort. Zuerst hat man die Chargierten gezwungen, aus
dem Verein auszutreten, dann erzwang man, daß Pensionäre nicht
zu Vorständen, Schriftführern oder Kassierern gewählt werden
dürften, schließlich hat man die wahrheitsgemäßen Mitteilungen
des Vorsitzenden an die Presse zum Anlaß genommen, von den
Mannschaften eine Mißbilligung des Vorsitzenden zu erzwingen,
und endlich hat man den Austritt der Mitglieder aus dem Verein
erzwungen. Aber die Mannschaften haben trotzdem erklärt, daß
sie dem Verein treu bleiben werden. (Lebhaftes Bravo! links.)
Die Bitte des Vereins um Angabe der Gründe für seine Ver-
folgung blieb ohne Antwort (Hört! hört! links), und als Gründe
werden in einem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Berliner
Magistrat angegeben, daß der Anschlag des Vereins an den Ver-
band deutscher Berufsfeuerwehrlente angestrebt worden sei.
Aber dieser Verband ist durchaus patriotisch und wenn er auch die
materielle Lage seiner Mitglieder verbessern will, so wird man doch
nicht in jedem, der für weniger Arbeit mehr Lohn haben will, gleich
einen Sozialdemokraten sehen! Bei der Beratung des Reichs-
vereinsgesetzes hat der Staatssekretär des Innern ausdrücklich er-
klärt, daß das Vereinsrecht der Beamten seine Grenzen nur an
Vereinszwecken finde, die dem Staat oder dem Dienst entgegen-
gesetzt sind. Im Reichstag haben Zentrum und Nationalliberale
selbst im Frühjahr Anträge auf Sicherung des Vereinsrechts der
Beamten gestellt. Glaubt der Minister, sich willkürliche Werkzeuge
schaffen zu können? Der Koalitionsgegner liegt in unserer Zeit,
er wird sich durchsetzen. Auch dem Verein Berliner Feuerweh-
rlente muß sein Recht werden. (Beifall links.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Auch ich bedauere den ersten
Konflikt zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Verein, aber die
Schuld liegt bei jenen Vereinsmitgliedern, die den Bogen über-
spannt hatten. Der Beitritt zu dem Dortmunder Verband deut-
scher Feuerwehrlente, der die Förderung der beruflichen und mate-
riellen Interessen seiner Mitglieder bezweckt, wurde von dem
Polizeipräsidenten für mit der Disziplin unvereinbar gehalten.
Trotz dieser Verfügung wurde der Anschlag an den Dortmunder
Verband weiter erörtert, und es bildeten sich in dem Berliner Ver-
ein zwei Parteien. Der Polizeipräsident hätte nichts dagegen ge-
habt, wenn die mit dem Anschlag an den Dortmunder Verband
nicht einverstanden Vereinsmitglieder ausgetreten und einen
neuen Verein gegründet hätten. In der Reichstagskom-
mission für das Reichsvereinsgesetz ist ausdrück-
lich festgestellt worden, daß die Behörden das Recht
haben müssen, ihre Beamten von Vereinen und
Versammlungen fernzuhalten, die dem Wesen
des Beamtentums widersprechen. Das Reichsvereins-
gesetz kann sich niemals über die besonderen Beziehungen hinweg-
setzen, die zwischen Beamten und Behörden bestehen. (Sehr richtig!
rechts.) Das Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten unter-
liegt denjenigen Beschränkungen, die sich aus den dienstlichen
Interessen heraus als erforderlich erweisen. (Anruhe links. —
Zuruf: Was ist dienstlich?) Der Polizeipräsident war berechtigt
und verpflichtet, den Verein zu kontrollieren und aus Gründen
des Dienstes gegen ihn vorzugehen. Außerdem erklärte sich der
Verein bereit, dem Wunsch des Polizeipräsidenten gemäß seinen
Vorstand nur aus aktiven Mannschaften zusammenzusetzen, wenn
der Polizeipräsident schriftlich verspreche, einer gesunden Weiter-
entwicklung des Vereins künftig nicht mehr hinderlich im Wege
zu stehen. Hierdurch sollte der Polizeipräsident genötigt werden,
den von ihm bekämpften Anschlag an den Dortmunder Verband
gutzulassen. (Hört! hört! rechts.) Das war durchaus ungehörig
und in hohem Maße unzulässig. (Sehr richtig! rechts. — Anruhe
links.) Nachdem nun noch die Vereinsleitung die Angelegenheit
unter Zuhilfenahme eines Rechtsanwalts der Presse übergeben
hatte, um durch den Druck der öffentlichen Meinung ihre Forde-
rung durchzusetzen, konnte von einem Entgegenkommen beim
Polizeipräsidenten nicht mehr gesprochen werden. Der Dortmunder
Verband ist gewiß keine sozialdemokratische Organisation. (Abg.
Hoffmann (Soz.): Sie werden ihn noch dazu machen!) Er hat
ausdrücklich sozialdemokratische Tendenzen abge-
lehnt und sich auf nationalen Boden gestellt, auch den Be-
strebungen auf Anschlag an den sozialdemokratischen Gemein-
dearbeiterverband bisher Widerstand geleistet. Aber der Verband
untergräbt geflissentlich und in der bedenklich-
sten Weise das Vertrauensverhältnis zwischen
Mannschaften und Offizieren. (Hört! hört! rechts.)
Der Polizeipräsident hat mit dem durch die beharrlich wieder-
kehrenden Verunglimpfungen der Offiziere notwendig gewordenen
Verbot des Beitritts zum Verbands eine Bewegung im Reim er-
stiftet, die das bisherige gute Verhältnis zwischen Mannschaften
und Offizieren zerstören wollte. Da das Verhalten der Mannschaften
der Disziplin nicht entsprach, die in einer militärischen Organisa-
tion unentbehrlich ist, bin ich nicht in der Lage, der Interpellation
Rechnung zu tragen. Durch das Vorgehen des Polizeipräsidenten
ist das Reichsvereinsgesetz nicht verletzt worden. (Beifall rechts. —
Zischen links.)

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen. Das
Haus verläßt sich.
Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr: Dritte Lesung des
Wassergesetzes. Besprechung der Feuerwehrinterpellation. Ein
Antrag Kopisch (Sp.), diese Besprechung voranzustellen, wird gegen
die Linke abgelehnt.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Wer verschuldet die Unglücksfälle im Bergbau?

Zu den von uns am 26. November über dieses Thema von sach-
verständiger Seite gemachten Ausführungen überdenket uns die
„Gewerkschaft Deutscher Kaiser Glüdau!“ folgende Behauptungen
als „Verächtlich“:
„Es ist unwahr, daß von einem Fahrsteiger S. im Juni d. J.
verlangt wurde, er solle die Verantwortung für den Abbau eines
Haldes übernehmen, in dem vorschichtsmäßiger Abbau betrieben
wurde, und daß dieser Fahrsteiger sich hierzu geweiht hätte mit
dem Bemerkten, daß der Abbau in großer Weise gegen die Vor-
schriften der Bergpolizei verstoße. Wahr ist, daß der Fahrsteiger
ohne jeden Auftrag des Betriebsführers eine Unregelmäßigkeit
der Arbeiter bei Ausführung des Bergbaues beobachtete, ohne einzu-
greifen. Erst als der Betriebsführer die Unregelmäßigkeit fest-
stellte und den Fahrsteiger zur Rechenschaft ziehen wollte, lehnte
letzterer den Spieß um und behauptete, er habe das vorschicht-
mäßige Einbringen des Bergbaues nur geduldet, weil ein a n d e r e r
B e a m t e r t o u e r z ä h l t habe, der Betriebsführer hätte dies
früher einmal so angeordnet.“
Es ist auch nicht zutreffend, daß der Fahrsteiger entlassen
wurde „infolge der daraus resultierenden Differenzen“. Er wurde
vielmehr nach § 88d und 89 des Allgemeinen Berggesetzes entlassen,
weil er im Dienste untreu gewesen und das Vertrauen mißbraucht
hat, und weil er durch längere Krankheit dem Dienst fern blieb.
Seine sofortige Entlassung veranlaßte er dadurch, daß er unter An-
drohung von Anzeige bei der Bergbehörde Juchendmissetaten zu er-
zwingen suchte. Als ihm dies nicht gelang, hat der Fahrsteiger dann
eine Beschwerde an die Bergbehörde eingereicht, in welcher er unter
Verbrechung und Entstellung des wahren Sachverhalts Vorwände
schilberte, welche nicht den Tatsachen entsprachen, und zwar
schon deshalb nicht, weil er sie zum größten Teil nicht aus eigener

Wahrnehmung kannte, sondern aus den Erzählungen dritter Per-
sonen. Selbst Vorwände, welche circa 10 Jahre zurückliegen,
hat er vorgebracht, um seine Vorgesetzten zu schädigen.

Die Schilderung über die Luftprobennahme sowie über die
Zerstörung eines Ventilators können wir nur als im tendenziösen
Ablicht ausgebreitete Erfindungen bezeichnen. Weiter auf diese An-
gelegenheit einzugehen, erübrigt sich für uns, da einem gerichtlichen
Verfahren nicht vorgegriffen werden soll.

Die Angaben über die Schlagwetterexplosion, welche sich am
28. Januar 1911 in Hög 17 ereignete, sind unwahr. Es ist nicht
zutreffend, daß die Wetterstöße, welche die Luft aus den Bauen
abführen sollte, zulag, so daß die verbrauchte Luft zum Teil durch
andere Steigerröhre abging. Diese Angabe ist auch freie, böswil-
lige Erfindung. Sie deutet sich selbst nicht einmal mit den ört-
lichen Verhältnissen. Es ist demnach nicht zutreffend, daß Leute
anderer Steigerröhre außerordentlich gefährdet waren, und daß
sie es nur ihrer schleunigen Flucht zu verdanken haben, daß sie mit
dem Leben davonsamen. Es ist weiterhin eine große Unwahrheit,
daß man Sonntags durch 2 Fahrsteiger und eine große Anzahl von
Steigern die Wetterwege in Ordnung bringen ließ, damit die Berg-
behörde bei Prüfung der Ursachen alles in Ordnung finden sollte.
Wahr ist, daß die Bergbehörde sofort im Anschluß an die
Explosion nach am Samstag die Unfallstelle und die anderen Ver-
triebe des Reviers besahen und sich von dem ordnungsmäßigen
Zustand des Reviers überzeugte. Es sind auch nicht die geringsten
Abänderungen getroffen worden, um die Behörde zu täuschen.

Es erübrigt sich für uns, auf weitere Einzelheiten dieser Sache
einzugehen, da auf gerichtlichem Wege die falschen Angaben berich-
tigt werden sollen. „Glüdau! Gewerkschaft Deutscher Kaiser.“

Unser Gewährsmann hält diesen Auslassungen gegenüber seine
Darlegungen in vollem Umfang aufrecht. Er schreibt uns:
„Die in dem Artikel enthaltenen Angaben
halte ich mit einer Abänderung voll und ganz
a u f r e c h t. Die Abänderung betrifft den Befehl, den Ventilator
stillzusetzen. Dieser Vorgang hat sich nicht in Hög 17, sondern in
Hög 12 Nordten zugezogen. Den Befehl hat nicht der Betriebs-
führer S., sondern der Direktor A l e e m a n n gegeben. Gleich-
zeitig ist auch dem Wettersteiger W. dieser Auftrag erteilt worden.“

Zur Klarstellung sei betreffs des unvorschriftsmäßigen Ver-
ganges folgendes bemerkt: Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“,
Schacht 3, baut die Hänge unter der Rindung der alten Ermler
in den Rhein. Da der Grundwasserstand so hoch ist, daß öfters
große Flächen überschwemmt werden, ist von der Bergbehörde voll-
ständiger Bergverbot vorgeschrieben worden. Denn nur dieser
sinn ist verhalten, daß sich die Tagesoberfläche weiter hebt und das
Grundwasser das Land überschwemmt, was in dieser dicht bebauten
Gegend große gesundheitliche Gefahren für die ganze Bevölkerung
nach sich ziehen würde. Dieser Bestimmung ist nicht entsprochen
worden. Dies beweist ohne Angabe einzelner Hänge schon die eine
Tatsache, daß die Hänge bei einer Förderung von über 3000 Tonnen
pro Tag nicht nur nicht ihre eigenen Berge verfehle, sondern sogar
5-700 Wagen Steine förderte. Der Bergverbot hält die Kohlen-
gewinnung auf und deshalb ließ man fünf gerode sein. Der in
dem 1. Artikel erwähnte Fall hat sich wie folgt zugetragen:

Ein Fahrsteiger S. wurde zum Nachsteiger degradiert und der
Fahrsteiger H. sollte seine Inspektion (mehrere Steigerröhren)
übernehmen. S. sagte zu H., in dem Revier des Steigers W.
können die Steine nicht voll Berge gepackt werden, da es unmög-
lich ist, fremde Steine hinzubringen. Der Betriebsführer hat be-
stellt, im Bergverbot Fahrtschächte und Kolläden auszusparten,
damit weniger Steine gebraucht werden. Das ist verboten. S.
sagte darauf, dafür übernehme er keine Verantwortung. Dieses
sagte er auch bei der 1. Befragung des Reviers zu dem Revier-
steiger W. Der Betriebsführer ließ sich in dem Reviere nicht sehen
und S. schwieg, sodaß eine Auseinandersetzung nicht erfolgte. Nach
circa einer Woche wurde der Reviersteiger W. ganz plötzlich ver-
urlaubt und der Betriebsführer schrieb ins Rechenbuch Seite 319:
„Während der Beurteilung des Reviersteigers W. übernimmt der
Fahrsteiger A. S. die Führung und Leitung des Reviers 13 mit
aller Verantwortung. Herr Suppers fährt in der Früh-
schicht, Herr Fahrsteiger S. fährt als Leiter des Reviers mittags
und bleibt bis Ende der Schicht in der Grube.“

Schacht 3/7, 8. 6. 12. geg. Kraus.
Dies hatte den Zweck, den Fahrsteiger S. zu zwingen, die Ver-
antwortung zu übernehmen und sich mitschuldig zu machen, damit
er dann nichts mehr sagen konnte. Während der Verurlaubung des
Steigers W. ließ sich der Betriebsführer auch nicht im Revier sehen.
Aber kurz zuvor, ehe W. zurück kam, besah er das Revier und
schrieb darauf folgenden Brief:

Herrn Fahrsteiger S. Im Laufe der letzten Tage sind im
Revier 13 verschiedene Brüche gefallen, welche Sie entgegen der
seitens unserer Inspektion 8 gegebenen Anordnung nicht gemeldet
haben. (Siehe Buch des Beamten.) Weshalb ist das Ihreseits
unterlassen?

Schacht 3/7, 15. 8. 12. geg. Kraus.
Gegen Rückgabe.
Dieses Schreiben wurde S. abends gegen 1/21 Uhr übergeben,
nachdem er kurz vorher mit dem Betriebsführer gesprochen und
dieser kein Wort über die Brüche gesagt hatte. Als verlangte
Reue gab S. an:

Als verlangte Reue gab S. an: Ich habe dem Revier am
15. 8. 1912 kann ich nur folgendes angeben: Von gefallenem
Brüchen, die nach Ihrer Meinung in den letzten Tagen im Rev. 13
gefallen und Ihnen nicht gemeldet seien, könnten in Frage kommen:
1. ein Bruch im Wettersohlenquerschlag und 2. einige Brüche in
den Streben in Hög 13.

Zu Punkt 1 ist zu bemerken, daß an dieser Stelle im Wetter-
sohlenquerschlag schon seit langer Zeit ein großer Bruch vorhanden
ist von 10 Meter Länge und bis 5 Meter senkrechter Höhe über der
Zimmerung. Dasselbe ist Ihnen längst bekannt und braucht meiner
Ansicht nach nicht erst gemeldet werden. Da bei demselben damals
nur ganz einfach die Steine fortgeladen und die Zimmerung mit
Verzug dahin gestellt wurde, ohne den riesigen Hohlraum darüber
von 70-80 Kubikmeter mit Schanzern oder altem Holz auszu-
füllen, so brachen später bei dem Niedertürzen weiterer Gesteins-
massen die sämtlichen Zimmerungen zum zweiten Male zu-
sammen. Es wurden dann wieder große Massen Steine weg-
geladen und die Zimmerungen mit Verzug wieder hingestellt, ohne
auch jetzt an eine Ausfüllung des Hohlraumes zu denken. So
hat das Holz wieder eine Zeit lang gestanden, bis in der vorigen
Woche sich wieder größere Gesteinsmassen in dem Hohlraum lösten
und die Zimmerung zum dritten Male zusammen schlugen. Ich
möchte diesbezüglich nun dringend raten, den Hohlraum mit Schanzern
usw. ausfüllen zu lassen zu genehmigen, um ein nochmaliges Zu-
sammenstürzen zu verhindern; denn abgesehen von der großen Ge-
fährdung für die Belegschaft und die Beamten, die diese Stelle täglich
nachtsahnend passieren, muß man auch die großen Kosten berück-
sichtigen, die das jedesmalige Zusammenstürzen dieser Stelle ver-
ursacht.

Zu Punkt 2 sind es einige kleinere Brüche, die täglich in den
Streben passieren und deren Ursachen Ihnen sogar längst bekannt,
ja sogar von Ihnen angeordnet sind. In den sämtlichen Streben in
Hög 15 ist Mangel an Versuchmaterial schon lange ein großer
Uebelstand, da hier die Einrichtungen fehlen, bezw. nicht in der
Verfassung sind, um jeden Betrieb mit Versuchmaterial zu ver-
sorgen. Als dann durch das scharfe Vorgehen des Herrn Affessors
Schillings in den anderen Revieren bei gefundenen Hohlräumen
auch der Fahrsteiger S. und der Steiger W. beim Abbau in
Hög 15 eingeschüchtert wurden, da wurde Ihnen dieser Uebelstand
bei einer gemeinsamen Sitzung auch nahegelegt. Sie haben den
Uebelstand auch eingesehen und anerkannt und dann bestimmt, daß
in diesen Pfeilern nun Bergverbot mit dazwischen ausgesparten
Kolläden und Fahrüberhauen (Zeichnung anbei) gemacht werden
solle. Ferner hatten Sie noch gesagt, der Steiger habe doch noch
einen zuverlässigen Schiefmeister, der eintritt, wenn sich ein
Pfeiler ohne Versuch und zu weit offen stehe. Es wurde darauf
hingedeutet, daß der Schiefmeister den Pfeiler zu Bruch schieben
solle, was auch sowohl vom Fahrsteiger als auch vom Reviersteiger
richtig aufgefaßt wurde.

Mit diesen von Ihnen ergangenen Anordnungen habe ich das
Revier übernommen und soll daselbe nach Rechenbuch 4, Seite 319,
mit voller Verantwortung übernehmen. Wenn nun auch
bei mir noch kein Pfeiler zu Bruch geschossen worden ist, so muß
ich doch zugeben, daß ich den bereits eingeführten Gitterversatz nur
nach den von Ihnen ergangenen Anordnungen habe weiter gehen
lassen.

Es liegt mir fern, über Anordnungen meiner Vorgesetzten
Kritik zu äußern, aber hinweisen muß ich doch hierbei auf den Um-
stand, daß diese Anordnungen gegen die Bergpolizei und den Be-
triebsplan verstoßen und unter Umständen auch für andere Be-
amte sehr verhängnisvoll werden können, und daß ich niemals eine
Verantwortung für größere oder kleinere Brüche und für solchen
Bergverbot übernehmen kann, wie er verlangt wird.

Ich möchte Sie nochmals bitten, das Vorgehen, wie es mir seit
mehreren Wochen gezeigt wird, und wie man es bis jetzt noch
keinem Beamten gezeigt hat, einzustellen, denn hier liegt zweifellos
keine Ursache dazu vor. Es ist mir sehr unangenehm, mich zu diesen
Sachen äußern zu müssen, die Sie selbst kennen und sogar selbst
angeordnet haben.

Der Herr Betriebsführer können nochmals versichert sein, daß
ich meine Pflicht tue und die Interessen der Gewerkschaft verrete,
so, wie ich es bisher getan habe, wo man mir noch nie eine Pflich-
vergeßlichkeit oder Interesselosigkeit hat nachweisen können.

geg. S. 1
Mit diesem Briefwechsel vergleiche man die Verächtlichung. Wer
hat Recht?

Ein gerichtliches Vorgehen wegen des Artikels brauche ich nicht
zu scheuen, ja er liegt im allerweitesten Interesse, daß es geschieht.
Die Zeche Deutscher Kaiser, Schacht 3, bezw. der Direktor A l e e m a n n s,
sowie der Betriebsführer Kraus sind diejenigen, die die
Lage nach Kohlen mit der größten Rücksichtslosigkeit ausüben.
Einen Steiger hat man auf dieser Anlage mit Polizeihunden
suchen müssen, weil er sich gefährdet hat, wegen schlechter Förde-
rung zutage zu kommen. Die Frau eines andern, die Mutter von
sechs Kindern, hat sich nach einer Unterredung mit dem Direktor
A l e e m a n n s, der ihren Mann aus der Stellung geworfen, mit
Petroleum übergossen, sich angezündet und auf diese Weise Selbst-
mord verübt. Brutalität in höchster Potenz herrscht auf dieser
Zeche gegen Beamte und Arbeiter. In der Grube herrschen die
Jahreszeiten, die der Bergpolizei Hohn sprechen. Drum geklagt. Die
Öffentlichkeit soll es wissen, wer Recht hat. Aber schon in den
aller nächsten Tagen sollen weitere Mißstände aufgedeckt werden,
damit in einer Verhandlung mal der Öffentlichkeit gezeigt werden
kann, was Arbeiter und Beamte leiden müssen, wie der so viel
gepriesene Bergarbeiter schuft.

Eine gerichtliche Feststellung des Sachverhalts ist unserem
Gewährsmann nicht minder wie uns erwünscht.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterin in der Organisation.

Das Rotenbergt des „Reichsarbeitersblattes“ bringt in einer
Uebersicht über die Arbeitslosigkeit in Deutschland die Mitglieder-
zahlen der freien und der christlichen Gewerkschaften für Oktober
1912. Wenn man die Fachverbände zusammenstellt, ergeben sich
folgende Zahlen:

Fachverbände	Männl. Mitglieder		Weibl. Mitglieder	
	Freie	Christliche	Freie	Christliche
Porzellanarbeiter	18 088	7 117	3 318	139
Metallarbeiter	525 545	40 905	27 634	756
Textilarbeiter	88 050	27 476	53 928	12 948
Lebendarbeiter	13 979	5 270	1 315	536
Holzarbeiter	187 261	17 189	7 049	235
Tabakarbeiter	19 619	8 895	18 228	2 490
Buch- und Steindruckerei- Hilfsarbeiter	16 987	1 630	8 510	383
Gemeinde- und Staats- arbeiter	40 060	17 100	1 372	550

Ein Blick auf diese Zahlen zeigt sofort die erfreuliche Tatsache,
daß unter den verschiedenen Verbänden die freien Gewerkschaften
nicht nur auf die männlichen, sondern auch auf die weiblichen Ar-
beiter die größte Anziehungskraft ausüben. Auch die Arbeiterinnen
sangen allmählich an, die Notwendigkeit der Organisation zu be-
greifen; sie wissen, daß die freien Gewerkschaften ihre Rechte am
nachdrücklichsten vertreten, und daher tritt die große Zahl der
Arbeiterinnen in diese, nicht in die christlichen Verbände ein.

Das Ueberwiegen der weiblichen Mitgliedschaft in den freien
Gewerkschaften gegenüber den christlichen wird noch deutlicher, wenn
man nicht die absoluten Zahlen, sondern den prozentualen Bestand
der Verbände an weiblichen Mitgliedern betrachtet. Ganz besonders
auffallend zeigt sich der Unterschied bei den Porzellanarbeitern, wo
die freien Verbände über 20 Proz., die christlichen nur 1,92 Proz.,
und bei den Druckereiarbeitern, wo die freien Gewerkschaften
über 55 Proz., die christlichen aber nur 14 Proz. weibliche
Mitglieder haben. Derselbe Differenz, wenn auch nicht ganz so
ausgeprägt, ist in den anderen Gewerkschaften vorhanden. Der Be-
stand an weiblichen Mitgliedern beträgt bei den Metallarbeitern
in der freien Gewerkschaft 5 Proz., in der christlichen 1,81 Proz.,
bei den Textilarbeitern 37,98 Proz. gegenüber 32,03 Proz., bei
den Holzarbeitern 3,63 Proz. gegenüber 1,35 Proz. und bei den
Tabakarbeitern 48,16 Proz. gegenüber 40,26 Proz. Nur bei
den Leder- und bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern ist der
Prozentfuß in den christlichen Gewerkschaften etwas höher als in
den freien.

Nieht man die Zahlen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften
zum Vergleich heran, so gestaltet sich das Bild für die freien Ge-
werkschaften noch günstiger. Die Hirsch-Dunderschen Vereine hatten
bei den Metallarbeitern 283 weibliche Mitglieder, gleich 0,63 Proz.
der Gesamtmitglieder, bei den Textilarbeitern 1875 weibliche Mit-
glieder gleich 30,24 Proz., bei den Lederarbeitern 425 weibliche Mit-
glieder gleich 8,33 Proz. und bei den Holzarbeitern 49 weibliche
Mitglieder gleich 0,9 Proz. Die angeführten Prozentzahlen, die
durchgängig bei den freien Gewerkschaften am höchsten sind, be-
weisen, daß diese Verbände den größten Wert auf die Organisation
auch der weiblichen Arbeiter legen, daß ihre Arbeit in dieser Hin-
sicht nicht ohne Erfolg geblieben ist und daß gleichzeitig mit der
Einsticht die Notwendigkeit der Organisation überhaupt und das
Verständnis der Arbeiterinnen für den Wert der freien Gewerks-
schaften, verglichen mit dem der anderen Verbände, wächst.

Der bisher gewonnene Erfolg, der ja immerhin von dem
Höchsten, was auf diesem Gebiete zu erreichen ist, nur einen
kleinen Teil bedeutet, muß ein Ansporn für die freien Gewerks-
schaften sein, die Organisation der Arbeiterinnen mit allen
Kräften und allen Mitteln fortzusetzen. Und Pflicht jeder Ar-
beiterin ist es, nicht untätig daneben zu stehen, sondern in die Ge-
werkschaft einzutreten und hier Seite an Seite mit den männ-
lichen Arbeitskollegen für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Lebensende.

Dritter Kreis. Freitag, den 6. Dezember, im Gewerkschaftshaus,
Saal 5: Gemeinshaftlicher Lesabend. Dritter Vortrag des
Genossen Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil: „Ueber Ver-
fassungfragen“.

Marktbericht von Berlin am 3. Dezember 1912, nach Ermittlung
des kgl. Polizeipräsidenten. Marktschallendpreise. (Reinhandel)
100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Speisebohnen,
weiße, 36,00-36,00. Linsen 35,00-36,00. Kartoffeln (Reinhl.) 5,00-7,00.
1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Reule 1,70-2,40. Rindfleisch, Sammelstück
1,40-1,80. Schweinefleisch 1,60-2,20. Kalbsfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch
1,40-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,60-6,80. 1 Kilogramm
Rapsöl 1,20-2,40. Rale 1,90-3,20. Zucker 1,40-3,00. Gerste 1,40-2,80.
Barke 0,80-2,40. Schote 1,60-3,20. Weiz 0,90-1,40. 60 Stück Äpfel
3,00-30,00.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff, Neuföhn. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

General-Verfassungen der Wahlvereine.

Erster Wahlkreis.

Die Versammlung des Wahlvereins für den ersten Reichstagswahlkreis fand in den „Corona-Prachshäfen“ Kommandantenstraße, statt. Das Referat über den preussischen Parteitag hatte Dr. Kurt Rosenfeld übernommen, der den bevorstehenden Landtagswahlen und dem Wahlrechtskampf in Preußen die größte Bedeutung beimah und die Hauptaufgabe des Parteitages darin erblickte, in diesem Kampfe die rechten Wege zu weisen. Gegen die Vorschläge von Kurt Eisner und Eduard Bernstein nahm der Redner entschiedene Stellung und sprach sein Misstrauen gegenüber den Liberalen aus. Man werde bei den Wahlen eine ähnliche Taktik wie 1908 einschlagen müssen und könne sich darüber nicht täuschen, daß unter dem bestehenden Wahlrecht eine wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung des Landtages nicht zu erzielen sei. Die Hauptaufgabe sei, die Massen draußen zu gewinnen, aufzuklären und zu veranlassen, durch Massendemonstrationen den Wahlkampf zu unterstützen und zu einem Kampfe um das Wahlrecht zu machen. Zu den übrigen Punkten der Tagesordnung des Parteitages übergehend, hob der Redner die Wichtigkeit der Landarbeiterfrage in Preußen hervor und bemerkte zu Punkt 5, die Sozialpolitik im preussischen Landtage, daß es sich hier nur darum handeln könne, unsere sozialpolitischen Forderungen geltend zu machen, denn der Landtag sei der Feind jeder Sozialpolitik. Ein sehr wichtiger Punkt fehle leider auf der Tagesordnung des Parteitages, nämlich die preussische Jugendpflege, die eine sehr interessante und notwendige Bedeutung erfahren könnte. Bei dieser sogenannten Jugendpflege handelt es sich nur um die Bekämpfung der aufblühenden proletarischen Jugendbewegung und dagegen müßte der Parteitag seine Stimme erheben. — Mit den besten Wünschen für eine recht erfolgreiche Tätigkeit des Parteitages schloß der Referent seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion stellt Genosse Samuel den Antrag, die Organisation der Jugend auf die Tagesordnung des preussischen Parteitages zu stellen. Der Antrag des Genossen Samuel wird angenommen. — Die Wahl des Delegierten zum preussischen Parteitag fällt auf den Genossen Schwabedal, der nach einem kurzen Hinweis auf die großen Aufgaben des bevorstehenden Parteitages die Versammlung schließt.

Zweiter Wahlkreis.

Cichhorn referierte über das Thema: „Der Parteitag in Preußen“. Es handelte sich bei den kommenden Wahlen nicht darum, ob wir einige Vertreter mehr in den Landtag bekommen und ob die Wertsche, die wir hineingeschlagen, etwas breiter wird, sondern daß wir zu einem wichtigen Vorstoß ausziehen, der seine Wirkung auf die gesamte Reichspolitik überträgt. Unter diesem Gesichtswinkel gewinnt der preussische Parteitag eine ungewöhnliche Bedeutung. An der Tätigkeit der Landtagsfraktion selbst habe er, Redner, keinerlei Kritik zu üben. Ihre Stellung sei eine sehr schwere und aufreibende, wie kaum in einem anderen Parlament, wenn man bedenke, daß 6 gegen 443 stehen. Man müsse zum Lobe unserer Fraktion sagen, daß sie es immer verstanden hat, sich Geltung zu verschaffen und unsere Prinzipien zum Ausdruck zu bringen. Auch der preussische Parteitag werde ihr seine Anerkennung nicht versagen. Redner bespricht des weiteren die Tagesordnung des Parteitages, aus der besonders die Punkte: preussische Sozialpolitik und die Landarbeiterfrage hervorgehoben werden müssen. Zwar sei die Sozialpolitik Reichsangelegenheit, aber ihre Handhabung unterliegt den einzelnen Bundesstaaten. Ein Gesetz kann noch so gut sein, wenn es in die Hände einer schlechten Verwaltung komme, könne es zu jedweder Schikanierung benutzt werden. Und in Preußen haben wir Kreise, die alles tun, um die Sozialpolitik illusorisch zu machen. Wenn es gelte, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, siehe die Sozialdemokratie allein. Das sei auch der Fall in der Landarbeiterfrage, deren jammervolle Lage und rechtlose Stellung als Staatsbürger der Redner in wirksamer Weise zeichnet.

Nun zu den Landtagswahlen. Die Regierung will dem alten Landtag keine neue Wahlrechtsvorlage mehr unterbreiten. Weismann Döllmege verleihe somit noch eine kurze Gnadenfrist. Die Frage laute nun: Wie werden wir uns taktisch stellen bei dem Wahlkampfe. Für die Vorschläge Eisners und Bernsteins sei er, Redner, nicht zu haben und sie würden auch sonst wohl kaum viele Anhänger finden. Fortschrittler und Nationalliberale seien nicht besser wie die andern. Diese Taktik hätten wir abzulehnen.

Kleines Feuilleton.

Wie in Berlin Theater gegründet werden. Zwischen Gutztag und Totenmontag ist die Reichshauptstadt mit einem neuen Theater beglückt worden, dem Theater „Groß-Berlin“. Bei der Entwicklung, die das Berliner Theaterfinanzwesen in letzter Zeit genommen hat — der Zusammenbruch des Komödienhauses ist noch in aller frischer Erinnerung — ist es nicht ohne Interesse, zu sehen, wie in Berlin neue Theaterunternehmungen zustande kommen. In der demnächst erscheinenden Nummer der „Schaubühne“ macht der Berliner Theatersachmann Max Epstein vielsagende Mitteilungen. Wer sind die Mäcene, die hier ein reichshauptstädtisches Theater gründen? Die Konstituierung der Gesellschaft, die das Theater führt, erfolgt im Hause eines bekannten inzwischen verstorbenen Berliner Rechtsanwaltes; und als die Gründungsakte unterzeichnet ist, gehört ein Drittel des Unternehmens bereits Brauereritz besitzern. Es war beschlossen, ein Kapital von 700 000 M. zu zeichnen, wovon 600 000 M. bar bezahlt werden sollten. Hier von übernehmen die Schloßbrauerei 60 000, die Spatenbrauerei in München 40 000 und die Aktiengesellschaft für Biervertrieb ebenfalls 40 000 M. Und zu diesen drei Gesellschaften tritt als vierter der Besitzer des Warenhauses Rieg, der gleich 75 000 M. zeichnete und dafür das Privileg hat, für dieses Theater am Vormittage Bilders zu verkaufen zu können. Als fünfter Teilhaber zeichnet die Schokoladenfirma Sarotti 10 000 M., so daß etwa ein Drittel des gesamten Kapitals ausschließlich von Lieferanten aufgebracht ist. Weiter übernimmt die Ausstellungs-Gesellschaft, die das Theaterlokal gehört, 60 000 M., und ein Privatmann, der dieser Gesellschaft anscheinend nachsteht, 25 000 M. Der künftige Direktor des Unternehmens verpflichtet sich auf 60 000 M. und zählt wie auch alle anderen ein Viertel sofort bar ein. Dann aber kommt der Gründer des ganzen Unternehmens, der Vermittler zwischen dem Direktor und dem Theaterbesitzer, der Urheber des Planes, Er übernimmt nominell 340 000 M. Aber nur nominell, in Wirklichkeit bringt er geleistete Vorarbeit ein, er hat den Mietvertrag mit den Ausstellungslokalen und den Engagementsvertrag mit dem Direktor geschlossen. Und für diese Leistungen werden ihm 200 000 M. in Anteilen vergütet, in der Tat ein Betrag, der in Anbetracht der Leistungen und des getragenen Risikos, wie Epstein bemerkt, „rechtlich hoch bemessen“ erscheint. Der Mietvertrag und der Anstellungsvertrag sind nämlich vom selben Tage datiert, wie die Gründung selbst, so daß der betreffende Herr kein klein dauerndes Risiko übernommen zu haben scheint.

Die praktische Folge dieser Art von Berliner Theatergründung ist natürlich, daß sich der Direktor in leicht zu erdrückender Pindereit befindet und in praktischen Dingen innerlich hilflos werden

(Sehr richtig!) Die Partei sei noch immer am besten gefahren, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen habe. (Sehr richtig!) Unsere Erfolge verdanken wir auch nicht der Zahl der Vertreter im Parlament, sondern dem machtvollen Drängen von unten herauf. Wenn eine bessere Wahlrechtsvorlage mal käme, dann nur, weil man dem ungeheuren Drängen des Volkes nicht mehr widerstehen konnte. Die Hauptsache sei, daß wir eine gewaltige Stimmenzahl aufbringen, damit wir das schreiende Unrecht vor aller Welt zeigen können. Wie nun der Wahlkampf weiter zu führen ist, darüber werde der Parteitag verhandeln. Wie die Wege gingen, dies werden wir nicht vor aller Augen ausbreiten. Nur das eine könne man mit Bestimmtheit aussprechen: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Zeigen aber wollen wir, daß wir einig sind im Willen und Handeln, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. (Starker Beifall.)

Eine Diskussion folgte nicht. Der Vorsitzende verliest nunmehr einen Antrag, der von Fröh begründet wird unter Bezugnahme auf die Verhältnisse im 2. Kreis bei den Landtagswahlen. Der Antrag lautet: „Der preussische Parteitag wolle beschließen: „Bei Nachwahlen zum preussischen Landtag in solchen Wahlkreisen, wo keine Aussicht auf Erfolg besteht, ist den Wahlkreisen in Verbindung mit dem Bezirksvorstand in bezug auf Beteiligung oder Nichtbeteiligung freie Hand zu lassen.“

Redner vertritt die Ansicht, daß dieser Antrag gegen keinen Parteitagebeschluss verstoße, da ein solcher nicht bestehe. Dittmer wendet sich dagegen. Man möge bedenken, zu welchen Konsequenzen das führen könne. Wir hätten bei den Nachwahlen dieselbe Arbeit zu leisten, wie bei den Hauptwahlen. Das agitatorische Moment müsse ebenfalls berücksichtigt werden. Nachwahlen seien im Prinzip dasselbe wie Hauptwahlen.

Cichhorn äußert sich dahin: Daß der Antrag so wenig Sympathie gefunden habe, liege wohl an der nicht ganz glücklichen Begründung durch Fröh. Wir haben uns eben an allen Wahlen zu beteiligen, mag die Situation sein wie sie wolle. Darum ist der Antrag jedoch nicht überflüssig. Es handle sich nur um Ausnahmen. Keine Regel ohne Ausnahmen. Er schlage aber vor, in den Antrag einzuschalten: „in Verbindung mit dem Bezirksvorstand.“ Claus wendet sich gegen Dittmer und tritt für den Antrag ein. Man möge ihn doch wenigstens vor den Parteitag bringen, was der mit mache, sei dessen Sache. Der Antrag wird hierauf mit dem Amendement Cichhorn angenommen. Als Delegierte zum Parteitag werden gewählt: Schröder, Berner, Fröh, Eisner, J. Meyer, Frau Wurm, Dittmer und Veit.

Eine längere Debatte löste noch eine vom Vorstande ausgearbeitete Vorlage aus, die die Diäten und Mantelgeldfrage neu regelt.

Dittmer stellt den Antrag, die Vorlage an Groß-Berlin zu verweisen, damit die Sache einheitlich für alle Kreise geregelt werden könnten. Der Antrag wird abgelehnt.

Angenommen wird die Entschädigung der Funktionäre für Sitzungen, desgleichen das Mantelgeld für Bezirksführer und Abteilungsleiter.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des dritten Wahlkreises tagte in den „Arminhallen“. Genosse Dr. Karl Liebknecht hatte das Referat. Nach Hinweis auf die Kritik, die die kleine Fraktion im Abgeordnetenhaus an der preussischen Politik habe fallen müssen, betonte der Redner, daß das wichtigste, was in den letzten Jahren das Dreiklassenparlament beschäftigt habe, die Verhandlung über die Wahlrechtsvorlage gewesen sei, jenes Monstrum, das einen Schlag ins Gesicht der entrechteten preussischen Wähler bedeutete. Noch weiter verhandelt und dann verjährt: das sei ihr Schicksal gewesen. Die Fraktion im Landtag habe, soweit es möglich gewesen sei, den Kampf um ein besseres Wahlrecht weiter geführt. Den Hauptwert habe ihr Streben aber erst erlangt durch die Wirksamkeit unserer Parteigenossen außerhalb des Parlamentes. Die Möglichkeit, einen großen Kampf im großen Umfange zu führen, sei in der Zwischenzeit nicht gegeben gewesen. Die Wahlrechtsfrage aber lebe, so wahr die Sozialdemokratie lebe. Und sie sei um so dringender geworden, je stärker die Partei geworden sei. Der Wahlkampf, den wir den Winter und das Frühjahr durchzuführen haben werden und zu dem insbesondere vom preussischen Parteitag ein starker Impuls ausgehen werde, dieser Wahlkampf werde ein Wahrechtskampf im ausgeprägtesten Sinne sein. Das „Berliner Tageblatt“ spreche heute von dem Schwäbischen Denkzettel und empfehle den Großblod. Aber in Preußen einen Großblod mit den Nationalliberalen — diese Frage aufzuwerfen, heiße den ganzen grotesken Charakter dieses Gedankens zeigen. (Zustimmung.) Und die freisinnige Partei in Preußen? Man denke an Neuf, Neutönn und Kiel und die Wahlrechtsverschlechterungen. Das sei die Praxis der Fort-

schrifter. Also nicht über den Weg trauen. Aber immerhin sei unter Blinden der Einäugige König. Auch seien die Fortschrittler immerhin das kleinere Uebel und sie hätten auch ein wirkliches Interesse an einer Änderung. So sehr wir auch bezüglich ihrer im Zweifel seien, so könne man doch in gewissem Umfange mit ihnen zusammen arbeiten, zumal sie auf der Schwelbent sätzer und zurzeit gezwungen seien, eine etwas schärfere Politik zu treiben. Nun habe Kurt Eisner empfohlen, von ihnen nichts zu verlangen, aber ihnen selbstlos Hilfe zu leisten, damit möglichst viel Nationalliberale und Liberale in den Landtag hineinkämen, die wir als Stürmbock benutzen sollten. Ach — diese Stürmbock seien ja wüstert! (Heiterkeit.) Redner sei im Gegensatz zu Eisner der Ansicht, daß wir allerdings über den Kampf für eigene Mandate hinaus natürlich auch unseren Einfluß ausbreiten sollten für eine andere Zusammensetzung des Landtags, daß wir aber eine Politik der Gegenleistung treiben sollten. Der Fortschritt sei zu nötigen, für unsere Hilfe Gegenhilfe zu bieten. Und wenn er sich auf seine bisher üblichen Wahlmänner nicht verlassen könne, dann solle er eben solche aufstellen, die sich nicht fürchten, auch einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Gabe um Gabe: so solle es gehalten sein. Redner behandelte noch die anderen Aufgaben des preussischen Parteitages und sprach die Zuerst aus, daß er neue Kräfte gegen die preussische Reaktion und in die Hand geben werde. Sein Vortrag fand großen Beifall.

Als Delegierte zum preussischen Parteitag wurden die Genossen Adolf Harndt und Gustav Müller gewählt, als Erfahmann Genosse Koop.

Die Versammlung nahm einen Antrag an, der Generalversammlung für Groß-Berlin den Antrag zu unterbreiten, daß den Delegierten zur Groß-Berliner Generalversammlung eine Entschädigung von je einer Mark zu zahlen sei.

Vierter Kreis.

Die gutbesuchte Versammlung des vierten Kreises tagte im großen Saal von Keller, Kopenstraße. In seinem einstündigen Referat beleuchtete Genosse Dirsch die Aufgaben, welche der kommende preussische Parteitag zu lösen hat. Nach dem Organisationsstatut hätte der Parteitag schon im Januar 1912 stattfinden müssen, aber die um diese Zeit fallenden Reichstagswahlen veranlaßten die Verlegung um ein Jahr und bildet nunmehr der Parteitag den Auftakt zu den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Stand der letzte preussische Parteitag unter der Frage der Wahlrechtsvorlage, so sind wir jetzt über diese Frage hinaus und führen wir nunmehr den Kampf um die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. — Neben dem Geschäftsbericht des Landesauschusses steht noch als wichtiger Punkt die Frage der Taktik bei den bevorstehenden Wahlen auf der Tagesordnung. Bei der Beratung des Geschäftsberichts wäre die Frage aufzuwerfen, ob wir auf die Dauer mit der jetzigen Organisation des Landesauschusses auskommen werden. Auf dem letzten Preuentag wurde diese Frage schon ventiliert, jedoch von einer Änderung vorläufig Abstand genommen. Beim Bericht der Landtagsfraktion können Vorwürfe erhoben werden, daß nicht alle Wünsche und Hoffnungen in Erfüllung gegangen seien; aber mehr zu leisten, als geschehen, war die kleine Fraktion eben nicht imstande. Redner bespricht die einzelnen Vorlagen, welche das Abgeordnetenhaus demnächst beschäftigen werden. Auf dem Parteitag wird auch die Landarbeiterfrage eingehend erörtert werden müssen. Besten doch diese Vermissten noch nicht einmal das Recht, sich zu koalieren; auch müssen wir Mittel und Wege suchen, diese Bevölkerungsfraktion für uns zu gewinnen.

Zum Schluß seiner Ausführungen erörtert Genosse Dirsch die Frage der Taktik und unsere Stellungnahme den Freisinnigen gegenüber. Sind doch schon Ansichten aufgetaucht, daß da, wo wir keine Aussicht haben, aus eigener Kraft etwas zu erreichen, wir gleich für die Freisinnigen und Nationalliberalen stimmen sollen. Der Vorsitzende dieser Anregung verweist auf den agitatorischen Wert unserer Wahlkämpfe. Redner bezeichnet es als reinen Selbstmord, wenn wir die Möglichkeit aufgeben, bei Wahlkämpfen an die Massen heranzukommen. Scharf wendet er sich gegen den Vorschlag, auch die Nationalliberalen zu unterstützen. Letztere seien nicht nur Gegner des Reichstagswahlrechts, sondern haben bei den letzten Beratungen der Wahlrechtsvorlage für ein fünfklassiges Wahlrecht votiert. Weiter haben die Nationalliberalen die Aufhebung der Drittelung in den Unwahlbezirken beantragt. Wenn diese Anträge angenommen wären, hätten wir in Berlin keinen einzigen Sozialdemokraten durchgebracht. (Hört! hört!) Redner betont, wir dürfen nicht einmal in der Stichwahl für diese Anhänger des Mehrstimmensrechts eintreten.

Wie liegen denn nun die Dinge bei den Freisinnigen? Die Freisinnigen stimmen für den Spießhahnen, für höhere Belastung der Arbeiter durch Anziehen der Steuerfahne, für die 3/4 Milli-

aus ihrer Körperhöhe ziehen und mit der Peute wieder hinein verpacken, ist jedenfalls auch für die meisten etwas Neues und Wissenswertes.

Eine lange sentimentale Liebesgeschichte dagegen, die nie Koffer bei der Herstellung gemacht hat, zeigte nur zu deutlich, was der Film nicht kann: das Drama erzeugen. Der dramatische Film ist eine Mißgeburt, die plump und wertlos ist, weil sie der höchsten und tiefsten Ausdrucksmöglichkeit der Sprache entbehren muß.

Daß der Film freilich nicht auf die Dauer dazu verurteilt ist, nur die Welt der Augen wiederzuspiegeln, bewies das Ereignis dieser Vorführung — der sprechende Film. Was das Kino für das Auge, das leistet ja das Grammophon für das Ohr. Aber diese beiden Eindrücke sich so abspielen zu lassen, daß sie in gleichem Rhythmus (Synchron) sich abspielen, das war die Schwierigkeit. Der von der Firma Gaumont gestellte Apparat führte nun in verblüffender Weise beides zugleich vor: Ton und Bewegung. Man sah und hörte zugleich den kräftigen Hahn, eine Drehschnecke im Umlauf — deutlich und erst und gleichzeitig. Die menschliche Stimme, die etwa bei einem Telefongespräch belauscht war, klang nun wenig verändert.

Der Fortschritt, der ja längst angebahnt war, ist geeignet, dem Lichtspieltheater neue Gebiete zu erschließen. Hoffentlich befreit es uns dafür von dem vielen Krassen und Unkunstfertigen, das heute noch vielfach überwiegt.

Notizen.

— Das Theater in der Königgräber Straße ist erfreulicherweise genötigt, die Aufführung der Schwäne und Lustspiele gelegentlich zu unterbrechen, um Frau Friesch in ihrem Repertoire zu zeigen. Die vollendete Verkörperung der Hedda Gabler durch die Künstlerin ist vom Lustspieltheater her in Erinnerung; ihr hier wieder zu begegnen, ist ein Erlebnis, für das man dankbar ist. (Obwohl es nordisch-rassistere, mehr lapidäre und generalistischerartige Besetzungen gibt.) Die Mitspieler bieten sich auf sehr erfreulicher Höhe; ganz vortrefflich war Otto Weßhär, der den Lesmann nicht als Karikatur, sondern als glaubwürdigen Gelehrten darstellte. Hariusus Löwberg schloß der Stich ins Geniale, ohne den er zur reinen Vohemigkeit herabfiel.

— Vorträge. Im Auftrage der Humboldt-Akademie spricht am Sonnabend im Dorosteenstädtischen Realschulsaal, Georgenstraße 80/81, Dr. Aug. Cichhorn über „Telephonie ohne Draht bei den „Wälden“. Der Eintritt ist frei.

— Theaterchronik. Im Theater am Rollendorfsplatz finden an den nächsten beiden Sonntagsnachmittagen Schauspielvorstellungen zu kleinen Preisen statt, und zwar: „Jugend“ (am 8.), „Der Hättenbesitzer“ (am 15.).

offen Zulage an den König von Preußen usw. Auch für die Erziehung des freien Wahlrechts haben die Freisinnigen sehr wenig getan; erst durch Eintritt der Sozialdemokraten in den Landtag sind sie auch hier vorwärtsgehoben worden. Es sei ferner daran erinnert, daß gerade die Freisinnigen die Antragsteller waren, als feinerzeit die vier Berliner Mandate fassiert wurden. Und wie haben sich denn die Freisinnigen bisher verhalten; als wir im Jahre 1903 ihnen das Anerbieten machten, in den Wahlkreisen, wo mehrere Abgeordnete zu wählen waren, und zu unterstützen, so daß ein Freisinniger und ein Sozialdemokrat gewählt worden wäre, lehnten sie dieses Anerbieten rundweg ab und wurden dadurch zwei Konservernate gewählt. Ebenso lagen die Dinge 1908. Aus diesen Gründen ergibt sich für uns ganz von selbst der Zwang, keine falschen Freunde zu unterstützen, sondern überall, wo angängig, eigene Wahlmänner aufzustellen, unsere Anhänger zu zählen und mit aller Schärfe und Energie den Kampf zur Eroberung des gleichen Wahlrechts in Preußen weiterzuführen. (Rebhoffer Beifall.)

In der nunmehr einsetzenden Diskussion spricht als erster Redner Genosse Glaz zu dem Antrage, „Die Polenfrage“ mit auf die Tagesordnung zu setzen. Redner bezeichnet es als die heiligste Pflicht der Partei, die vier Millionen Polen, welche doch in Preußen wohnen, für die Ideen der Sozialdemokratie zu gewinnen. Des weiteren bringt Redner einen Antrag ein, welcher besagt, daß die jeweiligen Sprecher unserer Fraktion zur Polenfrage vorher eine Studienfahrt durch die Ostmarken unternehmen sollten, um hier an Ort und Stelle Land und Leute kennen zu lernen, auch verpflichtet sich Redner einen großen agitatorischen Erfolg durch dergleichen Reisen unserer Abgeordneten. Zum Schluß bekräftigt er die Aufstellung eines Abgeordneten polnischer Nationalität, um unserer Fraktion einen Sachverständigen in diesen Fragen beizugeben.

Genosse Wittauer begründet den Antrag: „Doppellandtaguren zum Landtag und Reichstag sind nicht zulässig.“ Dieser Antrag ist durchaus nicht neu. Schon der letzte Parteitag habe in diesem Sinne entschieden. Um nun die Arbeitskraft unserer Genossen im Landtage völlig für diese Arbeiten freizubekommen, ist es notwendig, diesen Antrag zu erneuern. Neben dem Genossen Liebknecht kandidieren noch die Genossen Hoffmann und Leinert zum Reichstage. An befähigten Genossen haben wir durchaus keinen Mangel.

Genosse Relle spricht seine Verwunderung aus über die heute vom Genossen Hirsch geäußerten Ansichten bezüglich des Zusammengehens mit den Freisinnigen. In vorher veröffentlichten Artikeln habe gerade Genosse Hirsch zu einem Kompromiß mit den Freisinnigen geraten, und nun vergleiche man damit die heute geäußerten Ansichten. Redner verliest einige Stellen aus den Artikeln des Genossen Hirsch. Genosse Relle lehnt jedes Zusammengehen mit den Freisinnigen rundweg ab, warnt vor einem faulen Kompromiß und empfiehlt zum Schluß, überall mit eigenen Wahlmännern vorzugehen.

Genosse Barling beantragt: „Der preussische Parteitag wolle veranlassen, daß der vom Parteivorstand den einzelnen Bezirken- und Landesvorständen zur Durchführung überwiesene Antrag 12 von Berlin 4 (Landtagation betreffend) in Preußen schleunigst durchgeführt wird, um eventuell schon zu den bevorstehenden Landtagswahlen danach arbeiten zu können.“

Genosse Hirsch erklärt gegenüber den Ausführungen des Genossen Relle, daß die zitierten Artikel polemischer Natur waren. Wohl hat Genosse Relle recht, wenn er sagt, er finde einen Widerspruch zwischen den Artikeln und meinen heutigen Ausführungen, aber die Artikel waren geschrieben, lediglich um den Freisinn zu hören. Dieser habe aber geschwiegen und aus diesem Grunde kann Redner jetzt einem Wahlbündnis mit den Freisinnigen nicht mehr das Wort reden. Zu dem Antrag Glaz wäre zu bemerken, daß schon jetzt, wenn erforderlich, Studien gesammelt werden. Wer aber die Ostmarken bereisen will, der müßte doch mindestens die Landessprache beherrschen, sonst wäre doch das ganze Unternehmen zwecklos.

Nachdem Genosse Glaz den Ausführungen des Vorredners widersprochen, gibt Genosse Vorwardt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Art und Weise, wie der Genosse Glaz seine Ansichten und Ansichten vertritt, wohl viel dazu beiträgt, daß diese durchaus ernstlichen und wichtigen Fragen der Polenagitation nicht immer die Erfolge zeitigen, die sie wohl beanspruchen könnten. Zur Frage der Studienreisen möchte er von diesem Experiment dringend abraten. Wenn Genosse Glaz glaubt, in acht Tagen könne man Land und Leute kennen lernen, dann irrt er sich sehr. Rechen Sie diesen Antrag ab, da er absolut keinen Nutzen hat.

In der Abstimmung werden folgende Anträge angenommen: Die Polenfrage auf die Tagesordnung zu setzen; die Doppellandtagaturen sind unzulässig und der Antrag betreffend „Landtagation“.

Als Delegierte werden vorgeschlagen: S. Barentzin, E. Böhm, Agnes Fahrenwald, S. Förster, B. Lange, O. Langnitsche, J. Rebeber, R. Rix, S. Parizot, Dr. Plehner, S. Pochsch, E. Schenk, R. Scholz, G. Stoboy, S. Werner und R. Wüde.

Die Urwahlen finden am 15. Dezember statt. Zur Landtagswahl wird eine siebenköpfige Zentralwahlkommission gewählt.

Nach Erledigung einer unwichtigen Angelegenheit teilt der Vorsitzende Hoffmann mit, daß die Generalversammlung durch 1218 Delegierte und sonstige Berechtigte besucht war.

Fünfter Wahlkreis.

Nachdem die Generalversammlung das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gelehrt hatte, hielt Genosse Stager seinen Vortrag über das Thema: „Rufussische“.

Obwohl heute in Preußen Handel und Industrie zu großer Bedeutung gelangt seien, dominiere in der Politik, Gesetzgebung und Verwaltung das Junkertum. Seit Jahrhunderten habe dieses die Macht in Händen und zu seinem Vorteil ausgenutzt; es sei daher nicht zu erwarten, daß es nun freiwillig auf seine Machtstellung verzichte. Doch wenn sich die Feudalen auch noch so sehr festgesetzt haben, müsse das erst recht ein Ansporn für die Arbeiterklasse sein, alles aufzubieten, die Junker zu verdrängen. Das ist in den letzten Jahren versucht worden, seien die Erfolge aber noch gering, dann ist daran die preussische Bourgeoisie mit schuld. Das Bürgertum in Preußen macht das Vorwärtsdrängen des Proletariats eben nicht mit, aus Angst vor letzterem selbst.

In längeren Ausführungen zeigte Redner, wie es die Junker seit jeher und bis heute verstanden haben, sich um die Lasten für den Staat zu drücken, jede freibeiwillige Entwidlung aufzuhalten, dafür aber alle Vorteile zu genießen. Die Weltanschauung der Junker gipfeln darin, daß sie die einzige Aufgabe des Staates darin erblickten, ihren alleinigen Interessen zu dienen. Die Macht des Junkertums wurzeln in dessen dominierender Vorkerrschaft in der preussischen Verwaltung, hier habe es seine Organisation; von den Reis- und Provinzialanlagungen aus werde es bestimmend auf die Politik nicht nur des Landes, sondern auch auf die Reichspolitik. Minder unserer Parteigenossen zweifeln noch daran, daß die Macht der Arbeiterklasse nur in der Organisation zu suchen sei. Aber diese Zweifler sollten sich einmal fragen, woher das Junkertum seine Macht habe, und sie werden dann sehen, daß es auch hier die Organisation ist. Wenn wir auch auf unsere Organisationen stolz sein können, uns in dieser Hinsicht mit dem preussischen Junkertum zu messen, seien wir doch nicht in der Lage. Oftmals hört man von Arbeitern kleinmütige Behauptungen, jaghaft stehen sie vor ihren Aufgaben und Forderungen, aber auch da sollten wir uns die Junker mit ihrem Drängen und Draufgehen zum Vorbild nehmen. Wir dürfen uns keineswegs über die Macht unserer Gegner täuschen, wenn wir diese überwinden wollen. Unser Kampf ist erst jüngeren Datums, hat aber doch schon Erfolge aufzuweisen. So sei nur erinnert, welche Schwierigkeiten vor gar nicht zu langer Zeit unseren Demonstrationen bereitet worden sind, und heute machen wir von denselben trotz des Gedränges der reaktionären Presse in vollem Umfange Gebrauch. Die Arbeiter Preußens haben sich eben das Recht der öffentlichen Demonstration erobert, sie verankern

bied ihrem unablässigen Vorwärtsdrängen. Mit der Frage, wie wir und mit welchen Mitteln wir unsere Rechtsgleichheit, insbesondere die Befreiung des Dreiklassenwahlrechts erobern können, wird sich der kommende preussische Parteitag ganz besonders zu beschäftigen haben. Der Wille, die Macht der Junker zu brechen, ist im Proletariat stark und lebendig; es rückt die Zeit heran, daß die Arbeiterklasse die Schmach der Ungerechtigkeit allgemein empfindet. Wir müssen trachten, unsere Macht umzusetzen in der Richtung: für ein freies Preußen freie Wahl! (Rebhoffer Beifall.)

Eine Diskussion erfolgte weder hierzu noch zum nächsten Punkt der Tagesordnung: der Stellungnahme zum preussischen Parteitag. Inzwischen ist das Resultat der Delegiertenwahl zum preussischen Parteitag festgestellt. Gewählt sind die Genossen Rosenmann und Gregor Wolff. Die auch seitens der Genossinnen ziemlich gut besuchte Generalversammlung erreichte schon kurz nach 10 Uhr ihr Ende.

Sechster Wahlkreis.

Der Wahlverein des 6. Kreises hielt seine Generalversammlung in den Germania-Prachtzälen, Chausseestraße 110, ab. Es waren anwesend 681 Delegierte, 105 fehlten. Der Vorsitzende, Genosse Henschel, leitete die Versammlung mit einer Uebersicht über die wichtigsten politischen Vorgänge seit Januar 1910 ein. Die uns noch bevorstehenden harten Kämpfe, so schloß er, werden wir unbedächtig um die Drohungen der Scharmacher mit aller Energie führen und erfolgreich sein, wenn die Klasse der Arbeiterschaft hinter uns steht.

Die Generalversammlung nahm dann ohne Debatte folgenden, an den preussischen Parteitag zu stellenden Antrag an:

Den § 5 Abs. a des Statuts der Landesorganisation Preußens gemäß dem § 7 Ziffer 1 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie folgt zu ändern: Zur Teilnahme an dem Parteitag sind berechtigt:

a) Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf, und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Deutschen Parteivorstand auf Grund der abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Es entspann sich hierauf eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, in der gewünscht wird, daß die gesamten Vorschläge der Generalversammlung unterbreitet werden sollen. Die Genossen Henschel und Stäffler erklärten, daß der Vorstand bereit ist, der nächsten ordentlichen Generalversammlung dahingehende Vorschläge zu machen. Auf Antrag Rückert erklärt sich die Versammlung damit einverstanden.

Als Delegierte werden gewählt die Genossen Henschel, Joseph, Laufant, Obst, Paersch und die Genossin Lohje.

Nachdem die Generalversammlung ihre Zustimmung zur Einleitung des Ausschlussverfahrens gegen den Genossen Waldheim gegeben hat, erhält das Wort zu seinem Vortrage der Genosse Ströbel. Er behandelt in 14stündiger Rede die letzten Vorgänge innerhalb des preussischen Dreiklassenparlamentes und kritisiert in eindringlicher Weise das Verhalten der Regierung. Speziell der preussische Eisenbahnminister trägt die Schuld, daß infolge Wagenmangels eine umfangreiche Verlehrsstörung im westdeutschen Kohlenrevier eingetreten ist, wodurch für die Bergarbeiter ein Lohnausfall von 12 Millionen Mark entstanden ist, der sich durch das herannahende Weihnachtsfest um so härter fühlbar macht. Nachdem Genosse Ströbel noch eingehend die Arbeiten der Steuerkommission des Landtages sowie die reaktionäre Haltung des Zentrums in Steuerfragen erörtert hat, bespricht er unsere Forderung eines Vergesetzes zum Schutze der Arbeiter gegen Grunderbschaftssteuer. Die Debatte über die Fleischnot und die Ausführungen des Ministers von Schorlemer sowie die Anwendung des Hausrechtparagrafen geben ihm Anlaß zu längeren Ausführungen. Zum Schluß ermahnt Redner, den kommenden Wahlkampf mit aller Energie zu führen und alles daranzusetzen, damit im neuen Landtag eine bedeutend verstärkte sozialdemokratische Fraktion den Kampf um eine für die Arbeiterschaft mehrbringende Wahlreform erfolgreich durchführen kann.

Dem Referenten wurde starker Beifall gesendet. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Soziales.

Gegen die „Deutsche Tageszeitung“

Wie eine Klage gerichtet, die gestern vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts zur Verhandlung kam. Der Arbeiter B. forderte durch Klage den Betrag von 20 M. für Arbeiten, die nicht zu seinen Obliegenheiten gehörten. Kläger war nebst seiner Ehefrau durch Vertrag als Portier für die „Deutsche Tageszeitung“ engagiert.

Wie er in der gestrigen Verhandlung angab, hatte er im Februar die Stelle gefunden, weil ihm die Anstrengungen zu groß und der Lohn zu niedrig gewesen wären. Er habe sich jedoch überreden lassen und sei wieder geblieben, nachdem ihm der Monatslohn um 30 M. auf 135 M. erhöht wurde. Der Vertreter der Beklagten, Herr Winkler, behauptete, daß der Kläger sich durch Vertrag verpflichtet habe, sämtliche Betriebsräume der „Deutschen Tageszeitung“ auf dem Grundstück Deffauer Straße 67 zu reinigen und zu heizen. Die 30 M. Zulage sollte der Kläger nur für die Monate erhalten, in denen geheizt werden mußte. Der Kläger erwiderte, daß am 1. April vier neue Räume hinzugekommen seien, wodurch ihm eine ganz erhebliche Mehrarbeit entstanden sei. Die Arbeit sei die reine Schinderei gewesen, oft habe er täglich 18 Stunden arbeiten müssen. Für das Heizen und Reinigen der neu hinzugekommenen Räume fordere er für die Monate April und Mai je 10 M. Der Vertrag könne nur maßgebend sein für die Räume, die beim Abschluß desselben vorhanden waren.

Das Gericht erkannte den Klageanspruch als berechtigt an und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten 30 M. In der Begründung des Urteils wurde angeführt, daß dem Kläger durch die unrichtig neu hinzugekommenen Räume eine erhebliche Mehrarbeit entstanden sei. Es könne nicht verlangt werden, daß der Arbeiter eine große Mehrarbeit, die er bei Abschluß des Vertrages nicht übersehen konnte, ohne Entschädigung übernehme.

Bei der Klarheit der Rechtslage konnte ein Verlaß es wohl nur dann auf einen Prozeß ankommen lassen, wenn er annahm, nach deutschem Recht könne man mit Erfolg wie Schloß auf seinem Schein selbst dann bestehen, wenn dadurch offensichtlich gegen Treu und Glauben verstoßen würde.

Hofrat und Hauspasha.

Das Hauspashaat hat in München zwar schon viele eigenartige Blüten gezeitigt, aber den Gipfel erreicht doch ein hiesiger — Hofrat, ein Herr Dr. Mayer in der Giselstraße zu Schwabing. Dieser, mehrfacher Hausbesitzer, kündigte einem seiner Mieter zum 1. April 1913 die Wohnung unter Hinweis auf die „persönlichen Verhältnisse“, die in letzter Zeit bei ihm, dem Mieter, eingetreten seien.

„Sie sind“ — so schreibt im Auftrage des Herrn Hofrates dessen Rechtsanwalt an den Mieter — „als Armenpflegschaftsrat und Baifenrat tätig und haben Sie für den Verkehr mit dem oft nicht einwandfreien Publikum ein förmliches Bureau errichtet. So anerkennenswert es auch ist, daß Sie sich dieser mühevollen Arbeit unterzogen haben, aber die Inwohner des Hauses

und meine Partei selbst nehmen Anstand an dem dadurch herbeigeführten unhaltbaren Zustand im Hause. Sollten weitere Unannehmlichkeiten aus diesem Umstande entstehen, so muß sich meine Partei das außerordentliche Kündigungsrecht schon vor dem 1. April 1913 vorbehalten.“

In München wird man künftig, bevor man ein städtisches Ehrenamt annimmt, erst von seinem Herrn Hauswirt dessen allerhöchste Genehmigung erbitten müssen, sonst kann es einem passieren, daß man wegen Ausübung werktätiger Nächstenliebe mit nichts die nichts aus seiner Wohnung auf die Straße gesetzt wird.

Gerichts-Zeitung.

45 Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafen

hat der 57jährige Schuhmacher Hermann Quardorf hinter sich, der aus der Untersuchungsstadt der 5. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde, um sich wegen Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. — Der Angeklagte hat sich, trotzdem er schon 57 Jahre alt ist, nur 12 Jahre seines Lebens der goldenen Freiheit erfreuen können. Seine erste Strafe wegen Diebstahls in Höhe von vier Wochen Gefängnis erhielt er im Jahre 1863 als achtjähriger Junge, da damals noch das alte Landrecht in Kraft war, welches die Strafmündigkeitsgrenze von 12 Jahren noch nicht konnte. Bald darauf wurde er wegen anderer Diebstähle, die er als Anführer einer jugendlichen Diebesbande begangen hatte, zum zweiten Male mit einer härteren Strafe bedacht. Von nun an reichte sich Strafe an Strafe. Kaum aus der Strafanstalt entlassen, verübte er eine räuberische Erpressung, die ihn zum erstenmal, und zwar gleich auf 6 Jahre, ins Zuchthaus brachte. Nach Verbüßung dieser Strafe organisierte er eine Einbrecher- und Räuberbande, mit der er so schwere Verbrechen beging, daß er zu der höchsten gesetzlich zulässigen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Sobald er eine Strafe verbüßt hatte, beging er sofort neue Straftaten, so daß er tatsächlich immer nur einige Tage auf freiem Fuße war. Am Abend des 10. Oktober d. J. drang er in den Lagerkeller des Produzentenhändlers Brisenid in Pankow ein und raffte hier Kleidungsstücke und andere Sachen zusammen und stopfte damit einen großen Sack voll. Als er mit dem Sack nicht durch die Haustür hindurch kam, wurde ihm von dem Bestohlenen selbst, der noch keine Ahnung von dem bei ihm verübten Diebstahl hatte, der Türflügel geöffnet. Gleich darauf bemerkte er jedoch den Diebstahl, er lief schleunigst hinter dem Diebe her und erwischte ihn auch noch einige Straßenzüge weiter.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß diese Straftat das „letzte Ding sei, das er gedreht habe“, er wolle lieber ins Zuchthaus. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus. Das Gericht billigte dem „Zuchthausveteran“ noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

Der Lebens- und Lebensgang des Verurteilten zeigt die Widerständigkeit unserer Gesellschaftsordnung und die völlige Untauglichkeit unseres Strafsystems. Ein achtjähriges Kind kommt ins Gefängnis — heißt das nicht: ihn zum Verbrecher zu erziehen? Der weitere Lebensgang des Verurteilten bejaht diese Frage. Wieviel Tausende jugendlicher werden noch heute infolge der Verfehrtheit, Jugendliche zu strafen oder sie dem System unserer Fürsorgeerziehung zu überantworten, zu Verbrechen geradezu genötigt!

Die Zigeunerplünderung auf dem Wedding.

welche schon mehrfach die Strafgerichte beschäftigt hatte, beschäftigte wieder einmal den Strafrichter. Wegen Landfriedensbruchs war der Zigeuner Josef Schuber vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III angeklagt. — In dem Hofgebäude des Grundstücks Koloniestraße 110 wohnen seit längerer Zeit etwa 70 Zigeuner, die sich zum Teil als Russer ernähren. Zwischen diesem Stamm und einem anderen, der im Osten Berlins sein Domizil aufgeschlagen hatte, bestand seit langer Zeit eine grimmige Feindschaft. Diese Feindschaft steigerte sich noch mehr, als sich eine zu den „Deutsern“ gehörende Russergesellschaft von den „Deutschen“, wie sich der andere Teil der Zigeuner nannte, aus einem Lokal verdrängt glaubte. Nachdem vorher schon verschiedene „Zweikämpfe“ zum Austrag gebracht worden waren, kam es eines schönen Tages zu einer regelrechten Schlacht. Etwa 30 Zigeuner aus dem Osten führten in Automobilen nach der Soldiner Straße, wo bei einem ehemaligen Stammesgenossen erst „Kriegsrat“ gehalten wurde. Von hier aus zogen sie mit Revolvern, Dolchen, Gummiknuppeln und den unglücklichsten altmodischen Schießprügeln und Donnerbüchsen bewaffnet, nach der Koloniestraße, um einen regelrechten Ueberfall auf die Feinde zu verüben. Sie traten auf dem Hofe in Reih und Glied an und auf das Kommando „Feuer“ gaben sie in die Fenster des Feindes eine Salve ab. Der überempfindliche Feind hatte sich bald ebenfalls betraffen und im Nu war ein Feuergefecht im Gange, durch welches auch die unbeteiligten Hausbewohner in Mitleidenschaft gezogen wurden, da die Kugeln nur so herumflühten und in den Wohnungen großen Schaden anrichteten. Als die Schlacht gerade im besten Gange war, ereignete sich eine überaus komische Szene. Der im Nebenhause wohnhafte Schuhmann Wünderberg, der gerade vom Dienst gekommen war und sich schlafen gelegt hatte, ergriff seinen Säbel und stürzte sich nur mit Demut und Hofe bekleidet auf die „Belagerer“. Kaum waren diese seiner ansichtig geworden, als sie blyhschnell Reht machten und davorrannten, so schnell sie die Weine tragen konnten, um nur nicht mit dem gefährlichsten Schuhmannsäbel Bekanntschaft machen zu müssen. Mehrere der „Kombattanten“ wurden festgenommen, später aber auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Oskar Cohn gegen Stellung von Kautionen von 60—100 M. wieder aus der Untersuchungsanstalt entlassen. Sie ließen sämtlich die Kautionen im Stich und zerstreuten sich in alle Windrichtungen, so daß der Polizeibehörde unendliche Schwierigkeiten erwuchsen, der Ausreißer wieder habhaft zu werden. Drei der Ergebedten, die im Elsaß verhaftet worden waren, wurden kürzlich von der Strafkammer zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der jetzige Angeklagte Schuber, der in Reinbeck bei Hamburg verhaftet worden war, wurde von der Strafkammer zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus aller Welt.

Die Sturmverheerungen auf Madagaskar.

Ueber den am 24. und 25. November über Nordwest-Madagaskar hingegangenen Zyklon wird weiter gemeldet: In Rossy Wé wurden viele Schiffe und die Hafenanlagen schwer beschädigt. 20 Eingeborene sind in Rossy Wé ums Leben gekommen. Die Umgebung von Rossy Wé hat besonders stark gelitten. Zahlreiche Dörfer sind zerstört, die Ernten verloren. In Ambilo Wé und Umgebung wurden über tausend Hütten zerstört, die öffentlichen Gebäude sind eingestürzt. Die Ortschaft Sessy mit 400 Hütten ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Derselben Verheerungen hat der Zyklon in Diego und Antsirano angerichtet, wo 80 Eingeborene umgekommen sind. Der gesamte Schaden wird auf zehn Millionen geschätzt.

Auch auf der zum deutschen Südpazifik gehörenden Insel Vabekarab ist durch einen Zyklon große Verwüstung angerichtet worden. Wie das Bezirksamt in Jap meldet, ist die Regierungsjation selbst nur wenig beschädigt worden.

Mit den Mobilmachungsplänen verschwunden.

In Freiburg i. B. verschwand der Divisionschreiber der 20. Division, ein Sergeant. Seine Spur geht nach Paris. Ihm

wird zur Last gelegt, er habe Mobilmaßungspläne sich angeeignet, um sie an die französische Regierung auszuliefern. Auch soll er ein Monatsgehalt des Divisionskommandeurs v. Deimling mitgenommen haben.

Moderne Kreuzritter.

Wie die italienische Zeitung „Giornale d'Italia“ berichtet, haben sich in der Garibaldi-Legion, die nach Athen gezogen war, ganz skandalöse Dinge zugetragen. Ein gewisser Marinelli stahl dem „General“ Micotti Garibaldi das wertvolle Leibpferd und flüchtete mit dem Erlös, ferner mit den Waffen, die er erhalten hatte. Ein anderer Garibaldianer, dessen Name nicht genannt wird, gab sich als Militärarzt aus und ließ sich für die Beschaffung von Sanitätsmaterialien 7000 Lire Vorschuss geben, unterschlug sie und entpuppte sich als ein Kuppler, der Frauenpersonen auf den Kriegsschauplatz verschaffte. Die heimgekehrten Garibaldianer erklären, zu ihrer Legion seien von den Griechen vierzig Personen eingereicht worden, die wegen gemeiner Verbrechen mit mehr als zehn Jahren Zuchthaus bestraft waren.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika.

Nach keine Woche vergeht, ohne daß aus den Vereinigten Staaten eine oder mehrere Eisenbahnkatastrophen gemeldet werden. Am Dienstagabend hat sich wieder in der Nähe der im Staate Ohio gelegenen Station Dresden auf der Pennsylvania-Eisenbahn ein Zug zusammenstoß zugetragen. Es wurden dabei acht Personen getötet und ebenso viele Lebensgefährlich verletzt.

Ein grandioses Kulturwerk.

Ein Riesenhafen, der nicht weniger als 700 Millionen Mark gekostet hat, ist jüngst in New York dem Betriebe übergeben worden. Es ist der Endbahnhof der Zentralbahn, der sich mit seinen Gebäuden und Gleisanlagen über 20 Blocks erstreckt. Der neue Wartesaal bietet 5000 Reisenden Platz. Außerdem gehört zu dem Unternehmen das 20 Stock hohe Baltimore-Hotel, ein sechsstöckiges Bureaugebäude für die Bahnbewirtschaft, ein weiteres sechsstöckiges Gebäude, welches der Verein für Eisenbahner benutzt, und ein zwölfstöckiges Gebäude, das den Pale-Club beherbergt.

Die Flucht aus dem Harem.

Wie aus Genf gemeldet wird, scheint es, daß die Frauen der ersten türkischen Kreise die in Konstantinopel herrschende Verwirrung dazu benutzen, um aus dem Harem ihrer Gebieter zu flüchten. Sie hoffen in Europa ein besseres und würdevolleres Dasein führen zu können. Von den zahlreichen in Järich, Lausanne und Genf eingetroffenen türkischen Frauen haben viele ihre Flucht so überstürzt ausgeführt, daß sie fast aller Vorräte entblößt sind. Alle aber tragen überaus wertvolle Juwelen, deren Erlös ihnen sicher ein sorgenfreies Leben verschaffen dürfte.

Kleine Notizen.

Grubenopfer. Auf der Grube Kumej in Lothringen sind am Dienstag ein Hauer und zwei Schlepper von den stürzenden Gesteinsmassen verschüttet worden. Der Hauer wurde getötet, die beiden Schlepper erheblich verletzt. — Wie die Frankfurter „Oderzeitung“ aus Finkenheerd meldet, sind am Dienstag in einer Grube der Frankfurt-Finkenheerder Braunkohlen A.-G. zwei Bergleute verschüttet worden. Ihre Leichen wurden Mittwoch morgen geborgen.

Ein betrügerischer Geisler. Der Stadtkaplan Rich. Kempf in Augsburg wurde von dem dortigen Landgericht wegen Privaturlaubsfälschung, Betrug und Betrugsversuch zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Seine sofortige Verhaftung wurde angeordnet. Kempf hatte sich viele Tausende von Mark aus allen Kreisen der Bevölkerung erschwindelt und in lustiger Gesellschaft verprakt.

Ein Nord. In Langermünde wurde der frühere Landbesitzer Störbeck in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Als des Nordes verdächtig wurde seine von ihm getrennt lebende Frau und deren Sohn verhaftet.

Ein Opfer der Berge. Eine Viertelstunde vom Staufener Haus am Hochgrat geriet am Sonnabend der Sohn des Rentamtssekretärs Heber aus Jmmenstadt auf einer Skifahrt in eine Rinde und wurde von einer Lawine verschüttet. Die ununterbrochen betriebenen Bergungsarbeiten waren bisher erfolglos.

Tödlicher Sturz eines französischen Fliegers. Auf dem Flugplatz Villa Coublay stürzte Dienstag nachmittags der Mechaniker Jmmenbach auf einem Probeflug mit einem Flugzeug neuer Konstruktion ab. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

Im Steinbruch verschüttet. In der Nähe des Jrenhauses von Rogent bei Limoges wurden mehrere Pflöge dieser Art verschüttet, die in einem Steinbruch beschäftigt waren, durch einen Felssturz verschüttet. Zwei von ihnen wurden getötet, mehrere verwundet.

Les- und Diebstahlklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal des Genossen Karl Des, Samariterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 6. Dezember, Vortrag: Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am 8. Dezember: I. Rund um Berlin. 2. Doppelgarten-Heidemühle-Görlitz. Abfahrt Schleißer Bahnhof 7²⁴ Uhr vorm. II. Reichen-Heidemühle. Abfahrt Stelliner Fernbahnhof 5⁵⁹ Uhr vorm. III. Jungfernhede-Tege. Treffpunkt 2 Uhr nachm. Bahnhof Jungfernhede. Gäste willkommen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 2. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Eduard Renner

Prinzengasse 52.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Stri, Triftstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Genosse

Willi Reeschlager

(Heiligstr. 15), am Sonntag, den 2. Dezember tödlich verunglückt ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 5. d. Mts., nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt. 203/10
Die Mitglieder treffen sich um 3 Uhr im Jugendheim, Bismarckstraße 11.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, das unser Mitglied, der Metallarbeiter

Willi Königer

an den Folgen eines Unfalls gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 5. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ober-Schöneweide aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Gustav Reimann

durch Unfallsfall.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 5. Dezember, nachm. 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ober-Schöneweide aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Dreher

Willi Rufschrager

an den Folgen eines Unfalls.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 5. Dezember, nachm. 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Adlershof aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker

Erich Stier

Wiegner Str. 41, am 3. d. Mts. an Lungenerkrankung.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Reutlitz, Hermannstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung wird ersucht.
134/7
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Großvaters sprechen wir allen Verwandten, Bekannten, dem Wahlverein, dem Holzarbeiterverband unseren herzlichsten Dank aus.
15186
Eise Quirich
nebst Kindern.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser langjähriges Mitglied

Karl Möhle

am 2. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von dem Simons-Kirchhof, Stri, Tempelhofer Weg aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
70/18
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Am 2. Dezember starb unser Mitglied, der Bauarbeiter

Franz Neumann.

(Boght Reinickendorf.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt. 147/14
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmelde
Zahlstelle IV.

Am 3. Dezember verstarb unser Mitglied, der Dreher

Gustav Nachtwey.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. Dezember, nachm. 2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
153/15
Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch früh 6^{1/2} Uhr verschied nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Hartseil

im 42. Lebensjahre.

Um süßes Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Luise Hartseil geb. Tesch
und Kinder.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, 3^{1/2} Uhr, von der Halle des alten Luisenstädt-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt. 15326

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, das unser Kollege

Richard Weller

(D.-R.-A. der Maurer)

verstorben ist. 47/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Heilandskirchhof statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die durch viele Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters sprechen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Berlin und den Genossen des zweiten Berliner Wahlkreises unseren herzlichsten Dank aus.
15186
Wwe. Anna Tappert, Georg Tappert.

Allen Freunden und Kunden die traurige Nachricht, das meine liebe Frau und herzensgute Mutter, Frau

Auguste Wetzel,

Nieder-Schönhausen-Nordend, am 3. Dezember an Lungenerkrankung verstorben ist.

Um süßes Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen

Karl Wesel, Gärtnermeister,

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Heilmann-Gemeinde in Nieder-Schönhausen-Nordend statt, möglichst frühe Jahre in ruhiger treuer Hinterlassung gewirkt hat.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes
27a
Willi Petzelt

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Direktor Herrn Wenke, der Firma Weissenbach, Rixdorf u. Co., dem Vorstand der Rixdorphen, Steinbruder, Kupferbruder u. verm. Berufs, der Reichsbrüder, der Firma Lindner, der Firma Sabo, der Firma Bürgelstein und der „Gan“-Preise unseren herzlichsten Dank.
Restaurateur Petzelt nebst Frau.

Borussia-Festsäle

Inhaber **Georg Wolfgramm**, Adlerstr. 67. Teleph.: Norden 2674
empfiehlt den geehrten Vereinen und Gesellschaften seine 4 Säle zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten. — Kulante Bedingungen. In Silberst. und Sonnabende und Sonntage im Januar ist noch der große Saal frei!

Patente etc.

erwirkt u. verwertet anerkt. schnell

Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer

Berlin, Gitschinerstr. 106, n. d. Pat.-Amt

Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein?“ gratis u. franko

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Malpaletots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	..	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herrn-Paletots	..	10.-	14.-	18.-	..
Ulster	..	12.-	16.-	24.-	..
Rock-Anzüge	..	12.-	16.-	24.-	..
Gehrock-Anzüge	..	18.-	23.-	29.-	..
Frack- u. Smoking-Anzüge	..	24.-	28.-	33.-	..
Herrn-Beinkleider	..	5.-	7.-

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Herren-Garderobehaus am Friedrichstr. 127
Sonntags nur v. 12-2 Uhr geöffnet.

Sophien-Säle

Inhaber **Joseph Heidrich**, Sophienstr. 17-18

12 Säle in allen Größen mit Bühne

zu allen Gelegenheiten passend.

An Sonnabenden und Sonntagen noch frei!
Kleine Vereinszimmer und 5 Kegelbahnen noch zu vergeben!

Vorjährlige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Buchhandlung Vorwärts, SW. 68. Lindenstraße 69.

Neuerscheinung

Die Parteien der großen französischen Revolution

und ihre Presse.

Von **Heinrich Cunow.**

Mit zahlreichen Illustrationen.

Zweite erweiterte Ausgabe des in erster Auflage unter dem Titel: „Die revolutionäre Zellulatur Frankreichs während der Jahre 1789 bis 1794“ erschienenen Werkes.

Preis 6 Mark. Gut gebunden 7,50 Mark. 249/3*

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Brillanten

Goldwaren-Weihnachtsverkauf, außergewöhnlich billig.

Max Brinner, Jerusalem Str. 60/61

Der Ruf der Firma, gegründet 1863, bürgt für strengste Realität.

Ringe m. Gold, 14 k. m. 1 Br. v. 9 M. an

Ohrringe .. 14 .. 2 .. 18 ..

Brosche .. 14 .. 1 .. 20 ..

Herr-Nad. „ 14 .. 1 .. 13 ..

usw. bis zum feinsten Genre.

Engros-Export.

S. Schlesinger,

Neue Königstr. 21

Ordonnanzhaus.

Kein Laden!

II. Etage.

Einzelverkauf

wie alljährlich zu billigen Preisen.

Pelz-Stolas

Muffen

Chick garnierte Damenpelzhüte federleicht.

Reparaturen sauber und billig.

Sonntag geöffnet.

Bitte genau auf Hausnummer 21 zu achten.

Blumen- und Kranzbinderei

von **Robert Meyer,**

Sub.: P. Golitz

am Mariannen-Str. 2.

Telephon: Moritzplatz 316.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Das Menschen-Schlachthaus.

Bilder vom kommenden Krieg

von 247/7*

Wilh. Lamszus

Preis 8 Mark.

Die neue Manoli

Kardasch

das Beste für 30

Öffentliche politische Versammlungen.

Achtung! Brauereiarbeiter. Achtung!
 Sonntag, den 8. Dezember 1912, nachmittags 1 1/2 Uhr,
 im Marine-Festhaus, Brandenburger Ufer 1,
 Ecke Am Köhlerischen Park:

Öffentl. Versammlung
 aller in den
Brauereien, Mälzereien u. Bierniederlagen
 beschäftigten Arbeitnehmer.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Genossen Haberland**,
 Düsseldorf über: „Die allgemeine politische Lage.“
 Das Erscheinen aller Brauereiarbeiter und Arbeiterinnen wird erwartet.
 Der Einberufer: Fritz Schwedler, Kreuzbergstr. 49.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
 Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Freitag, den 6. Dezember 1912, abends 6 Uhr:

Versammlung
 aller im 1. Bezirk **Weißensee** beschäftigten
Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie **Rundscheifer**
 im Prälaten, Lehderstraße, Ecke Greifswalder Straße.

Tagesordnung:
 1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Dreher in den
 Berliner Betrieben und welche Maßnahmen müssen zu einer
 Besserung ergriffen werden? Referent: Kollege **Müller**.
 2. Diskussion. 3. Wahl des Bezirksobmannes. 4. Verschiedenes.
 In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß alle
 Kollegen der in Betracht kommenden Branche unbedingt pünktlich erscheinen.

Metallarbeiter-Notizhalender pro Stück 60 Pf. sind im Bureau
 und bei den Bezirkskassierern zu
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
 Freitag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in den
Andreas-Kassälen, Andreasstraße 21:

Kombinierte Versammlung
 der Ortsverwaltung
 mit der gesamten Kontrollkommission.

**Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
 sowie Berufsgenossen Deutschlands.**

Geschäftsstelle Groß-Berlin.
 Donnerstag, den 5. Dezember 1912, abends 8 Uhr, in den **Arminhallen,**
 Kommandantenstraße 58-59:

Vertrauensmänner-Versammlung Groß-Berlin.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Scheffel**. 2. Betriebsangelegenheiten.
Jeder Vertrauensmann erscheine!

Sonntag, den 8. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr, in den **Andreas-Kassälen,**
 Berlin, **Andreasstraße 21:**

Kombinierte Versammlung
 der Bezirke Groß-Berlin, Spandau und die Bezirke der Geschäftsstelle Köpenick.

Tagesordnung:
 1. Bericht der Fünfzehner-Kommission und Beratung des Ortsstatuts. 2. Wahl der
 Ortsverwaltungsmitglieder und Revisoren.
 Pflicht der Mitglieder aller Bezirke ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen, sorgt für Massenbesuch.
Mitgliedsbuch legitimiert. 151/1
Die Ortsverwaltung.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. Zentrale: **Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26.**

Donnerstag
 verkaufen wir

Seefische

zu nachfolgenden Preisen:
Schellfisch . . . pro Pfd. **28 Pf.** | **Schollen** pro Pfd. **25 Pf.**
Kablau (ohne Kopf) . . . **25** | **Knurrhahn** **26**
Seelachs . . . pro Pfund **23 Pf.**

Im Monat Dezember treffen weitere Fischsendungen nicht mehr
 ein. Der Verkauf wird anfangs Januar wieder aufgenommen und
 rechtzeitig bekannt gemacht.
Der Vorstand.

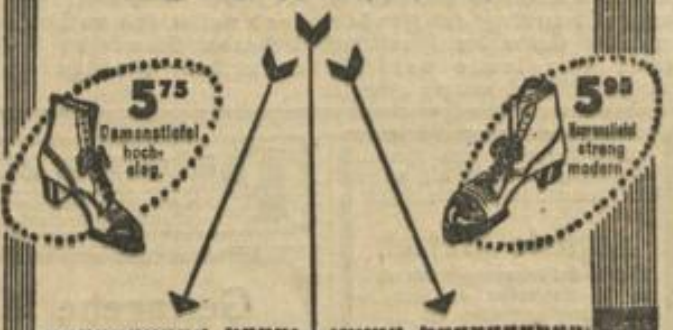
Verantwortlicher Redakteur: **Hilfred Wielepp, Reutbahn.** Für den
 Inseratenteil verantw.: **Th. Wiede, Berlin.** Druck u. Verlag: **Vorwärts** Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Boul Singer u. Co., Berlin SW.**

LEWINSON



Berlins bekannt grösstes Schuh-Haus

Gelegenheits-Käufe
 hat drei Verkaufsstellen.



Berlin O Grosse Frankfurter Strasse 110	Berlin C Rosenthaler Strasse 40-41	Berlin W Charlottenburg Nehringsstrasse 34
---	--	--

Enorme Auswahl in sämtlichen Schuhwaren zu erstaunlich billigen Preisen.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
 Teile dem verehrten Publikum und Nachbarschaft mit, daß ich unten
 genannte Bäckerei **Laßlich** übernommen und zugleich die Forderungen
 des **Bäcker- und Konditoren-Verbandes** anerkannt habe. Es wird mein
 Bestreben sein, dem Publikum in jeder Weise entgegenzukommen und gut
 Ware zu liefern. **Abstellungszeit** 49422
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.

Ortskrankenkasse Friedenau.
 Außerordentliche General-Versammlung

am Montag, den 16. Dezember ev., abends 8 Uhr, im Restaurant **Koller-Bühelingsgarten,** Alteimer. 25.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Heinecker** über: „Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung.“
 2. Beschlußfassung über den zu stellenden Zulassungs- resp. Aufstellungsantrag nach den Bestimmungen der A.W.D.
 3. Verschiedenes.
 Der Vorsitzende: **Der Schriftführer: Otto Hensel. Fritz Bauer.**

Orts-Krankenkasse der Maler

u. verwandte Gewerbe zu Berlin.
 Die **Wahlen der Delegierten** für das Jahr 1913/14 finden an dem nachstehend bezeichneten Ort und Tagen statt:

a) für Arbeitgeber: im **Kassentafel, Schilderstraße 5,** am Montag, den 9. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr; es sind zu wählen 63 Vertreter;
 b) für Arbeitnehmer: im **Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15,** Saal 11, am Montag, den 9. Dezember 1912, abends 8 Uhr; es sind zu wählen 106 Vertreter.
Der Vorstand. 15255

Wiederverkäufer!

Beachten Sie folgende Preise:
 Schon bei Käufen von 12 Stk. hoch. Rasierapparate 55 Pf. Elegante **Mützen**, modern, Stk. 15 Pf., 6 Stk. Taschenuhren, 1 B. Garant, 24 Stk. gehend, Stk. 1.35. Rasiermesser, Rasierklingen ebenfalls sehr billig. **Bestellen Sie sofort durch Apparat-Verband „Patria“, Dresden III, Siebenhäuser Straße, 16800**

Spezialarzt

Dr. Homeyer
 I. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schindeln, Weintraube jeder Art, **Gehirn-Geist- u. Nerven** in u. G. Lang. **Laborat. f. Blut-**untersuchung. **Bäder u. Gymnastik** gegenüber Friedrichstr. 81, **Sanatorium.** Sp. 10-2, 5-9, **Sonnt. 11-9.** **Genauer möglic. auch Teilsprache.** **Separates Damenzimmer.**

Diese Woche!! Diwandecken extra billiger Verkauf!!

Buntpersische doppelseitige **Diwandecken**
 à M. 6,75-8,75 (bisher 10-15 M.)
 einfachere Qualität 4,35-4,65

Bunte **Diwanddecken.**
Mokett-Plüschdecken.
 Moderno kleine Muster 1875 (bisher 27 M.)
Mokett-Tischdecken 935 (bisher 15 M.)
Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**
Der neue Katalog mit bunten Teppichmustern 750 Abbildungen gratis u. fr.
Auch Sonntags bis Weihnachten geöffnet.

Grundbegriffe der **Wästel** von Friedrich **Stamper.** Gebunden 3 Pf. Buchhandlung **Vorwärts,** Lindenstraße 69 (Laden).

Knaben- u. Jünglings-Garderobe

fertig u. nach Maß am billigsten und reellsten in der **Fabrik** **Roppenstr. 85, part.** 2 Minuten u. **Schloß- Bahnhof.** **Karl Hustädt.** Herren-Garderobe n. Maß.

Phänomen
 Cigaretten

Phänomen-Club: **3-9**
 German-life: **4-8**
 Odaliska: **5-8**

Die Entdeckung des Nordpols
 von **Robert E. Peary**

Weihnachts-Prämie für die Abonnenten des „Vorwärts“
Robert E. Peary
Die Entdeckung des Nordpols
 Mit einem Geleitwort von **Theodor Roosevelt**
 Mit über 100 Bildern nach photographischen Aufnahmen
 Gut gebunden Preis nur **3⁵⁰** Mk.

Ein schönes Weihnachts-Geschenk
 Zu beziehen durch Buchhandlung **Vorwärts,** Lindenstr. 69, sowie alle Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Partei-Angelegenheiten.

Bris-Buskow. Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Berliner Nachrichten.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger.

Ein planmäßig vorbereiteter Raubüberfall wurde gestern im Hause Nr. 54 verübt. Dort überfiel ein junger Bursche, der in der im vierten Stock des Seitenflügels belegenen Wohnung eines Arbeiters Wolff seit einiger Zeit unangemeldet wohnte, den 58 Jahre alten Geldbriefträger Hoffmann vom Postamt 57, Bredowstr. 43 wohnhaft, und suchte ihn zu erwürgen und zu berauben. Der Ueberfallene wehrte sich aber so gut, daß der Räuber schließlich ohne Beute flüchten mußte. Es wird hierüber folgendes berichtet:

Kurz nach 8 Uhr erschien der Geldbriefträger Hoffmann im Hause Nr. 54, um eine an einen Arbeiter Adolf Berner adressierte Postanweisung über eine Mark zu bestellen. Aus der Adresse war ersichtlich, daß dieser Mann im vierten Stockwerk des Seitenflügels bei einem dort schon längere Zeit wohnenden Arbeiter Wolff wohnte. Als der Beamte nach dem Adressaten fragte, wurde er von dem die Tür öffnenden jungen Menschen beiseite, näherzutreten. Kaum befand sich der Briefträger im Korridor der kleinen Wohnung, als auch schon der junge Bursche über ihn herfiel, ihn zu Boden warf und mit voller Kraft würgte. Der alte Mann wehrte sich mit allen Kräften und es gelang ihm auch, einen Hilferuf auszusprechen. Als nun der Räuber seinem am Boden liegenden Opfer die Hand auf den Mund zu pressen suchte, geriet er mit einem Finger in die Mundöffnung. Der Ueberfallene biß nun sofort mit solcher Gewalt in den Finger, daß der Bursche vor Schmerz laut aufschrie. Er suchte sich nun selbst zu befreien und machte so gewalttätige Anstrengungen, den Finger herauszubekommen, daß er hierbei dem Briefträger einen starken gesunden Zahn mit herausschickte. Als der Briefträger seine neue Hilfe rufe ausstieß, ergriß der Räuber die Flucht. Hausbesohner eilten herbei und sahen auch den ohne Kopfbedeckung auf die Straße eilenden Menschen. Sie nahmen aber leider die Verfolgung nicht auf, weil sie nicht wußten, um was es sich handelte. Der Räuber muß durch den Biß eine schwere Verletzung erlitten haben, denn die Blutspuren waren bis zur Gohlwoldstraße deutlich zu verfolgen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der angebliche Berner seit einiger Zeit bei dem ihm bekannten Wolff unangemeldet gewohnt hat. Schon vor zwei Wochen hat Berner eine gleiche Postanweisung über eine Mark unter derselben Adresse an sich gerichtet. Da er aber am Tage vorher sich mit Wolff überworfen hatte, und von diesem hinausgeworfen worden war, konnte die Postanweisung nicht bestellt werden. Er muß also schon damals den Raubanfall geplant haben. Die Gelegenheit für einen solchen Ueberfall war in der Wohnung des Wolff außerordentlich günstig. Die beiden angrenzenden Wohnungen sind zurzeit unermietet, so daß Hilferufe nur von den in den unteren Etagen wohnenden Mietern hätten gehört werden können. Der Fabrikarbeiter Wolff hatte die Wohnung schon verlassen. In dieser wurde auch ein schwerer Hammer vorgefunden, der jedenfalls wohl als Werdwerkzeug dienen sollte. Der Briefträger, der vorsichtig genug war, die Wohnung nicht zu betreten, sondern an der Korridortür stehen geblieben war, trug bei dem Kampfe Verletzungen im Gesicht und am Halse davon. Der flüchtige Räuber war ohne Kopfbedeckung und trug Hitzpanntoffeln. Er ist ein junger Mensch von etwa 20 Jahren, blond, bartlos und soll etwa 1,75 Meter groß sein. Zweifellos wird er wegen der Verwundung irgendwo ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

„Rebendienst“.

Immer noch recht gut zu gehen scheint das Geschäft jener Leute, die durch Zeitungen („Morgenpost“, „Vokal-Anzeiger“ usw.) einen „Rebendienst“ anbieten. Auch ein „Adressenverlag“ C. Schmedes, dessen „Rebendienst“-Geschäft vor mehreren Monaten beleuchteten, annonciert flott weiter.

Durch eine seiner neuesten Annancen in der „Morgenpost“ ersuchte er, Offerten nach einem Postamt in Friedenau zu senden. Einem Bewerber ging dann auch von Friedenau die Antwort zu, aber in ihr nannte sich ein „Adressenverlag C. Schmedes, Friedenau, Kreis Niederbarnim“. Darf man daraus schließen, daß C. Schmedes früher das Geschäft von Friedenau aus betrieb und seine auf Vorrat angefertigten Antworten noch nicht aufgebraucht hat? C. Schmedes empfiehlt dem Bewerber eine Rebendienstleistung mit „Adressenarbeiten“, wobei für 1000 Adressen 8-10 M. zu verdienen seien. Wegen Einzahlung von 1,45 M., die er nach Lieferung der ersten 1000 Adressen zurückzahlen werde, wolle er das erforderliche Anfangsmaterial und die näheren Informationen senden. Der Bewerber ging auf das verlockende Angebot ein, schickte seine 1,45 M. und erhielt dafür das Anfangsmaterial nebst Informationen. Aus ihnen erlah er, um was es sich handelte.

Der Rebendienstsuchende sollte von C. Schmedes gegen Verzahlung sich Adressen anderer Rebendienste- und Erwerbssuchenden liefern lassen und sollte dann Listen dieser Adressen gegen Verzahlung den nach Personalverlangen den Firmen anbieten, deren Adressen er sich aus Zeitungsinserten herausfinden müsse. Einen Prospekt mit Offerte, der diesen Firmen zu überreichen sei, schickte C. Schmedes im Wortlaut vor; Vertriebsleistungen wollte er gegen Verzahlung liefern. Zur Verwendung bei einem ersten Versuch mit Firmen, die auf eine solche Offerte eingehen würden, hatte C. Schmedes eine Probestüte von 100 Erwerbssuchenden beauftragt. Für die Lieferung weiterer Adressenlisten — denn natürlich konnte man nicht dauernd denselben Firmen dieselben Adressen schicken — empfahl sich C. Schmedes unter Angabe seines Tarifes. Frey Ankosten für Adressenliste, Prospektverteilung usw. habe der Rebendienstsuchende einen hohen Gewinn zu erwarten. Wenn C. Schmedes ihm die ersten 1000 Adressen — nebenbei bemerkt: zum Preise von sieben Mark — geliefert habe, wolle er, wie gesagt, die für Anfangsmaterial und Informationen gezahlten 1,45 M. zurückzahlen.

Wie haben dieses Angebot schon vor mehreren Monaten besprochen und gewürdigt. Näher eingehen wollen wir heute noch auf eine zweite „Adressenarbeit“, die C. Schmedes den Rebendienstsuchenden, wie unser Gewährsmann uns mitteilt, gleichfalls voranschickte. Es handelt sich dabei um die Aufgabe, für C. Schmedes die Adressen anderer Rebendienste- und Erwerbssuchender zu beschaffen. Das sei, schreibt er in der übersandten Anleitung, ebenso leicht wie einfach. Man brauche nur in geeigneten größeren Zeitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Schweiz, Frankreichs, Belgiens usw. — ein Verzeichnis solcher Zeitungen bietet er für 0,25 M. an — folgendermaßen zu annonciieren: „Wer schriftlichen Rebendienste usw. sucht, sende sofort seine Adresse unter ... an die Expeditions dieser Zeitung.“ Der Rebendienstsuchende muß das Inserat, durch das er andere Rebendienstsuchende sucht, um ihre Adressen an C. Schmedes abzuliefern, selbstverständlich selber bezahlen. Für die eingehenden Offerten will ihm C. Schmedes pro 100 Stück 6 M. geben, doch bemerkt er ausdrücklich, daß er nur ganz neue Adressen

brauchen kann. Berliner Adressen sind von der Sammlung ausgeschlossen. Warum?

Können wir die beiden „Adressenarbeiten“ noch einmal zusammen. C. Schmedes offeriert Rebendienstsuchenden die Adressen anderer Rebendienstsuchender zur Verwertung an Firmen, die Beschäftigung zu vergeben haben. Und C. Schmedes will sich von Rebendienstsuchenden durch Inserat die Adressen anderer Rebendienstsuchender besorgen lassen. „Ebenso leicht wie einfach“ nennt er diese Arbeit. Jawohl, für ihn! Rebendienstsuchenden kann man gegenüber derartigen Anerbietungen immer wieder nur raten: „Lassen sie zu!“

Die Verhandlung der Stenografen-Landes-Vereinigung gestern vormittag wieder den Kreisvorsitz Niederbarnim unter Vorsitz des Landrats Gehelrat Busch. Es handelt sich, wie wiederholt mitgeteilt, um die von dem Rittergut Rübendorf G. m. b. H. beabsichtigte Drehofenanlage, gegen die sowohl von den Bewohnern der Umgebung wie von Touristenkreisen und Verkehrsinteressenten Einspruch erhoben wurde. Als Sachverständige wurden die Herren Bernaull — der die Informationsreise des Kreisvorsitzes nach Rheinland-Westfalen mitmachte — und Ingenieur Haberland-Braunschweig vernommen. Um die öffentliche Seite der ganzen Frage, ob die Landschaft erhalten werden soll und kann, handelte es sich nicht mehr; es wurde nur geprüft, ob eine Staubentwidelung stattfinden und wie groß diese sei. Die Sachverständigen stießen auf dem Standpunkte, daß noch zu geringe Erfahrungen vorliegen, daß eine starke Staubgefahr unbedingt bestehe, und daß bei etwaiger Konzeptionierung Staubeln vorgeschrieben werden müßten, wie z. B. eine sehr große Staubkammer. Der Gewerbetrat will eine sog. Vorbehaltssatzung in die Genehmigungsurkunde eingeschoben wissen. Der Vertreter der Anlieger, Justizrat v. Gordon, trat besonders für eine klare Präzisierung der Sicherheitsmaßnahmen im Interesse der Bewohner von Hennidendorf ein. Der Kreisvorsitz vertritt die Meinung, daß eine Staubentwidelung nicht von dem Drehofen, wohl aber von einer zu errichtenden Kalkmühle zu erwarten sei. Diese ist jedoch nicht konzeptionspflichtig. Nach eingehender Beratung des Kreisvorsitzes wurde die Anlage genehmigt und die sofortige Bauerlaubnis erteilt unter der Bedingung, daß 25 000 M. hinterlegt würden. Es wurden jedoch eine Reihe von Einschränkungen der Rittergut Rübendorf G. m. b. H. auferlegt, so die Vorschriften, eine große Staubkammer anzulegen. Ferner hat sich der Kreisvorsitz vorbehalten, alle vier Wochen die Anlage zu besichtigen. Die Rübendorfer Sprudelgesellschaft wird sich bei diesem Anlaß nicht beruhigen, sondern Verurteilung bei der Ministerialinstanz einlegen.

Beschäftigung für heimatlose Familienväter

wird, wie wir in Nr. 280 berichteten, von einem Unternehmen angeboten, das als „Grundmannsche Hausmission“ in Hamburg gegründet worden ist und seit einiger Zeit in Berlin eine Filiale hat. Als „Hausmission“ wurde dieses völlig private Unternehmen noch in einer Annonce bezeichnet, die am 14. November im „Vokal-Anzeiger“ unter der Rubrik „Offene Stellen“ zu lesen stand. Die „Hausmission“ verkaufte den um Beschäftigung bittenden Personen Ansichtskarten oder Briefbogen und Kuberts, die sie im Hause handelt mit Preisauflage weiterverkaufen sollten. Doch Stellunglose zu diesem Ratheißel auch ohne die Vermittlung des Grundmannschen Unternehmens greifen können und anderswo die erforderliche Ware nicht teuer einlaufen, haben wir bereits in Nr. 280 gesagt. Wir kommen heute auf die Angelegenheit zurück, weil uns inzwischen Mitteilungen zugegangen sind, die vermuten lassen, daß entweder das Unternehmen die Firma geändert hat oder daneben noch ein anderes Grundmannsches Unternehmen zu demselben Zweck besteht. Uns liegen Ansichtskarten vor, wie sie in letzter Zeit die Berliner Filiale des Grundmannschen Unternehmens den Stellunglosen verkauft hat. Der rote Umschlag, in dem sie liegen, ist mit folgender Ansprache bedruckt: „Wir Stellunglosen bitten herzlichst, uns durch Kauf von Ansichtskarten für den Preis von 10 Pf. zu unterstützen; damit ist uns geholfen. Wir sagen unseren herzlichsten Dank für Ihre liebe Mühe. Grundmannsches Institut für Stellunglose.“ Darunter stehen in Druckchrift die Worte „Stempel der Station“ und unter ihnen ein Blaustempel „Berlin O., Langestr. 42, C. Meyer“. Herr C. Meyer ist der Leiter der Berliner „Station“. Ein dem Umschlag aufgedrucktes Wappen zeigt ein Kreuz, eine Krone, zwei Engel, eine strahlende Sonne, eine Mauerkrone, die Jahr „1907“, das Wort „Ewig“, den Wahlspruch „Kämpfe treu“ und die Buchstaben „G. G. S. G. S.“, deren Bedeutung nicht klar ist. Uns liegt noch ein anderer Umschlag vor, der früher beim Vertrieb der Ansichtskarten benutzt wurde. Er ist gelb und trägt folgende Ansprache: „Wir bitten herzlichst, uns doch zu helfen, indem Sie uns Stellunglosen Familienvätern durch Kauf von Postkarten für den Preis von 10 Pf. unterstützen; damit ist uns geholfen und unsere Familie braucht keine Not zu leiden. Bestellung auf Kleinbilg a Sad 1,30 M. nehmen wir gern entgegen. Bitte bei Kauf dieser Karten nicht das Kuvert zurückzugeben. Wir sagen unseren herzlichsten Dank für Ihre liebe Mühe. Die Sozial-Abteilung.“ Der „Stempel der Station“ lautet hier nur „Berlin O., Langestr. 42“. Auf dem Wappen steht der Wahlspruch „Kämpfe treu“, dafür steht an Stelle der rätselhaften Buchstaben das Wort „Hausmission“. Außerdem trägt das Kuvert noch einen besonderen Stempel, einen die Kinder um sich sammelnden Christus, der umrahmt ist von der Aufschrift „Bezirksstation der Grundmannschen Hausmission, Berlin“. Kann uns jemand sagen, bis wann das gelbe Kuvert mit diesem Stempel und Wappen benutzt worden und wann das rote Kuvert, auf dem die „Hausmission“ steht, eingeführt worden ist? Es scheint, daß die Firma „Grundmannsches Institut für Stellunglose“ schon vor Veröffentlichung des „Vorwärts“-Artikels aufgelassen ist. Besteht etwa daneben die „Hausmission“ noch weiter?

Schredendat eines Wahnsinnigen.

Ein Mord- und Selbstmordversuch rief gestern morgen gegen 7 Uhr in der Kochhausstraße großes Aufsehen hervor. In dem Hause Nr. 11 wohnt mit seiner Familie der Kürschner Mattern, der in einem großen Betriebe Werkführer ist. Aus seiner Stellung her ist Mattern mit einem Kürschner Koll aus der Schönhauser Allee bekannt, einem Manne, der geistig nicht ganz intakt ist. Koll war bereits seit Wochen ohne Beschäftigung. Er glaubte, daß der Werkführer ihm helfen könne und erschien vorgestern abend in seiner Wohnung, um ihm sein Anliegen vorzutragen. Weil Mattern nicht zu Hause war, so hat ihn seine Frau, gestern morgen wiederzukommen. Um 6 1/2 Uhr erschien er dann auch wieder. Während die Familie in Nebenräumen war, unterhielten sich die beiden Männer im Wohnzimmer. Koll wurde immer dringender und verlangte kurzerhand, daß der Werkführer ihm Arbeit verschaffe. Dieser erklärte, dazu beim besten Willen nicht in der Lage zu sein. Schließlich gegen 7 Uhr zog Koll einen Revolver aus der Tasche und feuerte vier Schüsse auf Mattern ab. Er traf ihn dreimal in den Kopf und einmal in den Hals. Während der Getroffene zusammenbrach, richtete er dann die Waffe auf sich selbst und schoß sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Entsetzt eilte Frau Mattern herbei und fand ihren Mann und Koll befinnungslos am Fußboden liegen. Ein Arzt, den Hausgenossen riefen, und die

Polizei ließen die beiden Verwundeten, nachdem sie die erste Hilfe hatten, nach dem Krankenhause bringen. Mattern nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, Koll als Polizeigefangener nach der Charité. Beide verstarben jedoch schon bald nach der Einlieferung. Bei Koll fand man einen Brief, in dem er schrieb, er wolle die ganze Familie Mattern umbringen, wenn er von dem Werkführer keine Arbeit bekomme.

Bald darauf wurde auch die 54 Jahre alte Ehefrau Anna des Kürschners Gustav Koll, die ebenfalls geisteskrank war, in ihrer Wohnung in der Schönhauser Allee tot aufgefunden. Sie ist allem Anschein nach von ihrem Manne erwischt worden. Das Ehepaar Koll wohnte mit dem seit einem halben Jahre verheirateten Sohne, einem Schlosser, zusammen. Es hatte für sich eine Stube, während die andere Stube und die Küche das junge Ehepaar bewohnte. Als Koll vorgestern abend um 10 Uhr nach Hause kam, fiel seinem Sohne auf, daß er sich den Vorkopf hatte abnehmen lassen und nur noch Schnurrbart und Fliege trug. Seine Mutter hatte der Sohn den Abend über nicht gesehen und er hatte geglaubt, daß sie mit dem Vater ausgegangen sei. Auf seine Frage, wo die Mutter geblieben sei und weshalb sie nicht mit ihm zurückgekommen sei, antwortete der alte Koll, Mutter sei bei Bekannten und bleibe auch über Nacht dort. Dem Sohne kam das nicht recht gebauer vor. Als er aber im Zimmer nachsehen wollte, stieß ihn der Vater kurz angebunden zurück, ging in die Stube hinein und schloß hinter sich ab. Gestern morgen um 4 1/2 Uhr ging der alte Koll schon wieder weg und verschloß die Tür wieder hinter sich. Als später der junge Mann zur Arbeit ging, sagte er seiner Frau, sie möge ihn sofort benachrichtigen, wenn etwas geschehen sollte. Es komme ihm so vor, als wenn doch etwas nicht in Ordnung sei. Zunächst nahm er jedoch noch an, daß der Vater früh weggegangen sei, um die Mutter abzuholen. Um 9 Uhr kam ein Schuhmann und teilte mit, daß der alte Koll den Werkführer Mattern erschossen und sich selbst schwer verletzt habe. Die junge Frau ging zu ihrem Manne und begab sich mit ihm nach dem Polizeirevier. Unterdessen kam mittags ein anderer Schuhmann, um den Tod Kolls mitzuteilen. Jetzt war niemand zu Hause. Hausbesohner sagten nun dem Beamten, Frau Koll müsse in der Wohnung sein, weil sie nicht ausgegangen sei. Daraufhin ließ der Schuhmann von einem Schlosser öffnen und fand nun die Frau tot im Bette liegen. Ihre Mann hatte sie, wie Merkmale am Halse zeigten, erwischt. Die erkrankete Frau war längere Zeit in der Irrenanstalt. Erst kürzlich hatte ihr Mann sie auf ihre Bitte wieder zu sich genommen.

14 Tage tot in ihrer Wohnung gelegen hat die 88 Jahre alte Privatlehrerin Margarete B. aus der Müllerstr. 120. Frau B. bewohnte seit einem halben Jahr für sich allein eine Stube im vierten des Quergebäudes. Sie ernährte sich durch Erteilen von Nachhilfeunterricht an Schulkinder. Ihr Verdienst war aber so gering, daß sie davon ihren Unterhalt nicht fristen konnte. Ein in Schlesien wohnender Bruder sandte ihr deshalb monatlich eine Unterstützung. Als dieser jetzt starb, blieb die Zuzahlung aus. Seitdem kämpfte die Lehrerin mit Nahrungsmangel. Vorgestern wunderte sich der Hausbesitzer, daß sie ihre Rente nicht bezahlet kam. Da er sie auch längere Zeit nicht gesehen hatte, ging er zu ihr hinauf, um nach ihr zu sehen. Schon auf den Treppen kam ihm ein starker Verwesungsgeruch entgegen. Als er jetzt die Tür zu ihrer Stube öffnete, fand er die Lehrerin an einem Nagel oberhalb des Bettes hängen. Die Leiche war schon völlig in Verwesung übergegangen. Jetzt erinnerten sich auch Nachbarn, daß sie die Lehrerin seit langem nicht mehr gesehen hatten. In diesem Tage schickte sie aus Verzweiflung über ihre schlechte Lage Hand an sich gelegt zu haben.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, von Berlin und Umgegend, hielt am Montag in der „Brauerei Friedrichshain“ eine öffentliche Sängerversammlung ab, in welcher der Reichstagsabgeordnete Davidsohn einen Vortrag über: „Die Kulturbestrebungen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ hielt. Der Redner erläuterte die Ziele des Arbeiter-Sängerbundes und seine Bedeutung für die Kunstbestrebungen der Arbeiterschaft. Wie im Altertum und Mittelalter der Gesang die Volkstugend stärkte und über ihre Grenzen emporhob, so werde auch in Zukunft das Kampfbild der Arbeiter zum Ziele leiten. Es sei daher Pflicht der organisierten Arbeiter, sich diesen Bestrebungen anzuschließen und nicht länger den bürgerlichen Vereinen anzugehören. Die bürgerliche Kunst wirke konteraktiv und wolle die Arbeiter von ihren Bestrebungen abziehen. Wie überall, so müsse auch bei den Arbeiter-Sängern der Zentralisationsgedanke sich durchdringen, denn nur so könnten sie ihre Aufgabe erfüllen, als moderne Kulturkämpfer mit an der Spitze zu stehen, wenn es gelte, dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse die Wege zu ebnen. — Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Im Interesse des Gesanges an sich wie auch im Interesse des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes ist es unbedingt notwendig, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins den Bestrebungen des Bundes, der es als seine vornehmste Aufgabe erachtet, die Kunst im Volke zu wecken und zu verbreiten, mehr Interesse entgegenbringt. Die am 1. Dezember 1912 in der „Brauerei Friedrichshain“ tagenden Sänger verpflichten sich, überall da, wo sich ihnen Gelegenheit bietet, für die Ziele des Arbeiter-Sängerbundes einzutreten und neue Mitglieder für denselben zu werben. Insbesondere erachten sie es als ihre Pflicht als Arbeiter-Sänger, soweit es noch nicht geschehen ist, dem Bunde beizutreten, sowie auch die Sänger, die als Arbeiter sogenannten bürgerlichen Vereinen angehören, auf das unwürdige ihrer Handlungsweise hinzuweisen und sie zum Beitritt zum Arbeiter-Sängerbund zu ermahnen.“

Der Wassereintritt in die Baugrube der Untergrundbahn hat jetzt eine Erklärung gefunden. Auf der „Spreewälder“ ist — ein Quell entspringen und, wie die nähere Untersuchung ergeben hat, ist dieser die Ursache des jüngsten Wassereintrittes in die Baugrube gewesen. Die Spundwände und Fangdämme sind unerschütterlich geblieben. Die Wassernähe, in die durch den empfindlichen Quell berührte Baugrube Spreewasser einzulassen, hat sich als erfolgreich erwiesen; nur durch den Sogdruck des letzteren konnte der Anstieg des Grundwassers paralysiert und verhindert werden, daß die von unten eindringenden Wassermassen das umgebende Erdreich mit sich rissen und die Fangdämme untergraben. Eine Verhinderung des Quells unter Wasser war natürlich nicht ausführbar. Es wird nun eifrig an den neuen Bohrbrunnen gearbeitet; sobald diese erst in Tätigkeit treten, verfließt der unterirdische Quell von selbst, und danach kann mit Erfolg an die Trockenlegung der Baugrube herangetreten werden.

Am städtischen Familienbad befanden sich am 1. Dezember 155 Personen, und zwar 28 Familien mit zusammen 84 Köpfen (darunter 38 Kinder und 12 Säuglinge) und 71 Einzelpersonen. Der Gesamtbesuch betrug am 1. November 55 Personen weniger. Das nächste Obdach wurde während des November von 33 450 Männern und 688 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuchs war der 1. November mit 2506 Personen, der des stärksten der 29. November mit 3552 Personen. Gebadet haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 618 Personen. Bannmänner wurden während des ganzen Monats an 588 Männer und 538 Frauen verabschiedet.

Das Dezemberprogramm des Wintergartens zeichnet sich durch eine ganze Reihe vorzüglicher Vorbereitungen aus. An erster Stelle sei genannt die wohl einzig dastehende Hundesessur des Herrn

Lipinski. Eine Meute von 40 Hunden aller Rassen tritt in einer sehr rolligen Komödie auf, die ihren Gipfelpunkt in einem regelrechten Feuersturm findet. Die vierbeinigen Akteure mimieren ihre verschiedenen Rollen mit einer so verblüffenden Sicherheit, daß lauter Jubel des Publikums die Programmnummer belohnte. Den Sprung vom Ring auf die Spezialitätenbühne unternimmt mit gutem Erfolge der bekannte Pantomime Max Linder in seiner grotesken „Aus Liebe Bühnenaugenoperateur“. Reichen Weisfall errangen für ihre neuartigen Darbietungen die Equilibristen The Banfellas. Lobend erwähnt seien auch der komische Jongleur Weiland, die Parterreakrobaten Schelenz und die Geschwister Schwarz in ihrer Burleske „Der zerbrochene Spiegel“. Selbstverständlich hat die Direktion auch durch Vorführung verschiedener sehr „dürftig“ gekleideter Tänzerinnen für die Augenweide der alten und jungen Beiwelt gesorgt.

Eine Ausstellung sowie ein Verkauf von Christbaumschmuck findet auch in diesem Jahre im Vestibül des Gewerkschaftshauses statt. An die Arbeitererschaft wird das Besuchen gerichtet, ihren Bedarf dort zu bedenken, um so mit Beizutragen, daß den unter ärmlichen Verhältnissen lebenden Glasbläsern in Thüringen, die stets ihre Pflicht gegenüber der Partei und der Gewerkschaft tun, zum Weihnachtsfeste ein etwas höherer Verdienst zuteil wird. — Für den Wenden ist der Verkauf: Vorhingst, 4 bei Schmalow. — Die Ausstellung beginnt Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, der Verkauf am Montag, den 9. Dezember, täglich von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr.

Reisen gesucht! Die Personen, welche gesehen haben, wie am 20. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, ein junger Radfahrer, vom Luisenpark kommend, auf der Oranienbrücke von einem Auto angefahren wurde; ferner diejenigen, die den Autoführer zum Halten veranlaßten, sowie der Mann, welcher den verunglückten Radfahrer und sein Rad mit dem Auto nach der Unfallstation begleitete, werden gebeten, ihre Adresse an Karl Fehner, Schöneberg, Götzenstr. 28, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Sichterfelde.
Aus der Gemeindevertretung. Als erster Gegenstand der ziemlich umfangreichen Tagesordnung der letzten Sitzung kamen die Einsprüche gegen die Wahl des Genossen Wenzel zum Gemeindeverordneten am 25. Oktober zur Verhandlung. Alle diese Einsprüche stützen sich darauf, daß der Wahlortland, dem diese Kontrolle über die Echtheit der Unterschriften auf den Wenzel-Vollmachtsformularen schließe, sie wegen mangelnder Beglaubigung zurückwies; ferner sei aus dem Protokoll des Wahlvorstandes nicht zu ersehen, ob jede Vollmacht einzeln einer Prüfung unterzogen worden sei. Die Gemeindevertretung mußte zu diesen Einsprüchen Stellung nehmen und sie hatte es mit ihrer Entscheidung offenbar sehr eilig. Kaum war der Gemeindevorsteher mit dem eigentlichen Bericht über die Angelegenheit zu Ende und wollte sie eben zur Diskussion stellen, da sprang schon wie auf Kommando die Hände mit Mißgeschnelle in die Höhe zur Abstimmung — die noch gar nicht in Frage kam. Diese stürmische Eile erweckte nicht geringe Heiterkeit am Preßstisch und auch die Herren Gemeindevorordneten lächelten verlegen, schienen aber sonst sehr befreit über diesen spontanen Ausdruck gleichbrüderlicher Bestimmung. Der Gemeindevorsteher konstatierte denn auch nach diesem einmütigen Handstreich die Ungültigkeit der Wahl. — Der Erlaß einer Polizeiverordnung, nach welcher jugendlichen Personen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, auch wenn sie die Schule nicht mehr besuchen, der Zutritt zu öffentlichen Lustbarkeiten und der Aufenthalt in den Räumen, von denen aus ein Zuschauer zu der Langweiligkeit möglich ist, untersagt wird, findet teilweise starke Gegenwehr. Der Urheber dieser geplanten Polizeiverordnung ist der Regierungspräsident, der Verfasser der Kundmachung des Kreisamts. Gemeindevorsteher Jäger bezeichnete die Vorlage als ein elendes Maßwerk, das offenbar zeige, daß es dem Gemeindevorstand bei der Bearbeitung an der nötigen Mühe und Heberlegung gefehlt habe. Er beantragte die Überweisung der Angelegenheit an eine Kommission. Schöffe Lange erklärte kurz und bündig, daß der Gemeindevorstand der Vorwurf der Unüberlegtheit nicht treffen; Gemeindevorsteher Jäger müsse sich in dieser Beziehung an den Landrat wenden, von dem die Polizeiverordnung verfaßt sei; im übrigen erklärt er sich mit dem materiellen Inhalt des Erlasses einverstanden. Auf demselben Standpunkt steht Gemeindevorsteher Diehl, der eine solche Polizeiverordnung besonders in Orten mit Arbeiterbevölkerung (!) für durchaus nötig hält. Die Feststellung des Alters solch jugendlicher Personen mache seiner Ansicht nach keine Schwierigkeiten. Die Gemeindevorordneten Schirmer und Lehmann halten eine solche Polizeiverordnung überhaupt für überflüssig. Es wurde zur Zurückweisung an den Gemeindevorstand beschloffen. — Eine Anzahl Klassen der Gemeindevorschulen sind derzeit überfüllt (73 Schüler und darüber), daß endlich eine Teilung herbeigeführt werden muß. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Anstellung weiterer Lehrkräfte. Hierzu wurden die nötigen Mittel mit 6570 M. bewilligt. Außerdem soll die Einführung von hauswirtschaftlichem Unterricht bei den Gemeindevorschulen erfolgen. Zu diesem Zwecke werden in der Gemeindevorschule V die erforderlichen Räume ausgebaut, die einen Kostenaufwand von 10000 M. verursachen. Es sind in Aussicht genommen fünf Kurse mit je 25 Mädchen zu wöchentlich vier Stunden. Für Anstellung einer technischen Lehrerin werden 8000 M. in Ansatz gebracht. — Für den Ausbau und die Ausstattung einer sogenannten Kombinationsklasse im Erweiterungsbau der Gemeindevorschule III wurden 6000 M. und für Errichtung von Toiletten noch 4000 M. nachbewilligt. — Für Förderung des Eislaufs wurden 300 M. zur Verfügung gestellt. Auf Anregung des Gemeindevorsteher Diehl wird dem Schutzbund aus Erhaltung der Brunnenwaldsee pro 1913 ein Beitrag von 100 M. überwiesen. — In der darauffolgenden nicht öffentlichen Sitzung wurden über den Neubau des Bahnhofs Ost wichtige Beschlüsse gefaßt.

Charlottenburg.
 Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Dienstag war leider nur mäßig besucht. Genosse Wermuth hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Imperialismus“. Der Redner knüpfte an die aktuellen Vorgänge anlässlich der Morlock- und Balkontriebe an. Abdoman behandelte er in großen Zügen die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonial- und Weltmarktpolitik der herrschenden Klassen. Der Redner schloß: Je weiter sich der Gedanke des Sozialismus Bahn breitet, um so eher wird es gelingen, menschenverachtende Kriege zu verhindern und der friedlichen, wahren Kulturentwicklung freie Bahn zu schaffen. Eine Diskussion fand nicht statt. Beim Punkte Vereinsangelegenheiten wurden einige Anregungen diskutiert, die die Ausgestaltung der inneren Organisation bezwecken.

Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Volkshaus“ der fünfte Vortrag des Herrn Dr. Druker statt. Es behandelt „Die Abstammung des Menschen“, mit Vorführung von Lichtbildern, und ist für Personen, die die übrigen Vorträge nicht gehört haben, besonders zu empfehlen. Eintritt 25 Pf. Der Bildungsausschuß.

In der vergangenen Woche wurden in Charlottenburg von dem von der Stadt Berlin empfangenen russischen Fleisch rund 200 Zentner, und zwar ungefähr zu gleichen Teilen Rind- und Schweinefleisch, an diejenigen Fleischer, welche sich zur Einhaltung der von der Stadt vorgeschriebenen Bedingungen verpflichtet hatten, abgegeben. Das Fleisch fand bei der Güte seiner Beschaffenheit sehr schmecklichen Abzug. Die genaue Beachtung der Bedingungen durch die Fleischer wird durch städtische Beamte und Tierärzte überwacht und alle von Käusern eingehenden Beschwerden sorgfältig geprüft. Bei der beträchtlichen Zahl der Fleischer, welche von der Stadt Ware beziehen, ist der auf den einzelnen entfallende Anteil nicht groß und infolge der starken Nachfrage schnell vergriffen.

Schöneberg.
 Der nächste Volksunterhaltungsabend findet am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belgier Str. 48-52, statt. Diesmal stehen Konzertgesang und Rezitation auf der Tagesordnung. Ihre Mitwirkung haben zugezogen: Fräulein Sophie Hessemer, Rezitatorin, Fräulein Charlotte Kosen, Violinistin, sowie das Berliner Damenoktett a cappella Fräulein Emmy Coltin, Elisabeth Schulz, Margarete Heilborn und Fräulein Sonja Veeg. Der Eintrittspreis ist auf 30 Pf. festgesetzt. Billets sind in den Konsumläden und in der Expedition, Martin-Luther-Str. 69, zu haben.

Ordnungs- und
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß einen Märchenabend für Kinder im Lokal von Hitz, Werderstraße, Ecke Jungfernstreife. Eintritt frei. Im selbigen Lokal findet auch die diesjährige Jugendschriftenausstellung vom 8. bis 15. Dezember statt. Bestellungen werden dort jederzeit entgegengenommen. Die Auswahl der Bücher ist eine reichhaltige. Für beide Veranstaltungen wird eine rege Beteiligung erwartet.

Wesen.
 Trotz aller Schikanen der alteingesessenen Ortsgewaltigen und derjenigen, die sich für solche halten, ist es unseren Bestimmungsfreunden gelungen, ihren Mandatbestand in der Gemeindevertretung nicht unwesentlich zu erhöhen. Nicht weniger als dreimal mußten die Wähler zur Wahl gehen. Bei der ersten ordentlichen Ersatzwahl ließen sich die beiden Gemeindevorsteher von der ortsgewaltigen Bevölkerung Vollmachten ausstellen. Mit Hilfe dieser unzulässigen Vollmachten konnten dann die bürgerlichen Kandidaten siegen. Die Freude war von kurzer Dauer. Der Kreisaußschuß erklärte auf den Einspruch unserer Genossen die Wahl für ungültig. Bei der erforderlichen Neuwahl konnten unsere Genossen ihren Kandidaten zum Siege verhelfen. Dieses Wahlergebnis wurde von den um ihre Herrschaft fürchtenden Alteingesessenen eines Formfehlers wegen mit Erfolg angefochten. Bei der dritten Wahl hatten unsere Genossen eine so starke Mehrheit auf ihre Kandidaten zu vereinigen vermocht, daß auch die Gegner, an deren Spitze der Gemeindevorsteher steht, daraus lernen konnten, welche wichtige Aufklärungsarbeit sie für uns getan haben. Sogar der Gemeindevorsteher war seitens der Bürgererschaft vor längerer Zeit ein Verfahren bei der zuständigen Behörde wegen Unterschlagung im Amte eingeleitet worden. Wenn auch diesem Vorwurfe nicht in vollem Umfange stattgegeben wurde, so mußte dieser Herr doch die Gemeindefasse abgeben. Durch die dreimalige Wahl blieb die Agitation und auch die Erinnerung an die Taten des Gemeindevorsteher lebendig und bewirkte damit den endgültigen Sieg unserer Parteigenossen.

Friedrichsfelde.
 Am Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im Lokal von Bürger, Prinzessinallee 80, einen Elternabend. Das Programm wird bis auf die Ansprache des Herrn S. Rahmsteden aus Darbietungen der Arbeiterjugend bestehen; ein Tanz bildet den Abschluß. Wir dürfen wohl einen regen Zuspruch erwarten. Die gleiche Erwartung hegen wir bei der Veranstaltung einer Jugendschriften- und Wanderschmuck-Ausstellung im gleichen Lokal am 8. Dezember von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr. Eine Versammlung, die um 12 Uhr stattfindet und in der Herr W. Zimmermann über: „Jugendliteratur und Wanderschmuck im proletarischen Heim“ sprechen wird, leitet die Ausstellung ein. Zutritt für jedermann unentgeltlich. Am Freitag, den 6. Dezember, soll durch eine Handzetteldruckerei auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht werden. Die Genossen wollen sich zu diesem Zweck recht zahlreich in den Zahlstellen einfinden.

Storkow.
 Ueber das Thema „Krieg dem Kriege“ sprach Genosse Wehrle vor einer von circa 200 Personen besuchten Versammlung in Rumorsdorf. Sein vorzüglicher Vortrag wurde mit reichem Beifall belohnt.

Hergfelde.
 In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde zunächst vom Genossen Emil Nauck Bericht von der letzten Konferenz sowie von der Generalversammlung des Kreiswahlvereins erstattet. Danach hielt Genosse R. Jakobson einen Vortrag über die Jugendfrage. Er wies darauf hin, daß die Literatur ein nicht zu unterschätzender Erziehungsfaktor sei. Eine fleißige Benutzung guter Bücher sei unserer Jugend nachdrücklich zu empfehlen. Die trefflichen Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurde noch der Kasernenbericht erstattet.

Der von der Gemeinde eingeführte Seefischverkauf, der bereits am Sonnabend eröffnet worden war, hat sich gut bewährt. Am nächsten Sonnabend wird eine neue Ladung Seefische eintreffen, die bei dem Kaufmann Emil Reichel, Müderdörfer Str. 29, zum Verkauf gelangen.

Müderdörfer.
 Heute brach hier in den späten Abendstunden am Dienstag auf dem Hof des Kossäten Hinz aus. Es brannte dortselbst eine massiv gebaute Scheune mit sämtlichem Inhalt bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die zur Hilfe herbeigeeilten Feuerwehren hatten zu tun, den Brand auf seinem Herd zu beschränken. Die Entstehungsurache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden.

Nieder-Schönhausen.
 In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde die Beratung über die Errichtung eines Hypothekendarlehen fortgesetzt. Die Vertretung

stimmte mit großer Mehrheit der Errichtung zu, vorher hatten unsere Genossen eine Erklärung abzugeben versucht, was jedoch vom Bürgermeister nicht zugelassen wurde. Nach der Abstimmung erklärten unsere Vertreter, daß sie, obwohl alle Anträge der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt worden seien, trotzdem für die Vorlage gestimmt hätten und zwar in der Hoffnung, daß durch die Gewährung zweiter Hypotheken das solide Bauunternehmertum zur lebhafteren Tätigkeit in der Herstellung von gesunden und billigen Wohnungen veranlaßt werden soll. Hierauf wurde die Reueinteilung einiger Abteilungen des Friedhofes in der Wachholzer Straße vorgenommen. Die Straße 19 soll Lindenberger Straße heißen. Da die Straße an das Grundstück des bekannten Fabrikanten Heinrich Freese grenzt, so wurde der Vorschlag gemacht, dieselbe zur Ehre Freeses nach dessen Namen zu nennen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht gutgeheißen, weil die Straße nicht schön genug sei. Hierauf fand eine längere nichtöffentliche Sitzung statt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Tempelhof. Heute Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Vorstr. 42.
Steglitz. Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Rathhaus.
Berlin. Freitag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr, im Stadtverordnetenversammlungssaal.
Konstanz. Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathhaus.
Mosenthal. Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindehalle, Schillerstraße.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jedes Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.
Reutahn. Freitag, den 6. Dezember, pünktlich 8 Uhr, im Jugendheim, Ruhldorfer Str. 55/56, Handarbeitsabend mit Vortrag der Frau Böhl über „Gehundheitliche Kleidung“. Die Eltern der arbeitenden Jugend werden ersucht, ihre Töchter zu dieser Veranstaltung zu schicken.
Arbeiterjugend von Kottbus. Am Sonntag, den 8. Dezember, findet eine Besichtigung der Ausstellung für Arbeitermobilität in Charlottenburg statt. Der Fahrpreis beträgt 1 M. Weitere Unkosten entstehen nicht. Treffpunkt 1 Uhr am Bahnhof Kottbus. Abfahrt 1 Uhr 30 Min. Die Eltern wollen ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung ganz besonders aufmerksam machen.

Briefkasten der Redaktion.
 Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vom der Treppen — Parterre —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsnotiz beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.
Fr. 24. Reuten 10. Ein Jahr. — Fr. 11. Falls Sie den Antrag über sonstige Nachlassgegenstände zurückziehen, sind Sie für die Schuld haftbar. Weiter. Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, liegt ein Kontrakt vor, so daß der Wähler im Recht ist. — Fr. 99. Die Witwe hätte Anspruch auf Invalidenrente, falls der Mann nicht schon vor dem 1. Januar 1912 im Sinne des Gesetzes Invalid geworden ist. — Fr. 1. Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, handelt es sich um eine Handlungsbekämpfung im Sinne des Gesetzes. Die Forderung des Krankengeldes war somit nicht zulässig. — Fr. 25. Für die Zeit nach Beendigung der ersten 26 Krankheitswochen kann die Krankentante beantragt werden. — Fr. 28. Den Antrag können Sie auf dem für Ihre Wohnung zuständigen Polizeirevier anbringen, dort erfahren Sie das Nähere. — Fr. 17. 1. Das Recht steht der Kirchenscheide zu. 2. Beschwerde beim Konsistorium. — Fr. 2000. Rein. — Fr. 1000. 1. Es muß ein Anwalt bestellt werden. 2. und 3. Die Kosten richten sich nach dem Objekt, das erst vom Gericht festgestellt wird. 3. Gehilicht, wenn ein Armenrat, das beim Armenvorsteher zu beantragen ist, beibringt wird. 4. In der Regel findet dadurch ein Termin mehr statt. — Fr. 10. Im allgemeinen kann bis 11 Uhr abends in der Wohnung wahlrecht werden. Besonders Polizeiverordnungen bestehen darüber nicht. Gegen ein solches Wahlrecht könnte Antrag auf gerichtliche Entscheidung mit Rücksicht auf Erfolg gestellt werden. — Fr. 1. Reutahn 23. Rein. — Fr. 1. Nur Herausgabe der Schlüssel sind Sie verpflichtet. Fordern Sie gleichzeitig die Herausgabe der Ihnen gehörigen Gegenstände. Falls diese verweigert wird, müssen Sie bei dem Amtsgericht Klage erheben. — Fr. 2. 1000. Falls die Verordnete beweisen kann, daß der Fall mit der Dunkelheit in unzulässigem Zusammenhang steht, halten wir die Beschäftigung für erlaublich. Eine etwaige Klage können nicht Sie, sondern nur die Verordnete erheben. — Fr. 110. 1. Aus dem Urteil kann Zwangsvollstreckung vorgenommen werden, auch Vollstreckungsmaßnahme erfolgen. Der Antrag ist seitens der Vormünderin zu stellen. 2. Es werden Kosten vermieden, wenn sich der Vormund vom Vormundschaftsgericht ein Verzichtsgutachten für das Kind beschafft. — Fr. 50. Ihre Angaben reichen nicht aus; kommen Sie mit einigen Schriftstücken in die Sprechstunde. — Fr. 11. Sie waren beauftragt, die Annahme des unfrankierten Schreibens abzulehnen. Zur Zahlung der Steuer sind Sie jedoch verpflichtet. — Fr. 23. 1. und 2. Ist von der Stellungnahme der Verwaltung abhängig. 3. Wenn keine bestimmte Zeitdauer vereinbart ist, war die Lösung jederzeit zulässig. Etwaige begründete Ansprüche verjähren in drei Jahren.

Witterungsübersicht vom 4. Dezember 1912.

Stationen	Barometerstand am 4. Dez. um 7 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand am 4. Dez. um 7 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Eisenmünde	772,5	SW	1	1	Dahran	762,5	SW	2	5
Hamburg	773,5	SW	1	1	Petersburg	761,5	SW	1	1
Berlin	773,5	SW	3	3	Wars	767,5	SW	3	11
Frankfurt	777,5	SW	1	1	Wien	759,5	SW	1	8
München	778,5	SW	1	1	Paris	775,5	SW	1	0
Wien	774,5	SW	2	2					

Wetterprognose für Donnerstag, den 5. Dezember 1912.
 Etwas wärmer, veränderlich, nachmittags wolfig mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 12.		am 5. 12.	
	am	seit am	am	seit am
Wemel, Mühl	267	-4	267	-7
Regel, Ankerburg	147	-4	147	-0
Reichel, Thom	143	-4	143	0
Ober, Kollhor	190	+8	190	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	172	-6	172	-1
„ „ „ „ „ „ „ „	179	-6	179	-20
Wald, Schirmitz	79	-6	79	0
„ „ „ „ „ „ „ „	60	-4	60	-7
„ „ „ „ „ „ „ „	16	0	16	-6
„ „ „ „ „ „ „ „	52	+35	52	+20
„ „ „ „ „ „ „ „	106	-10	106	-18
„ „ „ „ „ „ „ „	197	-7	197	-6
„ „ „ „ „ „ „ „	154	-8	154	+10

+) bedeutet Hoch, — Fall, *) Untersegl, *) Schwaches Eistreiben.

VERA JOSETTI Cigarettes

Reichs-Petroleum-Monopol.

Wer ist dagegen und wer ist dafür?

1. Der **Konsument** ist dagegen, denn er ist mit den bisher für Petroleum geforderten Preisen erwiesenermaßen durchaus zufrieden.
2. Der **Händler** ist dagegen, denn wie uns nahezu 150 000 Händler im Deutschen Reiche schriftlich bestätigt haben, wünschen sie keine Aenderung der bestehenden Verhältnisse.
3. Der **Kannenhändler** ist dagegen, denn er befürchtet von dem Monopol seinen geschäftlichen Ruin.
4. Viele Tausende von **Angestellten, Kutschern und Arbeitern, Agenten und Vertretern** der jetzt igen Gesellschaften sind dagegen, denn sie befürchten den Verlust ihrer Existenz.
5. **Sämtliche Importgesellschaften**, mit Ausnahme des Konzerns der Deutschen Bank, sind dagegen, denn abgesehen von den ihnen drohenden pekuniären Nachteilen sind sie überzeugt, daß das Monopol ein Fehlschlag sein wird.
6. Die **Vertreter der Hansestädte im Bundesrat**, die überwiegende Mehrzahl der **Handel skammern** und zahlreiche sonstige **kaufmännische Korporationen**, also gerade diejenigen Organe, die am besten ein kompetentes Urteil sich bilden können, sind dagegen, denn sie glauben nicht an die Durchführbarkeit des Monopols.

Also wer bleibt dafür? **Nur die Deutsche Bank** und die ihr gehörenden Gesellschaften.

Loht sich dafür wirklich das mit dem Monopol verbundene Risiko, die damit verknüpften enormen Umwälzungen der bestehenden Verhältnisse und die zweifelhafte Belastung des deutschen Volkes?

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 6. Dez. 1912.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Violetta.
Kgl. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches König Heinrich IV. 2. Teil.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Kauf Matherhorn.
Kammerspiele. Maria Magdalena.
Königsgraber Straße. Hedda Gabler.

Leitung: Gabriel Schilling's Nacht.
Deutsches Opernhaus. Sibylla.
Schiller O. Blüchmann als Verräther.
Schiller. Charlottenburg. Die Hofschmiedin. Eiga.

Verliner Kammerspiele.
Kleines. Der Unerschämte. Der Feig seiner Ehe. Lottens Geburtstag.
Weibens. Prinzenerziehung.
Kammerspiele. Die Generalin.

Deutsches Schauspielhaus. Der guttuhende Grad.
Thalia. Autolobos.
Trianon. Die Erste — die Beste.
Kurfürsten-Oper. Der Rubeligen.
Montis Operetten. Der Frauenfelle.

Neues Opern (Kroll). Russisches Ballett.
Lustspielhaus. Wein oder Herr.
Theater am Nollendorfplatz. Kismet.

Paulsen. Gewonnene Herzen.
Metropol. Schauspiel — im Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.

Groß-Verkauf. So bummeln wir. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Hyppo. Spezialitäten.
Stinghadi-Rakus. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Dada.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Früh. Wild. Schauspielhaus.
Folies Caprice. Der teuflische Joseph.
Der Nebel.
Salhalla. Goldener Leuchtturm.
Casino. Im grünen Sockel der Spitze.

Anfang 9 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Die Doppelgängerin.
Kriana 10 Uhr.
Admiralpalast. Die Ballett: Sonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.
Donnerstag. abends 8 Uhr:
Fischmann als Erzieher.
Freitag. abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonabend. abends 8 Uhr:
Im weißen Hüll.
Sonntag. nachmittags 3 Uhr:
Zopi und Schwerdt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag. abends 8 Uhr:
Die Geschwister Eiga.
Freitag. abends 8 Uhr:
Sumarien Mäde: Heimg'funden
Sonabend. nachmittags 3.10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Sonabend. abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. — Die Medaille.

Berliner Theater.

Filmzauber.

Theater in der Königsgraber Straße

8 Uhr: **Hedda Gabler.**

Deutsches Schauspielhaus

abends 8 Uhr:
Der guttuhende Grad.

Theater am Nollendorfplatz 5.

8 Uhr: **Kismet.**

Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:
Schneewittchen.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Nordens 1141.

abends 8 Uhr:
Der Frauenfelle.

Residenz-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Gastspiel

Constanze von Linden

vom Théâtre Royal du Parc in Brüssel:
Prinzenerziehung.

Luisen-Theater.

Donnerstag u. folgende Tage:

Raffles.

Sonabendnachmittags 4 Uhr:
Ainder-Vorstellung: Goldener.

ROSE-THEATER

(Krone Markthallen Str. 132.)

Gewonnene Herzen.

Vollständig u. Original in 3 Akte.

u. G. Müller. Musik v. Dial.

Anfang 8 Uhr.

Freitag: Die goldene Eva.

Sonabend 4 Uhr: Die gefürchtete Kaiser.

6 Uhr: Die Stunden der oberen Gehirnkranke.

WINTERGARTEN

Sahary-Djeli

Der zerbrochene Spiegel.

Burleske v. Camilla u. K. Schwarz.

40 Komödienhunde 40

Gastspiel

Max Linder

der weltberühmte Film-Schauspieler

in seinem Sketch:
Hühneraugenoperateur aus Liebe

(Pardouze par amour).

Max, der Liebhaber. Max Linder

sowie die sensationellen

Dezember-Attraktionen.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

„Bei Vater u“

Weihnachtsbild

von Meyel.

Anf. 8 Uhr.

Sonntag.

nachmittags 3 Uhr:
O Tanneboom.

Freie Volksbühne

3 Uhr:

Deutsches Schauspielhaus

Tragödie des Sophokles:

Elektra.

Thalia-Theater

Gorki:

Die Feinde.

Lessing-Theater

25. Dezember 8 Uhr:

Extravortrag:

Die Weber.

15., 22., 29. Dezbr., 1. Januar:

Glaube u. Heimat.

Deutsche Oper

in Charlottenburg

Beethoven:

Fidelio.

Sonntag, 22. Dezember.

Herrnfeld-Theater

Nansen:

Eine glückliche Ehe.

(Vom 22. Dezember ab.)

Abendabteilungen

Strindberg (8 Uhr):

Gläubiger.

Mit dem Feuer spielen.

(Abendkarten a 1,50 M. sind

in den Zahlstellen zu haben.)

Residenz-Theater: Francillon.

244/3 Die Geschäftsthele: G. Winkler.

Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Aufs Matterhorn!

Herrnfeld

Theater

Beispielloser Lacherfolg!

Die Alpenbrüder.

Komödie in 2 Akten von Anton

und Donat Herrnfeld.

Hierzu:

Das Scheidungs-Souper.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11-2 (Theaterkassa).

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Die Erste — Die Beste!

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: **Doppel-Konzert!**

Berliner Konzerthausorchester, Dir. F. v. Bion, Komponist.

Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Branc.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen:

Großes Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Donnerstag, 5. Dezember,

abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.

U. a.: **The 5 Lloyds**

Wild-West-Akt.

?? **Signor Maximo ??**

Das größte kubanische Wund-

Schulpsied u. Ballerina.

geritten von Herrn Ala Carré.

Tommy u. Boy: Die Wunderbären.

Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Vier Bilder aus Indien.

Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Ohne Kürzung.

Boigt-Theater.

Donnerstag, den 5. Dezember:

Gastspiel in Puhmanns

Theater, Schönhauser Allee 149.

Krone und Fessel.

Mittw.-Musik-Com. in 4 Akten von

G. B. Lutz.

Kasseneröffnung: 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

THEATER GROSS-BERLIN

am Zoo,

Täglich 8 Uhr:

So bummeln wir!

Bunte Bilder mit Gesang

und Tanz v. Gustav Kadelburg.

Leo Leipziger und Jean Gilbert

mit Fritz Wassary, Max Pellen-

berg, Karl Bachmann.

Vorher:

Die neuen Varieté-Attraktionen.

Rauchen in allen Räumen des

Theaters gestattet.

Der Vorverkauf findet statt

an der Theaterkasse 10-2

Uhr, im Warenhaus Niets

und im Invalidendank.

Keine Vorverkaufgebühr.

Apollon

Theater

Ah 8 Uhr.

8 für Berlin neue Debüts.

Stürmischer Lacherfolg!

9 Uhr: Berlins neueste Sensation!

Dario Paini

Das Wunder hypnotischer Kartankunst.

Theater Königstadt-Casino.

Gef. Holzmarkt u. Alexanderstraße.

1 Minute. Bahnh. Baumgäßchen

Täglich außer dem großen

Spezialitäten-Teil:

Fesche Mädels.

Gelangs-Burleske in 1 Akt.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 5. Dezember,

abends 7 1/2 Uhr:

Nur kurzes Gastspiel!

Als einzig ansehendes Dressur

auf der Welt:

Der sprechende Kater „Peter“

vorgeführt v. seiner Besitzerin

Frau Dr. Thien-Hutaria.

Ferner die große Prunkpantomime

„Sevilla“

in 8 glänzenden Akten.

Besonders hervorzuheben:

Die berühmte Stiergefechts-Arena

in Sevilla — Die märchenhaften

neuen Wasserspiele.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr!

Der teuflische Joseph.

Der Nebel.

Der Einbrecher.

Freitag, den 6. Dezember:

Premiere.

Passage-Panoptikum

50 WILDE

IGORROTEN

FRAUEN, Männer,

Kinder.

Leben u. Treiben in dem

eigens aufgebauten

IGORROTEN-Dorfe.

Ohne

Lebend! Extra-Entrée.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

15215

O. Nible.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wundt u. A. Schütz.

64 Andreasstr. 64.

Jeden Donnerstag:

Große Soiree

der allgemein beliebten

und bekannten

Hoffmanns Sänger

mit vollständig

neuem Programm

Anfang 8 Uhr.

Nach der

Soiree: **Frei-Tanz.**

Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Für den Inhalt der Literate

übernimmt die Redaktion dem

Publikum gegenüber keinerlei

Verantwortung.

